

Genehmigt am 30.01.2025

Protokoll 19

Stadtratssitzung
Donnerstag, 31.10.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	3
2023.SR.0112.....	4
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2024.SR.0034.....	4
2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 16 vom 12.09.2024 und Protokoll 17 vom 13.09.2024)	
2013.BSS.000027	4
3 Hodlerstrasse (Kontakt- und Anlaufstelle für drogenabhängige Menschen): Sanierung und Erweiterung; Projektierungskredit	
2018.PRD.000132.....	11
4 Turnhalle Altenberg, Teilsanierung; Baukredit	
2013.GR.000373.....	16
5 Ersatzneubau Hallenbad und Kunsteisbahn Weyermannshaus; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)	
2020.SR.000233	30
6 Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) und Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 2. Lesung	
Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.	33
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.35 Uhr.....	34
2020.SR.000233	35
6 Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) und Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 2. Lesung	
2020.SR.000233	46
7 Interfraktionelle Motion FDP/JF, BDP/CVP, SP/JUSO, GLP/JGLP, SVP, GFL/EVP, GB/JA!, AL/GaP/PdA (Vivianne Esseiva, FDP/Tom Berger, JF/Milena Daphinoff, CVP/Elisabeth Arnold, SP/Marianne Schild/Gabriela Blatter, GLP/Alexander Feuz, SVP/Brigitte Hilty Haller, GFL/Bettina Jans- Troxler, EVP/Sophie Achermann, GB/Eva Gammenthaler, AL): Stellvertretungsregelung im Stadtrat; Abschreibung	
2020.PRD.000070.....	47

8	Legislaturrichtlinien 2021 - 2024: Schlussbericht	
2024.SR.0168	53
9	Dringliche Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA, GFL, SVP (Barbara Keller, SP/Bernadette Häfliger, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP/Raffael Joggi, AL/Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!/Michael Ruefer, GFL/Francesca Chukwunyere, GFL/Alexander Feuz, SVP): Vergrößerung des Gemeinderates von fünf auf sieben Mitglieder	
2024.SR.0043	63
10	Postulat Florence Pärli Schmid (JF) und Tom Berger (FDP): Von Ostermundigen lernen – Verwaltungsreform für die Stadt Bern	
2018.BSS.000039	63
12	Zweijähriger Leistungsvertrag 2025 – 2026 mit dem Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern (DOK); Verpflichtungskredit in Stadtratskompetenz	
2018.BSS.000038	66
11	Zweijähriger Leistungsvertrag 2025 – 2026 mit dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit in der Stadt Bern (toj); Verpflichtungskredit in Stadtratskompetenz	
2023.SUE.0076	71
13	Feuerwehrreglement der Stadt Bern vom 28. November 1996 (Feuerwehrreglement; SSSB 871.1); Totalrevision; 1. Lesung	
	Verschoben und eingereicht	73
	Schluss der Sitzung: 22.34 Uhr	74

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Bernhard Hess	Szabolcs Mihályi
Janina Aeberhard	Thomas Hofstetter	Tanja Miljanovic
Timur Akçasayar	Matthias Humbel	Niklaus Mürner
Debora Alder-Gasser	Stephan Ischi	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Seraphine Iseli	Barbara Nyffeler
Ruth Altmann	Ueli Jaisli	Cemal Özçelik
Emanuel Amrein	Bettina Jans-Troxler	Mehmet Özdemir
Ursina Anderegg	Anna Jegher	Florence Pärli Schmid
Mirjam Arn	Raffael Joggi	Halua Pinto de Magalhães
Oliver Berger	Nora Joos	Ronja Rennenkampff
Tom Berger	Barbara Keller	Simone Richner
Natalie Bertsch	Ingrid Kissling-Näf	Mirjam Roder
Lea Bill	Fuat Köçer	Sarah Rubin
Laura Binz	Nora Krummen	Michael Ruefer
Gabriela Blatter	Anna Leissing	Judith Schenk
David Böhner	Christoph Leuppi	Chandru Somasundaram
Michael Burkard	Corina Liebi	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Maurice Lindgren	Irina Straubhaar
Sibyl Eigenmann	Simone Machado	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Denise Mäder	Béatrice Wertli
Sofia Fisch	Salome Mathys	Janosch Weyermann
Dominik Fitze	Esther Meier	Markus Zürcher
Thomas Glauser	Matteo Micieli	Paula Zysset
Muriel Graf		

Stadtrat entschuldigt

Nik Eugster	Lukas Gutzwiller	Michelle Steinemann
Katharina Gallizzi	Bernadette Häfliger	Bettina Stüssi
Franziska Geiser	Daniel Michel	Lukas Wegmüller

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Herzlich willkommen, geschätzte Kolleg*innen zur viertletzten Sitzung dieses Jahres. Wir sind beschlussfähig und starten. Auch herzlich willkommen, liebe Medienschaffende und Gäste.

Ich fange gerade an mit den Entschuldigungen. Für beide Sitzungen entschuldigt sind Michelle Steinemann von der Mitte, Nik Eugster von der FDP, Bettina Stüssi von der SP, Franziska Geiser vom GB, Lukas Gutzwiller von der GFL, Katharina Gallizzi vom GB und Daniel Michel von der SVP. Für die erste Sitzung entschuldigt sind Bernadette Häfliger von der SP, Denise Mäder von der GLP und Lukas Wegmüller von der SP. Für die zweite Sitzung entschuldigt ist Michael Ruefer von der GFL. Ein bisschen später kommt Michael Burkard von der GFL.

Dann sind wir schon bei den Mitteilungen. An unserer nächsten Sitzung am 14. November ist der Zukunftstag; das einfach als Vorwarnung, falls es Kinder oder Jugendliche in diesem Saal haben sollte. Dann: Denkt bitte daran, jedes Mal zu badgen. Und: Die dringlichen Vorstösse sind bis um 21 Uhr bei Tom einzureichen – jetzt ist noch Laura da zur Überbrückung – und alle anderen Vorstösse bis um 21.30 Uhr.

2024.SR.0034

2 Protokollgenehmigungen Stadtrat 2024 (Protokoll 16 vom 12.09.2024 und Protokoll 17 vom 13.09.2024)

Präsidentin: Dann sind wir bei Traktandum 2. Das ist die Protokollgenehmigung vom 12. September und vom 13. September. Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. – Sind die Protokolle bestritten? Das ist nicht der Fall. Dann sind die so genehmigt. Herzlichen Dank an die Verfasserinnen.

Stillschweigend genehmigt.

2013.BSS.000027

3 Hodlerstrasse (Kontakt- und Anlaufstelle für drogenabhängige Menschen): Sanierung und Erweiterung; Projektierungskredit

Präsidentin: Dann kommen wir gerade zu Traktandum 3. Es geht um einen Kredit und ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS – Wer ist die Kommissionssprecherin? Tanja Miljanovic ist die Kommissionssprecherin. – Kannst du dich bitte noch anmelden?

Tanja Miljanovic (GFL) für die PVS und die Fraktion: Wir reden heute über den Projektierungskredit zur Sanierung und Erweiterung der Kontakt- und Anlaufstelle an der Hodlerstrasse.

Die Einrichtung, betrieben von der Stiftung Contact, bietet drogenabhängigen Menschen einen sicheren Raum für risikoarmen Konsum und wichtige schadensmindernde Angebote. Sie trägt auch zur Entlastung des öffentlichen Raums bei, was die Bedeutung des Projektes noch einmal unterstreicht.

Kommen wir einmal zum Hintergrund und zur Notwendigkeit oder zur Frage der Notwendigkeit. Das Gebäude ist alt und weist erhebliche Mängel auf. Der Zustand entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen an Hygiene, Sicherheit oder Barrierefreiheit. Notwendige Anpassungen sind zuletzt nur provisorisch durchgeführt worden, wie etwa die provisorischen Räume im Hinterhof. Die Lösungen sind aber nur bis 2026 bewilligt. Und pandemiebedingte Anforderungen und auch der steigende Konsumbedarf haben das Raumproblem zusätzlich verschärft.

Projektziel und Erweiterung: Um den Betrieb langfristig zu sichern und den steigenden Anforderungen gerecht zu werden, braucht es nicht nur eine Sanierung, sondern auch eine räumliche Erweiterung, so wie sie auch eingeplant worden ist. Durch die Anmietung und die Umnutzung eines Teils der Nachbargebäude an der Hodlerstrasse 20 sollen die nötigen Flächen geschaffen werden – ebenerdig, barrierefrei und betriebsoptimal. Im Bereich Energie ist es auch wichtig, dass es klare Ziele gibt. Die alte Gasheizung soll durch eine klimafreundliche Lösung ersetzt werden. Vorgesehen ist im Moment ein Anschluss an die Fernwärme oder alternativ eine Umweltwärmelösung, also eine Wärmepumpe. Die Gebäudehülle wird energetisch saniert, um weitere Wärmeverluste zu reduzieren. Eine Fotovoltaikanlage ist leider im UNESCO-Weltkulturperimeter nicht möglich oder zumindest nicht mit kalkulierbaren oder zu verantwortenden Kosten. Aber alle weiteren Optionen werden ausgeschöpft, um die Energiebilanz zu verbessern. Kommen wir zum gesellschaftlichen Nutzen: Diese Einrichtung erfüllt wichtige soziale Aufgaben. Sie ermöglicht nicht nur einen risikoarmen Konsum und schützt vor Verwahrlosung, sondern unterstützt auch die Menschen in ihrer sozialen Integration. Sie fördert Eigenverantwortung und motiviert Menschen, therapeutische Angebote in Anspruch zu nehmen. Eine sichere und moderne Umgebung hilft, den sozialen Auftrag bestmöglich zu erfüllen. Stadtraum: Es sind natürlich auch Fragen des Stadtraums in das Projekt eingeflossen. Und die Stadt profitiert von der neuen Lösung. Durch die räumliche Erweiterung und den Wegfall der Provisorien im Hinterhof entsteht ein zusätzlicher Platz im Aussenbereich. Das Projekt wird im Einklang mit dem städtischen Nutzungskonzept Schützenmatte geplant, wobei der Fokus auf eine klimaangepasste und übersichtliche Gestaltung gelegt wird. Damit wird das Umfeld aufgewertet und die Zugangssituation für die Klienten ebenfalls verbessert.

Der Projektierungskredit ist in der Höhe von 650'000 Franken. Er deckt die Planungskosten einschliesslich des Planungswahlverfahren. Die Gesamtinvestitionskosten für die Sanierung und Erweiterung werden später etwa 3,7 bis 4,5 Millionen Franken betragen – oder so lautet zumindest den Schätzwert. Der Projektierungskredit wird dann in den Baukredit integriert werden. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Sanierung und Erweiterung der Anlaufstelle an der Hodlerstrasse notwendig und sinnvoll ist. Sie verbessert die Sicherheits- und Hygienestandards, stärkt die soziale Funktion der Einrichtung und entlastet auch das Umfeld. Wir schaffen hier eine Grundlage, die es ermöglicht, diese wichtige soziale Einrichtung langfristig und nachhaltig zu betreiben. Und als Kommissionssprecherin und auch als PVS empfehlen wir euch Zustimmung. Danke.

Als Fraktion finden wir das Projekt natürlich auch super und werden es in der vorgelegten Form unterstützen. Merci.

Präsidentin: Merci, Tanja. Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. David Böhner für die AL-PdA-Fraktion.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Die Sanierung des Gebäudes an der Hodlerstrasse ist dringend nötig. Wer schon mal dort drin gewesen ist in letzter Zeit, kann das sicher

bezeugen. Ich habe gerade kürzlich mit jemandem gesprochen, der dort arbeitet und gerade gekündigt hat, weil die Zustände dermassen schlecht sind, dass sie es nicht mehr ausgehalten hat. Unter anderem deshalb hat sie gekündigt. Genau deshalb ist es dringend nötig, dies zu tun. Da stimmen wir natürlich zu. Wir haben einfach noch ein Aber und dieses Aber in Form eines ganz kurzfristigen – excusez – Antrags gestellt, der als Tischvorlage vorliegt. Wir sind ja berühmt für kurzfristige Tischvorlagen. Aber es ist wichtig, darauf hinzuweisen.

Wir sind im Bericht des Gemeinderats zum Geschäft dort gestolpert, wo steht, dass während des Umbaus schon von vorneherein ausgeschlossen ist, dass es einen Alternativstandort gibt. Das heisst, der Umbau wird sicher Monate, wenn nicht Jahre gehen. Und während dieser Zeit müssen die Süchtigen auf der Baustelle sein und die Angestellten müssen dort arbeiten. Das ist für uns nicht ganz einleuchtend. Das könnte eine mögliche Lösung sein, aber uns leuchtet es nicht ein, wieso das von Anfang an ausgeschlossen wird. Wir finden es hygienisch und arbeitsrechtlich äusserst fragwürdig. Deshalb der Antrag – der anonyme Antrag, excusez – als Tischvorlage. Dieser wäre also von uns. Wir haben ein bisschen die Vermutung, dass der Grund dafür ist, dass es aus der Geschichte heraus schwierig ist, einen anderen Ort überhaupt zu finden, weil diese Menschen halt nirgends willkommen sind in dieser Stadt. Die Forderung nach einer zweiten Anlaufstelle ist ja schon jahrzehntealt und von diesem Rat auch schon mehrmals gestellt worden. 2016 hat der Gemeinderat geprüft, ob eine zweite Anlaufstelle geschaffen werden könnte. Er war eigentlich dafür, aber ist daran gescheitert, dass halt nirgends ein geeignetes Gebäude gefunden wurde.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die Situation im Perimeter sehr belastet ist. Die Anlaufstelle Hodlerstrasse ist in der Umgebung nicht bestritten – oder es wäre mir nicht bewusst, dass sie bestritten ist. Aber es würde sehr geschätzt, wenn es eben, wie das in anderen Städten auch praktiziert wird, einen zweiten Ort gäbe, der zeitlich alternierend aufgemacht werden könnte, um den Druck ein bisschen wegzunehmen vom Raum Schützenmatte – das auch als Hintergedanke, wieso es nützlich sein könnte, während der Umbauphase vielleicht einen Test zu machen an einem anderen Ort, Berührungängste abzubauen mit dem Ziel, dass es vielleicht dann doch irgendeinmal in der Stadt Bern möglich sein sollte, eine zweite Anlaufstelle einzurichten. Ich bitte euch, diesen Antrag anzunehmen, auch wenn er so kurzfristig gestellt wurde.

Ich habe von der Sprecherin der SP gehört, sie werde dafür plädieren, dass das Geschäft zukünftig auch noch in der SBK thematisiert wird, nicht nur in der PVS. Wir würden das auch sehr begrüßen, weil es ja schliesslich auch um das Soziale in dieser Stadt geht. Merci.

Präsidentin: Merci David, dann kommt Timur Akçasayar für die SP-JUSO-Fraktion.

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Wir von der SP-Juso-Fraktion werden das Votum teilen. Ich werde die planerische Sichtweise darlegen als Mitglied der PVS. Barbara Keller wird die soziale Sichtweise einbringen, da sie in der SBK ist.

Im Namen unserer Fraktion möchte auch ich die Bedeutung dieser geplanten Sanierung und Erweiterung der Kontakt- und Anlaufstelle an der Hodlerstrasse 22 hervorheben. Auch die besondere Verantwortung, die wir als Eigentümerin dieser Liegenschaft haben, müssen wir betonen, denn das vorliegende Geschäft ist nicht nur eine Investition in eine Infrastruktur, sondern auch in die soziale Integration und die Gesundheit von Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung. Die Kommissionssprecherin hat es schon betont: Der bauliche Zustand dieses Gebäudes ist schlecht und entspricht nicht

den Anforderungen, die die Stiftung Contact braucht. Und auch die nationalen Empfehlungen können heute nicht richtig berücksichtigt werden. Es ist einfach alles irgendwie in den letzten Jahren hineingewachsen in dieses Gebäude. Mit dem vorliegenden Projektierungskredit können wir das Bauprojekt starten, die dringend benötigten zusätzlichen Flächen schaffen und auch eine Entflechtung des Betriebs sicherstellen. Das ist ein wichtiger Schritt, um den Betrieb langfristig sichern zu können und den Bedürfnissen der Menschen mit einer Abhängigkeitserkrankung gerecht zu werden. Wenn wir jetzt einmal die Denkmalpflege weglassen, macht eine Sanierung und eine Erweiterung an diesem Standort Sinn. Denn ein zeitgemässer Neubau würde uns viel teurer zu stehen kommen als das, was der Gemeinderat vorschlägt. Einen Kritikpunkt möchte ich an dieser Stelle trotzdem anbringen. Ich weiss, es ist ein UNESCO-Weltkulturperimeter, aber trotzdem: Das Fehlen der Fotovoltaikanlage in diesem Projekt ist unschön. Und es wäre doch noch erfreulich, wenn man noch weitere Möglichkeiten für Energieeffizienz und Nachhaltigkeit finden könnte. Während der Sanierung und der Erweiterung soll der Betrieb von Contact aufrechterhalten werden. Die Dienstleistungen müssen auch während der Bauphase erbracht werden. Das wird sicher eine grosse und eine enorme Herausforderung sein und es wird auch eine sorgfältige Planung und Etappierung brauchen. Sobald der Baukredit vorliegt, werden wir als SP-JUSO-Fraktion sehr genau hinschauen, wie das der Gemeinderat umsetzen möchte.

Den Antrag, der hier ganz kurzfristig eingereicht wurde, haben wir in der Fraktion nicht besprechen können, aber das Anliegen wurde sicher aufgenommen. Aber ein anderer Standort, wir kennen es ja aus den früheren Diskussionen über die zweite Anlaufstelle, ist einfach im Moment nicht realistisch. Deshalb werden wir diesen Antrag sicher grossmehrheitlich ablehnen. Denn, wenn wir jetzt noch anfangen, eine zweite Anlaufstelle zu prüfen für die Umbauphase, dann verzögern wir das Projekt um Jahre, wenn nicht sogar bis ins Unendliche hinaus. Jetzt möchte ich Barbara Keller das Wort übergeben.

Präsidentin: Merci, Timur. Weil es ein geteiltes Votum ist, kommt als nächstes Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Wie Timur bereits erwähnt hat, geht es bei diesem Projektierungskredit nicht nur um eine Investition in Infrastruktur, sondern eben auch um soziale Integration und die Gesundheit von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen. Ich ergänze deshalb das, was Timur bereits gesagt hat mit der sozialen Sichtweise. Der Gemeinderat plant eine umfassende Sanierung und eine Weiterung der Anlaufstelle für Drogenabhängige an der Hodlerstrasse, die von Contact betrieben wird. Diese Einrichtung spielt eine zentrale Rolle in der Unterstützung von suchtmittelabhängigen Menschen. Sie bietet nicht nur einen sicheren Raum für den Konsum, sondern auch eine Anlaufstelle für soziale Kontakte, was massgeblich zur Verbesserung der Lebensbedingungen und der Gesundheit der Betroffenen beiträgt.

Durch die Förderung eines risikoarmen Konsums und der Prävention von Infektionskrankheiten wie HIV und Hepatitis mindert die Contact-Anlaufstelle Gesundheitsrisiken und die Folgeschäden des Suchtmittelkonsums. Sie wirkt zudem durch gezielte Massnahmen Überdosierungen entgegen und leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Tod-Prävention. Indem sie den betroffenen Menschen Ressourcen zur Verfügung stellt und deren Eigenverantwortung stärkt, schafft Contact Perspektiven und motiviert die Besuchenden, therapeutische Angebote in Anspruch zu nehmen.

Ein weiterer positiver Effekt der Arbeit der Anlaufstelle ist die Entlastung des öffentlichen Raums. So wird nicht nur einer Verwahrlosung entgegengewirkt, sondern auch

die soziale Integration von Klient*innen gefördert. Die geplante Sanierung und Erweiterung der Einrichtung an der Hodlerstrasse sind daher wichtige Schritte, um die Unterstützung suchtmittelabhängiger Menschen in Bern nachhaltig zu verbessern.

Uns ist wichtig, dass während der Sanierung der Betrieb von Contact aufrechterhalten werden kann. Da werden wir auch genau hinschauen. Wie David bereits erwähnt hat, erscheint es uns wichtig, dass der Baukredit auch in die SBK kommt, damit neben den baulichen Aspekten eben auch die sozialen angeschaut und genau solche Anliegen wie jenes des vorliegenden Antrags, der als Tischvorlage aufliegt, dort besprochen werden können und diese eben auch aus Sicht der Sozialkommission abgewogen werden können. Wir bitten den Gemeinderat, dem Wunsch nachzukommen. Und den Projektierungskredit nehmen wir an. Den Antrag, wie bereits erwähnt, lehnen wir ab. Wir sind aber bereit, diesen im Rahmen des Baukredits noch einmal anzuschauen und die Vor- und Nachteile dort abzuwägen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Barbara. Als nächstes kommt Thomas Hofstetter für die FDP/JF-Fraktion.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Wir von der Fraktion FDP/Jungfreisinn haben für das Geschäft Stimmfreigabe beschlossen. Wir sind uns aber in einem Punkt einig, und zwar, dass die Kontakt- und Anlaufstelle für drogenabhängige Menschen mit einer zeitgemässen Infrastruktur ausgestattet sein muss, die für die Schwächsten unserer Gesellschaft da ist. Wir sind uns in der Fraktion aber nicht einig, wie das der Fall sein sollte. Der grössere Teil ist der Meinung, dass das vorgeschlagene Projekt genau richtig ist und genau so umgesetzt werden sollte. Sie finden, dass die Idee, die zusätzlich benötigte Fläche durch die Anmietung und den Ausbau der Garage im Erdgeschoss des Nachbarhauses zu schaffen, sehr gut und kreativ ist. Andere Fraktionsmitglieder sind der Meinung, man habe eine historische Chance verpasst, diesen Ort aufzuwerten. Ganz viele Bernerinnen und Berner sind auch der Meinung, dass der aktuelle Abschluss der Hodlerstrasse und der Übergang zur Lorraine-Brücke suboptimal gelöst ist. Mit diesem Projekt hätte man das korrigieren können. Der Platz ist schlecht ausgenutzt, die bestehende Liegenschaft weist eine schlechte bis sehr schlechte bauliche Substanz auf und auch einen veralteten Grundriss. In das Gebäude sollte nicht mehr investiert werden. Es wäre viel besser, wenn man das Haus abreißen und den ganzen Perimeter neu und grösser und auch klimaverträglicher bauen, umgestalten und verdichten würde. Mit diesem Vorgehen könnte man eine wunderbare Liegenschaft für die Kontakt- und Anlaufstelle für abhängige Menschen schaffen, die alle ihre Bedürfnisse abdeckt. Es wäre kein Gewurstel mehr wie im aktuellen Projekt. Alles wäre aus einer Hand. Vermutlich würde es weniger kosten. Es sind ja ca. 4,5 Millionen vorgesehen. Mit diesem Geld baut man ein Mehrfamilienhaus. Und darum würde das auch längstens für einen Neubau reichen.

Mit dem vorgeschlagenen Projekt entwickelt sich die Stadt nicht nachhaltig positiv weiter, sondern stagniert. Und deshalb ist ein Teil unserer Fraktion dagegen. Bei den Anträgen schliessen wir uns der Meinung der SP an.

Präsidentin: Danke, Thomas. Für die GB/JA!-Fraktion, Mirjam Arn.

Mirjam Arn (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion unterstützt das Projekt und wird diesem Kredit zustimmen. Die Sanierung der Anlaufstelle für drogenabhängige Menschen ist aus allen bereits genannten Gründen absolut notwendig. Sie stellt einen sicheren Konsum sicher, hilft Menschen mit Suchtproblemen zu mehr sozialer Integration

und zu mehr Selbstbestimmung. Gerade Menschen mit Suchterkrankungen können hier besser Sozialkontakte pflegen. Sie werden weniger marginalisiert. Folgeerkrankungen können minimiert werden und die betreffenden Personen haben einen niederschwelligeren Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Die Nutzung von Fern- und – alternativ – Umweltwärme ist geplant, was ganz in unserem Sinn ist. Und es ist schön zu hören, dass aus der freisinnigen Ecke für die umweltfreundliche Sanierung plädiert wird. Dass die bisherigen Räumlichkeiten weiter genutzt werden und dass die Garagenfläche des Nachbargebäudes im Besitz des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik miteinbezogen werden kann, ist ein weiterer Pluspunkt des Projekts. Den Antrag der AL nehmen wir an. Es ist ein Prüfantrag. Eine allfällige Auslagerung an einen anderen Standort soll mit den Nutzenden und den Mitarbeitenden gemeinsam geprüft werden. Gemäss unserem Wissensstand sind die betreffenden Personen mit dem jetzigen Standort zufrieden.

Uns scheint im Zusammenhang mit dem geplanten Umbau der ganzen Bauwerkzone wichtig zu betonen, dass bei allfälligen Verschiebungen, Baustellenprovisorien und so weiter, jegliche Übergangslösungen mit den Nutzenden gut abgesprochen und entsprechend ihren Bedürfnissen geplant werden. Während des Bauprojekts "Zukunft Bahnhof Bern" soll die reibungslose und bedarfsgerechte Nutzung der Anlaufstelle jederzeit sichergestellt werden.

Präsidentin: Merci, Mirjam. Für die SVP, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Auch die SVP-Fraktion wird dem Projektierungskredit zustimmen. Wir sind der Meinung, dass die Kontakt- und Anlaufstelle an der Hodlerstrasse eine wichtige soziale Funktion in dieser Stadt wahrnimmt. Sie unterstützt Drogensüchtige und entlastet den öffentlichen Raum. Drogen gehören zu unserer Gesellschaft und Drogenabhängige sind oftmals so ein bisschen ein Spiegel unserer Gesellschaft. Deshalb wäre es falsch, wenn wir hier jetzt Opposition betreiben und die Institution am Schluss schwächen und die Schwächsten unserer Gesellschaft weiter schwächen würden. Deshalb werden wir hier ganz klar zustimmen. Zum Antrag, der noch hereingekommen ist: Man hat schon einmal geprüft vonseiten Stadt, ob man einen zweiten Standort realisieren möchte. Ich glaube, das ist jetzt auch schon ein paar Jahre her, als es die Idee gab, ob man dort, wo die ehemalige Sanitätspolizei war, einen Standort machen will. Das hat recht schnell Kritik gegeben und man ist dort auf Opposition gestossen. Ich glaube, mit diesem Antrag hier würde man einfach das Projekt verzögern. Ich halte es nicht für realistisch, dass man jetzt auf die Schnelle einen Standort finden würde. Und deswegen lehnen wir diesen ganz klar ab, weil wir der Meinung sind, an der Hodlerstrasse müsse jetzt etwas gehen. Die Situation, wie sie heute ist, in dem, ich sage mal nicht, bau fälligen, aber doch in die Jahre gekommenen Gebäude mit Hygieneproblematiken und der ganzen Raumaufteilung entspricht nicht mehr der Zeit und bedarf einer dringenden Auffrischung. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Janosch. Dann sind wir bei den Einzelvoten – David Böhner.

David Böhner (AL), Einzelvotum: Ich möchte einfach schnell auf die Wortmeldungen eingehen, die sagten, der Antrag, den wir gestellt haben, würde das Projekt verzögern. Das ist natürlich wirklich überhaupt nicht unsere Absicht. Ich habe vorhin gesagt, dass es dringend nötig ist, dass das Haus renoviert und umgebaut wird. Damit sollte man nicht länger zuwarten. Was wir mit diesem Antrag erreichen wollen, ist, dass nicht von Anfang an ausgeschlossen wird, dass während des Umbaus, der sicher eine längere

Zeit gehen wird, ein Ersatzstandort als Zwischennutzung gesucht wird, damit man einmal auch in einem anderen Quartier oder an einem anderen Standort schauen könnte, wie das so tut. Nicht mehr und nicht weniger. Wenn sich herausstellt, dass das nicht möglich ist, oder wenn sich herausstellt, dass das nur möglich wäre, wenn es lange Verzögerungen gibt, dann muss man es halt so machen, dass während des Umbaus auf einer Baustelle gearbeitet wird. Aber das ist sicher die suboptimale Lösung. Danke, wenn ihr dem zustimmt. Es geht nicht darum, das Projekt zu verzögern.

Präsidentin: Danke, David. Dann kommen wir zum Votum des Gemeinderates. Für den Gemeinderat, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Danke für die gute Aufnahme des Geschäfts und auch für das Vorstellen des Projekts. Ich glaube, es ist gut bekannt, gut verankert. Deshalb ergänze ich eigentlich nichts. Ich danke euch für die Zustimmung zu diesem Projektierungskredit. Ich nehme zu den Fragen, die aufgeworfen wurden, kurz Stellung. Die Frage von David Böhner und auch den Antrag von David Böhner, man solle die Auslagerung prüfen: Das wäre einfach ein anderes Konzept. Bis jetzt ist man davon ausgegangen, dass man sie eben am Standort lässt. Das ist auch der Wunsch der Anlaufstelle selbst, dass sie eben am Standort bleiben können. Und mit den räumlichen Möglichkeiten, die man dort hat, ist es möglich, die Provisorien bereitzustellen und mittels Provisorien die Anlaufstelle eben genau an dem Ort zu lassen. Auf der einen Seite sind es die Angestellten der Anlaufstelle. Das ist vielleicht ein bisschen weniger wichtig, aber es ist natürlich vor allem für die Kundinnen und Kunden der Anlaufstelle, glaube ich, wichtig und praktisch, wenn sie eben immer am gleichen Ort ist. Das ist ja auch die grosse Krux bei der Suche nach einem zweiten Standort oder nach einem Alternativstandort. Wir haben den Alternativstandort ja einmal ins Spiel gebracht – in der Sanitätspolizei oder an der Predigergasse an der Schüttestrasse-, die wir seither wieder verworfen haben, weil es eben dort auch um die Nachbarschaft von Schulen ging etc. Es ist einfach immer mit grossen Schwierigkeiten verbunden. Wir haben auch schon einen zweiten Standort geprüft und haben zweite Standorte gefunden, die alle ein bisschen ausserhalb des engeren Stadtzentrums sind. Und solche Zweitstandorte sind dann auch immer verworfen worden, weil sie einfach zu wenig attraktiv wären, damit sie überhaupt noch aufgesucht würden. Also, wenn es einen Zweitstandort gäbe, müsste er eben fast ähnlich zentral sein. Und dann haben wir eben gesagt, dann konzentrieren wir lieber die Synergien an einer Anlaufstelle. Und ich glaube, wir fahren damit gut. Zum Thema Neubau an diesem Standort: Wir sind jetzt einfach von einer Weiterentwicklung ausgegangen. Es wäre ein anderes Konzept gewesen, einen Neubau an dem Standort zu machen. Es hängt auch damit zusammen, dass es eben von der Nutzer*innenschaft so gewünscht wird, dass wir eigentlich in diesem Sinn weiterfahren. Und dann wären natürlich auch die baurechtlichen Voraussetzungen ein bisschen anspruchsvoller. Man müsste sicher einen Wettbewerb durchführen und so können wir – es besteht eine gewisse Dringlichkeit – die Anlaufstelle ziemlich problemlos sanieren. Deshalb bitte ich euch – es gibt keinen Antrag dazu, es wurde, glaube ich, nur ein bisschen ausgerufen – und danke ich euch, wenn ihr dem Kredit zustimmt. Und der Antrag: Ich kann zum Antrag noch sagen, dass es ein reiner Prüfantrag ist. Das ist genau richtig. Das sage ich immer in der Kommission PVS: Stellt nicht harte Bedingungen, sondern lasst Sachen prüfen, dann kann man schauen: Ist es eine gute Idee oder ist es nicht so eine gute Idee. Man kann das eben in diesem Fall auch mit den Nutze-

rinnen/Nutzern besprechen. Und je nachdem kommt man dann zu Schluss: Doch, vielleicht wäre es gut, wenn man es auslagern würde. Das ist eigentlich gut möglich. Diesen Antrag könnten wir auch so entgegennehmen.

Präsidentin: Danke, Alec. Dann kommen wir zu den Abstimmungen. Zuerst stimmen wir über den Antrag von David Böhner ab, wonach der Gemeinderat eine Auslagerung an einen anderen Standort während der Umbauphase prüfen soll.

Antrag

1 Böhner, AL

Der Gemeinderat soll eine Auslagerung an einen anderen Standort während der Umbauphase der Anlaufstelle prüfen.

Abstimmung Nr. 005

2013.BSS.000027: Antrag 1

Ablehnung

Ja	25
Nein	37
Enthalten	3

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Dann stimmen wir jetzt über den Projektierungskredit ab.

Abstimmung Nr. 006

2013.BSS.000027

Annahme

Ja	62
Nein	1
Enthalten	2

Präsidentin: Der Kredit ist angenommen.

2018.PRD.000132

4 Turnhalle Altenberg, Teilsanierung; Baukredit

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 4, Baukredit für die Teilsanierung der Turnhalle Altenberg. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die PVS: Ich komme zur Ausgangslage: die Turnhalle Altenberg an der Altenbergstrasse 39 stammt aus dem Jahr 1926 und weist neben der eigentlichen Turnhalle im Erdgeschoss eine respektive 2 Dienstwohnungen im Obergeschoss sowie einen Schwing-Keller mit Garderobenteil und zugehörige Nebenräume im Tiefparterre auf. Auf der Aussenfläche hat es einen Hartplatz und eine Rasenfläche. Die Erreichbarkeit der Turnhalle ist nicht optimal. Die fast hundertjährige Anlage wurde noch nie gesamtsaniert und weist in diversen Gebäudeteilen Mängel auf. Beim Flach-

dach und im Tiefparterre kommt es zu Wassereintrüben. Es hat Feuchtigkeitsprobleme im Schwing-Keller. Die Turnhalle wird fast ausschliesslich durch Dritte genutzt, also die Privatschule NMS, Vereine und Kitas. Die Fenster sind undicht und müssen altersbedingt ersetzt werden. Das Dach ist zwar im Jahr 2004 saniert und mit einem Unterdach versehen worden. Die Gebäudehülle ist jedoch nicht wärmedämmend, und die Energiebilanz ist entsprechend schlecht. Der Zustand und die Ausstattung der Garderobe und Sanitärräume sind ungenügend und unhygienisch. Diverse Bauteile haben ihre Lebensdauer längst überschritten. Die Sicherheits-, Hygiene- und Bauschäden-Risiken vergrössern sich überproportional und die Mängelbehebung im Einzelverfahren ist nun nicht mehr wirtschaftlich.

Auf dem Areal hat es keine Parkplätze. Es wird auf den Abstellplätzen auf der öffentlichen Strasse unmittelbar vor der Turnhalle parkiert. Im Aussenraum bestehen noch Unklarheiten zu den künftigen Anforderungen bezüglich Hochwasserschutz, zur Ausgestaltung der Sportanlage und auch zu den Abstellplätzen für den motorisierten Individualverkehr. Es soll deshalb ein separates Projekt für die Umgebung ausgelöst werden, sobald die Anforderungen klar sind. Zum Projekt: Folgende Ziele sind definiert worden: die Behebung der Sicherheits-, Hygiene- und Bauschäden-Risiken, Verlängerung der Lebensdauer der Anlage um 20 Jahre, Verbesserung der Energiebilanz mit wenigen, aber wirksamen Massnahmen und gutem Kosten-/Nutzen-Verhältnis, Verbesserung des Komforts, minimale Verbesserung der Aussenwirkung, also der Ästhetik. Die Sanierungsmassnahmen betreffen zu einem grossen Teil die Haustechnik, aber es werden auch bauliche Massnahmen zur Verhinderung von wachsenden Schäden ergriffen. Die Elektroinstallationen und die Sanitärinstallationen müssen vollständig ersetzt werden. Die Nassräume werden saniert, die Kanalisation wird mit einem Inliner-Verfahren abgedichtet. Bei der Wärmeerzeugung wurden verschiedene Varianten geprüft. Schlussendlich hat man sich für eine Pelletheizung entschieden.

Eine detaillierte Aufnahme der Altlastensanierung erfolgt nach der Freigabe des Baukredits. Es hat genug Veloabstellplätze. Die Weiterführung des Sportbetriebs während der Bauarbeiten wird ohne Provisorium sichergestellt. Die Installation einer drittfinanzierten Fotovoltaikanlage auf dem Turnhallendach ist vorgesehen. Aus dem Sportfonds des Kanton Berns kann man mit einem Betrag von 100- bis 150'000 Franken rechnen. Es wird auf ein "Kunst am Bau"-Projekt verzichtet.

Die Anlagekosten belaufen sich auf 3,02 Mio. Franken und entsprechen dem Baukredit. Wiederkehrende Amortisations- und Kapitalkosten betragen im ersten Jahr 129'000 und im 34. Jahr 91'000. Die Spezialfinanzierung Schulbauten bezahlt während 33 Jahren jeweils 6'000 Franken. Die Mietzinseinnahmen belaufen sich jährlich auf ca. 130'000 Franken und werden nach der Sanierung voraussichtlich gleichbleiben. Termine: Der Baubeginn ist im ersten Quartal 2025 vorgesehen, das Bauende im 4. Quartal 2025.

Unser Fraktionsvotum: Einmal mehr hat die Fraktion FDP-Jungfreisinn Stimmfreigabe beschlossen. Ein Teil unserer Fraktion findet dieses Geschäft sehr gut, so wie es ausgeführt ist. Ihnen ist es sehr wichtig, dass die Turnhalle der Bevölkerung weiterhin zur Verfügung steht, insbesondere auch den Schülern und den Kitas, und dass die Mängel behoben werden, und freuen sich auf die Sanierung und die sanierte Turnhalle. Ein anderer Teil unserer Fraktion ist mit diesem Projekt nicht zufrieden und wird es ablehnen. Warum? Sie sind der Meinung, dass die Turnhalle auch nach der Sanierung zu klein ist, also keinen Standardmassen entspricht und deshalb nicht für Matches jeglicher Art gebraucht werden kann und deshalb auch an den Wochenenden immer leer sein wird. Auch nach der Sanierung wird die Energiebilanz der Liegenschaft ungenügend sein, einfach weniger ungenügend, weil das Rückgrat der Turnhalle immer noch

über 100 Jahre alt ist. Auch wird weiterhin eine der beiden Wohnungen kein Badezimmer haben und die andere keine Küche. Die Raumaufteilung innerhalb der Turnhalle, auch die Raumaufteilung auf der Parzelle, sind immer noch ungünstig. Die Sanierung bringt keinen tatsächlichen Mehrwert. Darum werden die Mietzinseinnahmen auch nach der Sanierung mehr oder weniger gleichbleiben, trotz Investitionen von 3 Mio. Franken. Weiter sind sie der Meinung, dass man die Sanierung der Turnhalle nicht isoliert umsetzen sollte. Die beiden Projekte Hochwasserschutz und Ausgestaltung des Areals müssen integriert werden respektive gleichzeitig starten, weil diese Projekte Abhängigkeiten untereinander haben. Der grösste Kritikpunkt ist aber die eindimensionale Betrachtungsweise. In diesem Projekt ist keine Fantasie, keine Weitsicht. Man hat keine Varianten geprüft, wie zum Beispiel eine neue Doppelturnhalle mit zusätzlichen Wohnungen, Kostenmiete und einem verbesserten Zugang mit einem Lift am Kornhaus Brückenpfeiler oder eine Doppeltturnhalle zusammen mit der NMS und dafür die ebenfalls nicht mehr taurische NMS-Turnhalle abreißen und dort Wohnungen bauen, etc. Es ist einfach nichts passiert. Wenn sich am Schluss das jetzige Projekt als das richtige herausgestellt hätte, wäre die Ausgangslage anders. Ihr seht, ein Teil der Fraktion, der sich gegen die Vorlage ausspricht, möchte sogar noch mehr und besser genutzte Sportplätze. Für sie ist das Projekt ein gutes respektive ein schlechtes Beispiel dafür, wie man die Stadt verwaltet und nicht weiterentwickelt. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Thomas. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Für die SP-JUSO-Fraktion, Dominik Fitze.

Dominik Fitze (SP) für die Fraktion: Die SP-JUSO-Fraktion wird diesem Geschäft zustimmen, aber nicht ohne eine sorgfältige Abwägung vorgenommen zu haben. Die Turnhalle Altenberg ist klar sanierungsbedürftig. Und das Projekt stellt sicher, dass die Turnhalle zumindest für die nächsten 2 oder 3 Jahrzehnte weiter genutzt werden kann. Das ist auch deshalb sehr wichtig, weil es in der Stadt Bern viele Sportvereine gibt, die darüber klagen, dass es zu wenig Platz für ihre Aktivitäten gibt. Öffentlich und im Rat ist zwar die Rede eigentlich fast immer nur von den fehlenden Rasenplätzen, aber auch von den Turnhallen gibt es eigentlich zu wenige. Wer diese Halle schon genutzt hat, weiss, dass sie eigentlich schon seit vielen Jahren klar sanierungsbedürftig ist. Insbesondere halten wir es für richtig, sie energetisch zu dämmen und die Sanitäranlagen, die von vielen als ungenügend bezeichnet werden, zu modernisieren. Das vorliegende Projekt ermöglicht das und verspricht einen energieeffizienteren, ökologischeren Betrieb für die kommenden Jahre.

Allerdings bedauern wir, dass die Turnhalle nicht auf die Normgrösse für Turnhallen gebracht wird. Sie wird weiterhin Platzprobleme für Volleyball und Handball bieten und aufgrund von fehlendem Platz weiterhin kaum für den Wettbewerbsbetrieb am Wochenende genutzt werden können. Auch an solchen Turnhallen fehlt es in der Stadt Bern. Wir hoffen zudem, dass die Verwaltung die Rückmeldungen der Nutzenden der kürzlich sanierten Bitzjus-Turnhalle in dieses Projekt mitnimmt. Dort wurde zum Beispiel bemängelt, dass es für den Handballbetrieb zu wenig Fallraum gebe oder dass der Geräteraum sehr unpraktisch sei und die Herausnahme des Materials sehr aufwändig. Wir hoffen, dass die Stadtverwaltung und der Gemeinderat diese Aspekte in der Planung für die kommenden Jahre und Jahrzehnte nicht vergessen.

Falls die Turnhalle in einigen Jahren oder einigen Jahrzehnten, wie am Vortag zu entnehmen ist, allenfalls dann eben erneut saniert werden muss, müssen die beiden Aspekte aus unserer Sicht zwingend miteinbezogen werden. Vielen Dank.

Präsidentin: Merci, Dominik. Dann kommt für die GFL, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Ich möchte für unsere Fraktion eigentlich nur ganz kurz etwas sagen. Wir finden das Projekt extrem wichtig und richtig. Es ist ein Ort, in den investiert werden muss. Es ist auch ein schöner Ort, wo man sieht, wo das Geld in der Stadt Bern hinfließt – in den Sport und alles, was eigentlich der Sport nachher mit sich bringt. Was wir aber einfach auch hervorheben möchten, ist, dass wir finden, dass die Nutzung dieser Turnhalle deutlich besser werden muss. Es wurde vorhin auch erwähnt: Es gibt durchaus Vereine, die noch Räumlichkeiten brauchen. Und zum Beispiel sucht gerade aktuell die Zirkusschule Bern verzweifelt einen Ort, der hoch genug ist, also idealer als in der Turnhalle unten könnte es fast nicht sein. Aber ich denke, sie haben mit ihnen geredet und sie haben gar nicht gewusst, dass es die Turnhalle dort unten überhaupt gibt, und dass Private oder eben Vereine diese mieten dürfen. Und deshalb würde ich einfach anregen, dass, wenn wir sie saniert haben, wir wirklich einfach auch ein bisschen besser kommunizieren, was wir eigentlich für Angebote haben und dass man das einfach auch diesen Vereinen, die Raum brauchen, besser zur Verfügung stellt. Merci.

Präsidentin: Danke, Tanja. Für die SVP-Fraktion, Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Auch die SVP stimmt dem Baukredit zu. Ich bin dort selber über Jahre hinweg in den Sportunterricht gegangen, als ich in die NMS zur Schule ging. Und schon damals, das ist Jahre her, ist es im Winter jeweils eiskalt gewesen. Die Liegenschaft befindet sich tatsächlich in einem schlechten Zustand. Die Fenster sind nicht mehr gut. Die Isolierung ist nicht gut und die sanitären Anlagen sind definitiv aus der Zeit gefallen. Vorhin wurde moniert, dass einfach zu wenig gemacht wird bei dieser Liegenschaft und dass irgendwie die Vision fehlt. Aber ich habe einfach das Gefühl: Was will man gross machen bei einer hundertjährigen Turnhalle, wo der Aussenraum noch denkmalpflegerisch geschützt ist? Grosse Möglichkeiten hat man nicht und gross etwas anderes machen als eine Turnhalle – wenn man jetzt die heutige Auslastung sieht ... Eine grössere braucht es auch nicht. Also, es braucht nicht irgendeine Doppeltturnhalle, wenn man die Auslastung von heute sieht, die nicht auf einem megahohen Niveau ist. Das Einzige, das ich ein bisschen kritisiere, ist vielleicht, dass, weil man die Turnhalle ja vor allem auch an auswärtige Vereine vermietet, nach der Sanierung ein bisschen mit dem Mietzins hinaufgehen sollte. Das wäre etwas, worüber man hätte diskutieren können. Das hat man ein bisschen verpasst, aber nichtsdestotrotz: Ich glaube, es ist an der Zeit, dass man die Turnhalle an dieser Lage, die vielleicht nicht ideal ist, aber für die, die dort Sport treiben, ist die Lage einzigartig. Dort könnt ihr wirklich Sport mit Blick auf die Aare treiben. Etwas sehr Schönes. Deshalb ist es wichtig, dass man jetzt etwas tut. Deshalb werden wir uns nicht dagegenstellen und werden diesem Kredit so zustimmen.

Präsidentin: Merci, Janosch. Wir sind bei den Einzelvoten. – Keine Einzelvoten? Dann hat der Gemeinderat das Wort. Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Merci auch für diese Diskussion. Man kann sich die Frage stellen: Hätte man die Halle ersetzen sollen? Hätte man dort etwas ganz anderes planen sollen? Diese Frage könnt ihr hier auch aufwerfen und ihr könnt auch Rückweisanträge stellen. Dann macht ihr einen Rückweisantrag und nachher, wenn der überwiesen wird, müssen wir über die Bücher und dann müssen wir noch

einmal neu planen. Wir haben eigentlich das Projekt vorgelegt, weil wir gesagt haben, man könne die Turnhalle gut in dieser Form brauchen. Sie erfüllt ihren Zweck mit den Einschränkungen, die alle zitiert sind. Und wir entwickeln das Projekt jetzt so weiter. Wir haben dort unten nicht ein visionäres Projekt gemacht. Die Zusammenarbeit mit der NMS ist sehr eng. Der Austausch mit der NMS ist sehr eng und der Aussenraum kann später noch entwickelt werden. Wir wollten sicher nicht den Aussenraum einschränken, denn dieser wird vor allem im Sommer sehr intensiv genutzt und steht der Bevölkerung zur Verfügung. Der Aussenraum spielt in diesen Überlegungen sicher eine wichtige Rolle. Wir haben ihn jetzt noch nicht einbezogen, weil der Hochwasserschutz noch sichergestellt werden muss, bevor man dann hinter den Aussenraum gehen kann. Also, da ihr keine Rückweisung beschlossen habt und auch keine anderen Anträge vorliegen, danke ich euch, wenn ihr das Geschäft so überweisen könntet. Vielleicht noch zur Frage der Mietzinsen: Warum steigen die Mietzinsen nicht? Die Mietzinsen steigen nie. Wir haben einen einheitlichen Mietzins. Wir vermieten alle Schulflächen, Turnflächen zu den gleichen Preisen. Es werden nicht neue Flächen höher bewertet als alte Flächen. Das ist einfach die städtische Praxis und Immobilienpolitik. Darum kann man die Rechnung so nicht darstellen. Es gibt nicht mehr Miete. Die Miete bleibt immer gleich. Auch wenn das Schwabgutschulhaus für 50 Mio. Franken saniert wird, wird die Miete anschliessend gleich teuer sein wie vorher. Das nur noch als kleiner Nachtrag Merci.

Präsidentin: Merci, Alec. Ebenfalls für den Gemeinderat spricht Franziska Teuscher. Kannst du dich bitte noch anmelden?

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Für mich ist der Fall eigentlich klar. Im Altenberg gibt es eine uralte Turnhalle. Sie entspricht weder den betrieblichen noch den energetischen Ansprüchen, die wir heute haben, und deshalb muss sie saniert werden. Das ist der tatsächliche Mehrwert, der von Thomas Hofstetter infrage gestellt wurde. Er ist sowohl energetisch wie betrieblich ausgewiesen. Und darum sage ich, es hat einen tatsächlichen Mehrwert. Und insbesondere, wenn man es langfristig anschaut, kann die Stadt hier auch noch Kosten und Energie sparen. Man kann sich schon fragen, was man eigentlich noch will.

Ich gehe kurz auf die Voten ein, die gewisse Punkte jetzt aus Sportsicht aufgeworfen haben. Zuerst zum Sprecher der SP: Geräteräume sind sicher ein wichtiger Punkt, auf den wir schauen. Wir haben in der Vergangenheit zum Teil gespart in diesem Bereich, was die Folge hatte, dass man beispielsweise bei der Sporthalle Weissenstein dann ein zusätzliches, kleines Gebäude machen musste. Also ich glaube, auch hier haben wir in all diesen Jahren Lehren gezogen, wie man gut umgeht, damit man wirklich auch die Geräteräume zur Verfügung hat.

Es wurde von der GFL gesagt, die Turnhalle sei nicht bekannt und man müsse sie bekannter machen. Die Turnhalle ist wie alle anderen Sportanlagen auf der Website des Sportamts aufgeschaltet. Man kann dort schauen, zu welchen Zeiten man sie buchen kann. Alle Vereine wissen das, man kann das weiterhin kommunizieren. Wir sind immer froh, wenn man uns auch noch sagt, wo man noch mehr kommunizieren sollte. Aber alle Hallen kann man buchen und dort sieht man auch, was sie kosten und wie gross sie sind. Es wurde bemängelt, dass diese nicht den Anforderungen eines Wettkampfs entspricht. Ja, das ist so. Wenn wir das wollten, hätten wir ein ganz anderes Bauprojekt machen müssen, ein teures Bauprojekt. Aber ich kann euch sagen, dass es ganz viele Sportarten in der Stadt Bern gibt, die nicht wettkampftaugliche Felder brauchen. Die sind sehr froh für die Halle, wo sie vielleicht dann nutzen können, wenn sie

an anderen Orten nicht zum Zug kommen. Es ist auch zu sagen, dass diese Halle natürlich am Samstag nicht leer steht. Wir sind mittlerweile auch so aufgestellt, dass man unsere Hallen über das Wochenende buchen kann. Und auch diese Halle wird über das Wochenende gebucht. Aber es ist halt so, jede Turnhalle wird über das Wochenende ein bisschen weniger gebucht als durch die Woche, weil wir durch die Woche hindurch alle Vereine und alle Schulen haben. Ich gehe mit euch einig, wenn ihr sagt, wir haben in dieser Stadt auch zu wenige Turnhallen. Ja, wir haben je länger, desto weniger Turnhallen, weil wir halt die Turnhallen auch für Tagesbetreuung brauchen. Und diese Frage, finde ich, die stellt sich. Die muss sich die Politik stellen. Aber ihr kennt auch unsere Investitionsliste mit den Prioritäten und dort haben wir im Moment leider gar keinen Spielraum.

Von Thomas Hofstetter wurde gesagt, man wolle nur verwalten und nicht gestalten. Da wage ich schon die Frage aufzuwerfen, ob es denn richtig ist, wenn wir neben der Aare in einem Grundwasserschutzgebiet von Doppelturnhallen, Wohnungen und so weiter und so fort reden. Der Gemeinderat hat einmal wirklich gestalten wollen in dem Sinn, dass er wirklich eine grosse Verdichtung vorgesehen hatte mit Schulhaus, mit Wohnungen darauf, nicht in einem Grundwasserschutzgebiet. Und das ist dann abgelehnt worden, weil man gesagt hat, es sei zu viel hineingepackt worden. Ich würde also nicht wagen, im Grundwasserschutzgebiet solche Sachen pionierhaft zu machen, denn das wird einfach unendlich teuer. Das kann ich euch garantieren. Und daher herzlichen Dank, dass ihr mithelft, die uralte Turnhalle jetzt etwas à jour zu bringen.

Präsidentin: Merci, Franziska. Wir kommen zur Abstimmung über den Baukredit.

Abstimmung Nr. 007

2018.PRD.000132

Annahme

Ja	65
Nein	1
Enthalten	0

Präsidentin: Der Kredit ist angenommen.

2013.GR.000373

5 Ersatzneubau Hallenbad und Kunsteisbahn Weyermannshaus; Baukredit (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum 5: Ersatzneubau Hallenbad und Kunsteisbahn Weyermannshaus, ebenfalls ein Baukredit und eine Abstimmungsbotschaft. Ich erteile der Kommission das Wort. Für die PVS, Irina Straubhaar.

Irina Straubhaar (GLP) für die PVS und die Fraktion: Das jetzige Hallenbad und die Eisanlage im Weyermannshaus (Weyerli) sind rund 50 Jahre alt und eindeutig in die Jahre gekommen. Insbesondere sind die technischen Anlagen überaltert und das Gebäude nicht energieeffizient. Der Handlungsbedarf ist dementsprechend gegeben. Das vorliegende Projekt sieht einen kompletten Neubau für das Hallenbad und die Eisanlage

vor. Das Hallenbad und die Eisanlage werden so kombiniert, dass sie zum einen möglichst wenig Platz brauchen, indem sie übereinandergestapelt werden, und zudem gleichzeitig Synergien genutzt werden können. So wird es in Zukunft bei diesem neuen Projekt nur noch einen Eingang für das Hallenbad und die Eisanlage geben. Und die kombinierte Nutzung der Eisanlage und des Hallenbads erlaubt es, dass zum ersten Mal für eine solche Anlage ein Minergie-P-Eco-Standard angestrebt werden kann.

Das Projekt wurde im Rahmen eines Projektwettbewerbs ausgewählt und bis zum jetzigen Stand weiterbearbeitet. Zu erwähnen ist die gute Einbettung des Gebäudes in die Umgebung. So wird das Projekt an der Ecke Stöckackerstrasse und alte Murtenstrasse liegen, was ein bisschen weiter im Norden als das bisherige Gebäude ist. Das spielt Liegefläche für das Freibad frei und dient gleichzeitig als Lärmschutz für das neu entstehende Quartier.

Im Obergeschoss des neuen Gebäudes wird das Hallenbad zu liegen kommen. Das wird wie bis jetzt ein 25-Meter-Becken, ein Nichtschwimmerbecken und zusätzlich einen Kinderplanschbereich umfassen. Im Untergeschoss befindet sich die Eishalle, die über Platz für maximal 520 Zuschauende verfügt. Auf der gleichen Ebene wird das neue Ausseneisfeld erstellt. Im Sommer wird das Ausseneisfeld, wie bisher als Verkehrsgarten und anschliessend für die Beach-Felder genutzt werden können. Neben dem Neubau des Hallenbads und der Eisanlage wird der sogenannte Pavillon, ein denkmalgeschütztes Gebäude, das das ehemalige Hauptgebäude des Freibads ist, saniert. Der Pavillon wird nach der Sanierung wieder als Restaurant für das Freibad zur Verfügung stehen. Zusätzlich werden Verbesserungen in der Aussenraumgestaltung auf dem Areal des Freibads vorgenommen. Der Zeitplan sieht vor, dass der Bau Mitte 2027 erfolgen kann und dann sollte der Betrieb des neuen Hallenbads und der Eisanlage ab Herbst 2030 möglich sein. Erschlossen wird das Weyerli weiterhin durch die Buslinie 27, die direkt vor der Haustür hält. Und der Europaplatz ist als wichtiger ÖV-Knoten in Gehdistanz erreichbar. Die bisher bestehenden Veloparkplätze werden im Rahmen des Projekts von 500 auf 700 erhöht und für die Parkplätze ist entschieden worden, diese von 130 nochmal ein bisschen zu reduzieren auf 104, entsprechend dem Modalsplit für die Anlage, wobei 25 davon in der Parkgarage, die im neuen Beach-Center oder unterhalb des neuen Beach-Centers gegenüber zu liegen kommt, untergebracht werden. Vielleicht noch ein paar Worte zum Betrieb während des Baus. Jetzt, da die Ka-We-De umgebaut wird, dient das Weyerli für die trainierenden Clubs als Ausweichstandort respektive als Provisorium für den Eissportbetrieb. Und umgekehrt wird jetzt, wenn die Ka-We-De fertiggestellt ist und das Weyerli umgebaut wird, die Ka-We-De als Provisorium für das Weyerli dienen.

Insgesamt wird von Kosten von rund 107 Mio. Franken ausgegangen. Der Projektkredit ist in diesen Kosten enthalten. Von diesen 107 Mio. Franken entfallen knapp 65 Mio. Franken auf das Gebäude, wobei hier die Technik nicht einen unerheblichen Anteil ausmacht. Und auch die Umgebungsarbeiten schlagen mit immerhin gut 10 Mio. Franken zu Buche. Weitere Kosten werden durch die Vorbereitungsarbeiten, Betriebseinrichtungen und Baunebenkosten verursacht. Was die Finanzierung betrifft, so kann ein Teil der Kosten, nämlich 12,5 Mio. Franken, über eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung für Eis- und Wasseranlagen erfolgen. Damit kann der allgemeine Haushalt jährlich um 500'000 Franken entlastet werden. Was die Personalfolgekosten betrifft, so wird das Projekt eine Synergie ergeben dadurch, dass die Eingänge der Eisanlage und des Hallenbads neu zusammengelegt sind. Aber es kommt ein Zusatzaufwand für Reinigung, Unterhalt und Eisdienst hinzu. Ebenso werden zusätzliche Kosten für die zusätzliche Betriebszeit der Eishalle, die ja früher aufgeeist wird, verursacht. Damit resultiert ein zusätzlicher Personalaufwand in der Höhe von 75'000 Franken.

Was meint die Kommission zu diesem Geschäft? Die Kommission hatte keine grundsätzlichen Einwände. Dementsprechend hat sie das Geschäft respektive den Antrag zum Baukredit mit 8 Ja bei 2 Enthaltungen angenommen. Die Kommission hatte aber noch ein paar Nachfragen und es wurden noch einmal ein paar grundlegende Überlegungen aufgeworfen. So wurde beispielsweise die Frage in den Raum gestellt, ob nicht Alternativen zu einer Eisanlage zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite wurde eingebracht, ob es nicht ein grösseres Projekt gebraucht hätte in Anbetracht der dynamischen Entwicklung im Westen von Bern. In eine ähnliche Richtung ging die Anmerkung, dass der Nutzungsdruck für das Weyerli als Gesamtanlage zunehmen werde und darum zu hoffen sei, dass es diesem Nutzungsdruck dann auch Stand halten könne in dieser Dimension, wie sie jetzt als Projekt vorliegt.

Zudem hatte die Kommission ein paar kritische Nachfragen. So war es für einen Teil der Kommission nicht ganz nachvollziehbar, weshalb der Neubau als ökologischer überschrieben wird als eine Sanierung. Der Gemeinderat hat dabei vor allem auf die Synergieeffekte aus einem gemeinsamen Betrieb Hallenbad und Eisanlage verwiesen. Zudem wurde die Sinnhaftigkeit einer Ausseneisanlage infrage gestellt. Diesbezüglich wurde vonseiten des Gemeinderates angemerkt, dass die Ausseneisanlage extra später im Jahr in Betrieb genommen werde und der energetische Aufwand für die Entfeuchtung der Innenanlage nicht unterschätzt werden sollte. Schlussendlich ist sich die Kommission einig gewesen, dass aus dem Bau und dem Betrieb der 50-Meter-Schwimmhalle im Neufeld die richtigen und wichtigen Schlüsse für das Projekt Weyerli gezogen werden sollten und hat den vorliegenden PVS-Antrag einstimmig überwiesen.

Ich halte noch das Fraktionsvotum. Ich nehme es vorweg: Die GLP/JGLP/EVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft zu. Es ist aber gleichzeitig klar, dass wir von sehr viel Geld reden. Und in einer Zeit von Budgetdefiziten, höherer Neuverschuldung und grosser Zinslast möchte ich gerne auf diesen Aspekt eingehen. Eigentlich hat die Stadt aktuell nicht die Mittel, solche Grossprojekte zu stemmen beziehungsweise schieben wir die Last immer wieder auf die nächsten Generationen. Gleichzeitig stehen wir unter diesen Sachzwängen, dass das Geschäft von langer Hand vorbereitet wurde und viel in die Planung investiert wurde. Die Finanzen sanieren zu wollen, indem man jetzt abbricht, wird aus unserer Sicht der Sache definitiv nicht gerecht und lenkt auch vom eigentlichen Problem ab, das wir haben, nämlich, dass es die RGM-Finanzpolitik in den letzten Jahren nicht geschafft hat, die nötigen Mittel freizuschaukeln, um solche wichtigen Projekte finanzieren zu können. Stattdessen wurden von der ratslinken Mehrheit Rechnungsüberschüsse immer wieder dazu missbraucht, Leistungen und Aufgaben in allen möglichen Bereichen zu steigern und auszubauen. Das Resultat ist, dass der Cashflow für die Infrastruktur fehlt. Das finden wir schade. Wir werden aber dafür nicht die Sportanlage und städtische Infrastruktur opfern, sondern nutzen jetzt diese Debatte, um darauf aufmerksam zu machen. Immerhin hat auch der Stadtpräsident im Wahlkampf plötzlich einen Schwenker gemacht und redet jetzt von nötigen Sparmassnahmen von 40 Mio. Franken jährlich. Das begrüssen wir. Dann haben wir nämlich auch wieder Geld für wichtige Infrastrukturen.

Inhaltlich finden wir das Projekt gelungen. Schon die Einbettung in die Umgebung führt dazu, dass Mehrwert für die Aussenanlage und das Quartier geschaffen werden kann. Zudem finden wir den Synergiegewinn sowohl im technischen wie auch bezogen auf den Energieverbrauch sinnvoll: Stichwort gemeinsamer Eingang. Auch wir haben uns die Frage gestellt, ob eine Ausseneisanlage oder generell eine Eisanlage noch zeitgemäss ist. In der Annahme, dass im Wettkampfbereich Alternativen zum Eis noch nicht so weit sind, gehen wir davon aus, dass es die Eisanlage braucht. Daher unterstützen wir den Rückweisungsantrag von GB/JA! nicht. Was den Antrag betreffend Einhausung

betrifft, so wurde viel darüber diskutiert, und auch schon im Rahmen des Projektierungskredits hat man sich dagegen entschieden. Und wir wollen die Einhausung zum aktuellen Zeitpunkt nicht noch einmal prüfen lassen. Den PVS-Antrag werden wir annehmen, weil es für uns wichtig ist, dass Erkenntnisse aus dem Bau und Betrieb der Schwimmhalle Neufeld ins neue Projekt einfließen. Und den Antrag der SP-JUSO-Fraktion halten wir ebenfalls für sinnvoll und werden ihn unterstützen.

Präsidentin: Danke, Irina. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Béatrice Wertli für die Mitte.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Bern braucht Bewegung und somit auch die entsprechende Infrastruktur für Bewegung. Es spricht ganz viel dafür und die Mitte-Fraktion wird den Kredit auf jeden Fall auch unterstützen. Was spricht dafür? Es liegt auf der Hand: die Gesundheit, Investition in die Zukunft, Platz für Sportvereine, für den Breitensport, für unsere Gesellschaft, für Bern. Wir haben es gehört. Es ist auch ein nachhaltiges Projekt, weil der Minergie-Standard-P Eco umgesetzt werden kann. Die Volksabstimmung zur Ka-We-De hat gezeigt: Das Berner Volk will solche Anlagen. Das Ja zur Ka-We-De war überwältigend und dass man das jetzt auch nutzen kann, weil der Bedarf da sein wird wegen der Sanierung von Ka-We-De spricht noch einmal dafür. Ebenfalls haben wir gehört, dass es ein sehr hoher Kostenpunkt ist. Die Gesamtkosten von über 100 Mio. Franken sind natürlich erheblich. Und was wir uns in der Fraktion auch noch gefragt haben: Das eine ist, man muss auf allen Seiten sparen. Auf der anderen Seite einfach mal als Frage: Wie stark hat man innovative Marketing- und Sponsoring-Ideen geprüft, wo es doch um Anlagen geht, die gerade für den Vereins-, den Breitensport so wichtig sind? Wir sind der Meinung, dass man dort auch etwas machen könnte. Das wäre etwas sehr Attraktives und würde nicht nur das Budget und den Haushalt der Stadt entlasten, sondern eben auch den Sport noch einmal attraktiver machen. "Für alle statt für wenige." Bern braucht Bewegung. Wir freuen uns, wenn ihr dem Kredit zustimmt und lehnen ebenfalls den Rückweisungsantrag von GB/JA! ab. Denn aus sportlicher und aus Vereinssicht macht es keinen Sinn, weil es eben das Eis als Eis braucht, so wie es ist. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Béatrice. Für die SP-JUSO-Fraktion Timur Akçasayar

Timur Akçasayar (SP) für die Fraktion: Wie schon vorhin werden wir auch hier das SP-JUSO-Fraktionsvotum teilen. Ich werde den ersten Teil aus planerischer Sicht machen, und nachher wird Emanuel Amrein den zweiten Teil machen und auch unseren Antrag begründen.

Der Ersatzneubau des Hallenbades und der Kunsteisbahn Weyermannshaus ist ein sehr ein zentrales Thema in unserer Fraktion und wir haben sehr konzentriert darüber diskutiert. Diese Diskussion hat sich vor allem auch auf die hohen Baukosten von über 100 Mio. Franken konzentriert. Auch gab es Fragen zu den Bedürfnissen einer Sportstadt und auch dazu, was überhaupt mit der Eis- und Wasserstrategie von 2018 ist. Nach einer längeren, intensiven Debatte sind wir zum Schluss gekommen, dass wir den Neubau unterstützen und in diesem Neubau auch eine langfristig sinnvolle Lösung sehen. Auch werden wir weiterhin die Eis- und Wasserstrategie, die die Entwicklung unserer Anlagen in Bern bis 2030 plus festlegt, unterstützen. Das Thema der grauen Energie und die Entscheidung zwischen Sanierung und Neubau wurden innerhalb der SP sehr intensiv diskutiert – auf allen Ebenen. Eine Sanierung wäre eine kostengünstigere Option. Aber wenn man es langfristig betrachtet, sind die Vorteile eines Ersatzneubaus

grösser. Das vom Gemeinderat heute vorgeschlagene Bauprojekt erfüllt die Nachhaltigkeitsanforderungen. Durch den Einsatz effizienter Technik auf einem Gebäude grösstenteils aus Holz können wir einen grossen Sprung vorwärts machen. Die optimierte Flächennutzung des Areals durch die stufenweise Bauweise und die Konzeption eines Eisfelds als Eishalle sind ebenfalls ein Schritt vorwärts.

Uns ist natürlich sehr bewusst, dass Eisbahnen und Hallenbäder einen sehr grossen Verbrauch an Energie haben. Uns ist auch bewusst, und in dieser Zeit ist es auch berechtigt, die Frage zu stellen, ob solche Anlagen in Zukunft noch zeitgemäss sind. Aus unserer Überzeugung stimmen wir dem Projekt weiterhin zu, denn die modernen Technologien, nachhaltige Bauweisen, all das wird den Energieverbrauch optimieren. Und wir dürfen auch eines nicht vergessen: Das Bedürfnis der Bevölkerung nach solchen Sportarten ist vorhanden und es ist nicht nur eine Nischensportart, sondern sie werden sehr rege gebraucht. Es sind wichtige Einrichtungen für die sportliche Betätigung, auch für die Freizeitgestaltung der Menschen. Jetzt komme ich noch schnell zu den Anträgen, die vorliegen. Den Rückweisungsantrag werden wir ablehnen. Das Thema des synthetischen Eises wird regelmässig von den Fachstellen geprüft, das haben wir auch schon bei der Ka-We-De gehabt. Und ich möchte auch noch erwähnen: Das synthetische Eis besteht aus Kunststoffplatten. Diese imitieren zwar die Gleiteigenschaften von Eis, aber sie haben immer noch nicht die Qualität, die es eigentlich braucht. Sie haben einfach immer noch grosse Nachteile für den Sport. Sie sind in der Anschaffung und im Unterhalt teuer. Und wir dürfen eines nicht vergessen: Es gibt auch die Sorge, dass sie Mikroplastik freisetzen. Antrag 2 der PVS werden wir annehmen. Es ist nur logisch, dass solche Erkenntnisse aus den vorgängigen Projekten durch ein geeignetes Qualitätssicherndes Verfahren in die Verwaltung einfließen und auch weiterverarbeitet werden. Es ist ein bisschen bedauerlich, dass eine Kommission so etwas beantragen muss. Antrag 4 von GB/JA! werden wir ablehnen, denn die entsprechenden Informationen sind verfügbar und die Kommission hat ein Factsheet "Ausseneisfeld und graue Energie" bekommen. Also ist der Antrag nicht nötig. Merci.

Präsidentin: Merci, Timur. Den zweiten Teil des Votums hält Emanuel Amrein.

Emanuel Amrein (SP) für die Fraktion: Ich ergänze Timurs Votum und sage etwas zu unserem Antrag. Das Weyerli ist ein Monument. Es ist der Ort, wo die Stadt Bern ihre Dimensionen sprengt. Bern für einmal Grossstadt. Und das Weyerli verbindet 3 zentrale Berner Leidenschaften: "Schlöflen" (Eislaufen), Schwimmen im Hallenbad und Sonnenbaden mit Sicht auf einen Autobahnviadukt. Die ersten beiden sind relativ kostspielig. Sie brauchen ziemlich viel Energie und sind aufwändig im Unterhalt. Zu den Kosten haben wir im Vortrag und den Unterlagen des Gemeinderates relativ wenige bis sehr wenige Informationen gefunden. Im Gegenteil. Beim Lesen der Unterlagen entsteht der Eindruck, dass dank der neuen Eishalle grosszügig Kosten gespart werden und Energie gespart wird und die Abwärme für die Kälteerzeugung für das Heizen des Hallenbads reicht. Beim Lesen entsteht fast der Eindruck, der Neubau habe eine positive Ökobilanz und der Betrieb sei optimiert. Das ist eine Sichtweise. Eine andere ist, dass es nach dem Bau der Schwimmhalle Neufeld und nach der Sanierung der Ka-We-De, nicht einfach nur um einen Ersatz geht, sondern es geht um einen Leistungsausbau. Wir haben mehr Angebote, wir haben mehr Wasser, wir haben länger im Jahr Eis und der Ausbau hat langfristig einen Preis. Bei einer Investition von über 100 Mio. Franken ist es für die SP-Juso-Fraktion selbstverständlich, dass den Stimmberechtigten Zahlen geliefert werden – Zahlen zur künftigen Nutzung, Zahlen zu den erwarteten Eintritten im Hallenbad und zu den Erträgen aus dem Eisfeld, auch Zahlen zum Betrieb, Betriebskosten. Das

schaft Transparenz und sollte eigentlich selbstverständlich sein. Schliesslich wollen alle Berner*innen wissen, was ihre Monumente kosten.

Präsidentin: Merci, Emanuel. Für die GB/JA!-Fraktion, Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Wir haben das vorliegende Projekt Weyerli in unserer Fraktion auch lange und intensiv diskutiert. Es ist ein riesiges Projekt mit vielen Facetten, und wir können grundsätzlich dem Projekt viel Positives abgewinnen. Aber es sind auch noch einige Fragen für uns offen und darum haben wir noch 2 Anträge gestellt, wie ihr sehen könnt. Wir finden positiv, dass das Hallenbad saniert wird. Es ist dringend nötig und uns leuchtet es ein, dass die 2 Eingänge von Hallenbad und Eis zusammenrücken sollen, um die betrieblichen Abläufe zu vereinfachen.

Jetzt komme ich zu den offenen Fragezeichen, die wir haben. Wir haben ein paar unbeantwortete Fragen und wir finden, dass das bei so einem grossen Projekt eigentlich nicht sein dürfte. Die offenen Fragen betreffen die 2 Eisfelder, die geplant und im Projekt vorgesehen sind: eine Eishalle und ein Ausseneisfeld. Für uns hat sich die Hauptfrage gestellt, die schon von der GLP-Sprecherin aufgeworfen wurde, ob es überhaupt noch zeitgemäss ist, diesen Sport auszuüben oder was die ökologischste Art und Weise ist, einen per se nicht besonders ökologischen Sport auszuüben. Dort stellt sich die Frage, wie weit wir in Zeiten der Klimaerwärmung bereit sind, als öffentliche Hand diesen Sport zu fördern, oder ob wir irgendwann sagen müssen, dass die Verringerung von CO₂-Emissionen höher gewichtet werden sollte. Momentan sind wir aber noch nicht an diesem Punkt. Aber wir können nicht ausschliessen, dass sich das nicht ändern wird in den nächsten Jahren, bevor die Eishalle das Ende ihres Lebenszyklus' erreicht hat. Wir wissen nicht, dass das synthetische Eis im Zusammenhang mit dem Projekt gebaut wurde, und ob man dann nicht auf eine Eishalle verzichten könnte. Deshalb haben wir den Rückweisungsantrag eingereicht, damit man das noch prüfen kann. Wir kennen die Bedenken gegen Kunsteis, wo es das schon gibt, wie zum Beispiel auf dem Bundesplatz, wo es eingesetzt wurde. Aber wir sind auch überzeugt, dass man das immer wieder prüfen kann und dass in absehbarer Zeit bessere Forschungsergebnisse vorliegen werden und eine Tendenz abgelesen werden kann, ob das in absehbarer Zeit auch für den Profisport eine Möglichkeit werden kann. Denn dann wären Eishallen überflüssig und es könnten graue Energie für den Bau und die Betriebsenergie eingespart werden. Wir haben deshalb den Rückweisungsantrag gestellt, verbunden mit der Forderung, noch einmal zu prüfen, ob nicht auf den teuren Bau einer technischen Anlage zur Eisaufbereitung verzichtet werden und stattdessen synthetisches Eis verwendet werden könnte. Wenn wir beim herkömmlichen Eis bleiben, wie es bisher auch der Fall war und wie es weiterhin geplant ist, dann ist für uns immer noch die Frage, was denn jetzt die ökologischste Variante für das zweite Feld ist, jenes also, das jetzt noch als freie Eisfläche geplant ist. Ist es eine freie Eisfläche, weil man nichts bauen, aber dafür nachher mehr herunterkühlen muss oder eine überdachte Eisfläche, bei der weniger Sonneneinstrahlung auf das Feld dringt, oder eine Eishalle, die zwar nachher weniger gekühlt werden muss, aber dafür zuerst gebaut und nachher auch entfeuchtet werden muss. Uns ist das weder aus dem Vortrag ganz klar geworden noch aus den Antworten der Verwaltung. Und uns sind die Factsheets auch bekannt, die der SP-Sprecher erwähnt hat. Aber die Informationen, die wir dort entnehmen konnten, waren für uns nicht wirklich klar und teils widersprüchlich.

Für uns wäre es bei so einem grossen Projekt sehr wichtig, dass man eine saubere Auflistung hat. Für uns war zum Beispiel nicht klar, wo die graue Energie mitgerechnet wurde und wo nicht. Also zum Beispiel bei der Überdachung Ja, bei der Eishalle Nein,

ob die Entfeuchtung mitgerechnet wurde, welche Energieeffizienz und, und, und. Wir fordern Verwaltung und Gemeinderat auf, graue Energie in Zukunft bei jedem Projekt systematisch und transparent auszuweisen, und haben auch vor, einen entsprechenden Vorstoss einzureichen.

Wegen dieser offenen Fragen haben wir einen Prüfungsantrag gestellt, den wir euch bitten anzunehmen. Damit ist einfach die Forderung verbunden, dass es in jedem Fall möglich sein soll, dass nachträglich eine Einhausung gemacht werden kann, wie jetzt eigentlich auch schon im Vortrag steht, dass das vorgesehen ist. Und die technischen Räume sind auch schon vorgesehen. Aber einfach auf diese Möglichkeit darf auf keinen Fall verzichtet werden. Und nachher habe ich noch ein paar abschliessende Gedanken zu Sanierung und Neubau. Und zwar war ja auch am Anfang die Diskussion, ob sanieren oder neu bauen. Und nachher wurde eine Machbarkeitsstudie gemacht und es hiess, der Neubau habe – Klammer – minim besser abgeschnitten. Und ich glaube, die Frage wird sich einfach in Zukunft immer wieder stellen. Natürlich muss jedes Projekt einzeln geprüft werden, aber wir finden es wichtig, dass ökologische und soziale Interessen dort in jedem Fall immer am höchsten gewichtet werden, also zum Beispiel eben, dass die graue Energie mitberücksichtigt wird, Anpassungen an das BehiG (Behindertengleichstellungsgesetz) und, und, und. Hingegen können ästhetische Vorlieben – weil man jetzt gerade den Neubau ein bisschen schöner findet als das alte Gebäude – auch ein bisschen zurückgestellt werden. Dem PVS-Antrag stimmen wir zu. Wir gehen davon aus, das ist auch schon geplant gewesen. Den SP-JUSO-Antrag lehnen wir ab, weil wir den Mehrwert nicht sehen. Wir hätten eine Auflistung der Energiebilanz eigentlich sinnvoller gefunden als die Kosten. Insgesamt werden wir uns enthalten, weil für uns noch zu viele Fragen offen sind.

Präsidentin: Danke, Seraphine. Für die GFL, Tanja Miljanovic.

Tanja Miljanovic (GFL) für die Fraktion: Das ist ein Geschäft, das sehr unschuldig dahergekommen ist, bei uns aber so spannende Diskussionen ausgelöst hat, dass wir sie sogar noch auf eine zweite Sitzung haben vertagen müssen. Und dann ist es noch einmal genauso spannend geworden. Und heute sind wir da und müssen eigentlich entscheiden, ob wir den Baukredit für die Erneuerung dieser Sport- und Freizeitanlage bewilligen möchten oder nicht. Aber warum ist das Thema bei uns eigentlich so wichtig oder sogar brisant gewesen? Das war vor allem wegen 2 Punkten: den Finanzen und dem Klimawandel. Kommen wir zuerst einmal zu den finanziellen Bedenken. Also einerseits geht es ja um eine sehr hohe Investition von über 100 Mio. Franken in einer Zeit, da die Stadtfinanzen zwar natürlich immer noch tragbar sind aus unserer Sicht – wir nehmen ja das Budget auch an –, wir aber finden, dass sie keinen grenzenlosen Spielraum zulassen. Insbesondere beim Tiefbau haben wir sehr grosse Bedenken, dass die Investitionskosten, die man geplant hat, nicht eingehalten werden können, und wir befürchten, dass sie erheblich überschritten werden könnten. Zweitens befinden wir uns im Klimawandel, nicht nur in der Debatte darüber, sondern wirklich einfach knietief oder wie aktuell in Spanien haushoch mittendrin. Und das ist relevant, weil die neue Anlage nicht nur für den Bau massive Ressourcen benötigt, sondern eben auch im Betrieb. Eishockey ist eine Sportart, die in den Achtzehnsiebzigerjahren in Kanada entstanden ist, und Eiskunstlauf, bei dem die ersten Wettkämpfe erst 1882 in Wien stattgefunden haben, sind Sportarten oder Sportarten gewesen, die in den kälteren Zeiten populär wurden. Zum Vergleich: Im Oktober 1870 hat die durchschnittliche Temperatur in der Schweiz 6 bis 8 Grad Celsius betragen. Im Oktober 2022 sind es aber schon 10

bis 12 Grad Celsius gewesen. Im Winter selber ist die Veränderung ebenfalls signifikant. Im Dezember und Februar 1870 hat man in der Schweiz Minus 3 bis 0 Grad Celsius genossen. Im Dezember 2022 aber sind es 1 bis 3 Grad im Schnitt immer über dem Gefrierpunkt gewesen, also immer im Schnitt. Warum nenne ich diese Zahlen? Weil wir aus unserer Sicht darüber diskutieren müssen, ob wir eigentlich jede junge Sportart wie den modernen Ski- und Eissport zu einer unumstösslichen Tradition erheben sollen. Müssen wir daran festhalten, nur um daran festzuhalten? Schnee- und Eissport ist doch eigentlich für eine Schnee- und Eiszeit. Wenn sich die Ausgangslage verändert, so wie sie es ja macht, stellt sich doch die Frage, ob nicht auch wir unser Verhalten ändern müssten. Deshalb wünschen wir uns auch in der nächsten grundlegenden Sanierung eine offene Grundsatzdiskussion darüber, ob wir eine Eisanlage überhaupt erhalten sollen oder ob wir uns auch hier mit dem Klimawandel wandeln müssen.

Eines ist klar, die Anlage wird trotz umsichtiger Planung weiterhin einen hohen Energieverbrauch aufweisen. Zum Beispiel entspricht der Energieverbrauch eines Besuchers demjenigen eines vierköpfigen Haushalts am Tag. Also wenn ich eine Stunde oder 2 eislaufen gehe, habe ich gleichviel Energie verbraucht wie ein ganzer Haushalt den ganzen Tag mit 4 Leuten drin. Es ist natürlich positiv, dass man dem ein bisschen entgegenzuwirken versucht, indem man jetzt zum Beispiel auch für die Aussenanlage die technischen Installationen schon vorgesehen hat, sodass man später einmal eine Einhausung machen kann oder eine Überdachung des Aussenfelds. Das braucht aber auch eine Lüftung und wir finden es eigentlich gut, dass man das macht, aber auch hier muss man realistisch bleiben. Energetische Einsparungen werden durch die Einhausung wegen der notwendigen Lüftung eigentlich wieder aufgehoben. Wir schützen sie quasi vor der Sonne, aber es gibt nachher so viel Kondensentwicklung, dass man so gut lüften muss, dass es gar nicht mehr so darauf ankommt.

Weshalb stimmen wir aber trotzdem zu? Denn das tun wir mehrheitlich, aber nicht alle. Die Eisanlagen sind für einen grossen Teil der Bevölkerung unverzichtbar oder werden als unverzichtbar empfunden für Sport und auch für ein Gemeinschaftsgefühl. Sie sind zentrale Sportstätten für Eishockey und Eiskunstlauf und sie sind aber auch ein beliebter Freizeitor für Familien. Sport an sich und die Bewegung, die damit einhergeht, erfüllen hier eine ganz wichtige soziale Funktion und fördern auch die körperliche und mentale Gesundheit. Das ist für uns auch ein wichtiger Bestandteil der sozialen Dimension der Nachhaltigkeit. Das Projekt bietet auch andere Vorteile, mehr Liegeflächen für die Bevölkerung. Das ist eine wichtige Verbesserung für die Nutzung im Sommer oder eben Herbst und bald Winter. Und ausserdem werden natürlich auch die ökologischen Standards Minergie-P Eco erfüllt. Grundsätzlich zu den Verhaltensänderungen ist uns wichtig zu betonen, dass diese sinnvoll gestaltet werden müssen. Wir wünschen uns Verhaltensänderungen in der Bevölkerung und halten sie eigentlich auch für zwingend notwendig. Aber solche Veränderungen sollten dort angesetzt werden, wo sie mit wenig Aufwand eine grosse Wirkung erzielen können. Wie eine kürzlich publizierte ZDF-Studie gezeigt hat, produziert ein superreicher Mensch in nur 95 Minuten so viel CO₂ wie ein durchschnittlicher Mensch in seinem ganzen Leben. Es geht darum, den Hebel dort anzusetzen, wo sich wirklich etwas bewegen kann, und nicht Verhaltensänderungen zu erzwingen, die vielen schaden, aber unter dem Strich für das Klima wenig bringen. Die Anträge der SP-JUSO nehmen wir an. Die Anträge des Grünen Bündnisses lehnen wir aber ab. Die Rückweisung sowieso – aber nicht alle. Wir haben Stimmfreigabe, aber die Mehrheit wird die Rückweisung ablehnen. Wir werden auch Kunststoffalternativen zum Eis ablehnen. Wir haben uns auch noch ein bisschen informiert. Zum Beispiel spricht sich der WWF klar gegen Kunststoffeis aus, vor allem wegen des Mikroplastiks.

Überdachung, das habe ich vorhin schon erwähnt. Also wegen der Lüftung verpufft eigentlich der ganze Effekt. Darum kann man das dann machen, wenn es sich vielleicht nicht lohnt, weil es kälter wird. Also die Mehrheit von uns stimmt trotz den hohen Baukosten und den klimapolitischen Bedenken zu. Eine Minderheit wird es aus genau diesen Gründen ablehnen.

Präsidentin: Danke, Tanja. Für die FDP/JF-Fraktion, Thomas Hofstetter.

Thomas Hofstetter (FDP) für die Fraktion: Die Fraktion FDP-Jungfreisinn hat das Projekt kontrovers diskutiert. Wir werden aber grossmehrheitlich zustimmen. Es wird aber auch Enthaltungen geben. Die ganze Fraktion ist der Meinung, dass die Investitionskosten unglaublich hoch sind und wir uns diesen Ersatzneubau eigentlich nicht leisten könnten. Unsere Partei unterstützt jedoch grundsätzlich alle Investitionen in Sport und Gesundheit und deshalb hat es eine Güterabwägung gegeben, die zu Gunsten des Hallenbads und der Kunsteisbahn ausgefallen ist. Ein Argument dafür war auch, dass viel Geld in die Zukunft investiert wird, also auch für die nächsten Generationen. Das Geld ist somit gebunden und kann nicht für andere Sachen, die aus unserer Sicht unnötig sind, ausgegeben werden. Sonst verweise ich hier auch auf das Votum von Irina von der GLP bezüglich Finanzen. Dort sind wir ähnlicher Meinung. In unserer Fraktion sind noch folgende Kritikpunkte zu dem Vorhaben gekommen. Es sei unsinnig eine Liegenschaft, die 50 Jahre alt ist, abreißen, aber andere, die über 100 Jahre alt sind, sanieren. Ein Teil des Hallenbads wurde erst vor ein paar Jahren saniert. Mit dem Abbruch vernichtet man Vermögen und das ist unnötig. Man hätte in das Projekt noch mehr integrieren sollen, nämlich auch noch eine Turnhalle und einen Schwing-Keller. Wenn man das gemacht hätte, könnte man vor der strategischen Weitsicht des Gemeinderates den Hut ziehen. Es ist erstaunlich, dass der Campus der SCL Tigers, auf dem mehr oder weniger das gleiche gebaut wurde, nur halb so viel kostet wie unser Projekt hier. Zum Schluss noch etwas Positives. Wir finden die Ästhetik des Neubaus sehr gelungen, hoffen aber, dass es deswegen nicht in das Inventar der Denkmalpflege aufgenommen wird.

Zu den Anträgen: Die beiden Anträge von GB/JA! werden wir ablehnen. Zum Kunsteis: Darin steckt das Wort Eis. Aber das ist wie Käse ohne Milch. Die Anträge der PVS und der SP-JUSO werden wir annehmen. Danke.

Präsidentin: Danke, Thomas. Wir sind bei den Einzelvoten. Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL), Einzelvotum: Ich begründe hiermit mein von der Fraktion abweichendes Stimmverhalten.

Ich bin etwa 10-jährig gewesen, als ich zum ersten Mal vom Club of Rome gehört habe und von seinen Prognosen, dass unser Konsumverhalten und die unhinterfragte Ausbeutung der Rohstoffreserven zu einer Klimaerwärmung führen werden, die letztendlich für uns Menschen lebensbedrohlich sein werde. Mich hat das damals wahnsinnig beunruhigt und ich habe nächtelang nicht geschlafen, obwohl meine Eltern wirklich versucht haben, mich zu beruhigen, indem sie sagten, das seien nur ein paar intellektuelle Spinner, die mit solchen Prophezeiungen lediglich unsere Wohlstandsgesellschaft politisch zugrunde richten wollten. Heute habe ich mich längststens an die Katastrophenmeldungen gewöhnt, die mittlerweile fast wöchentlich rund um die Welt gehen. Und die Tatsache, dass ich immer noch lebe, spricht ja auch dafür, dass alles nicht so schlimm ist wie erwartet.

Bis vor wenigen Jahren hat man noch davon gesprochen, Massnahmen umzusetzen, die den Klimawandel stoppen oder verzögern. Heute reden wir über Klimaanpassungsmassnahmen. Wir haben uns also bereits damit abgefunden, dass wir den Wandel nicht mehr stoppen können, und probieren jetzt, uns anzupassen, aber immer noch im Wahn, unsere Gewohnheiten beibehalten zu können, wenn wir nur technische Antworten finden, die der zunehmenden Hitze standhalten würden. Die neu geplante Schwimm- und Eissporthalle ist ein wunderbares Beispiel für dieses Dilemma. Keiner traut sich, Nein zu sagen, obwohl wir alle wissen, dass die Saison für den Wintersport immer kürzer wird und damit der Energieverbrauch solcher Anlagen immer höher werden wird in Zukunft. Wir begegnen dem mit technischer Innovation. Ein Superbeispiel. Man hat wirklich alle Register gezogen bei diesem tollen, neuen, schönen Gebäude. Wir bauen unterirdisch, wir nutzen die Abwärme, kurz, wir betreiben Symptombekämpfung. Sogar das Grüne Bündnis macht dabei mit und fordert allen Ernstes eine Plastikeisbahn, die letztlich das Umweltproblem nur verlagern würde. Keiner traut sich, Nein zu sagen. Schliesslich sind wir alle für Sport, jedenfalls für Breitensport. Gebaut wird aber so, dass wir im Spitzensport mithalten könnten, dass unsere Sportclub-Fetische ja nicht tangiert werden – YB, SCB etc. –, dass wir uns nicht mit den Fanclubs anlegen müssen oder das damit verbundene Business gefährdet würde. Keiner traut sich, Nein zu sagen. Keiner will sich den Makel einer Spassbremse anhängen lassen.

Ich sage Nein. Ich bin keine Spassbremse. Und ich finde Sport, Spiele und Bewegung toll. Vor Jahren oder mehr hat man angefangen Eishockey zu spielen, weil es im harten, eisigen Schnee im Winter schwierig war, Fussball zu spielen. Und jetzt müssen wir uns halt etwas anderes ausdenken. Wir müssen dem Klimawandel endlich nicht nur mit technischen Mitteln entgegenwirken, sondern beginnen, unsere Gewohnheiten zu ändern und diesbezüglich kreativ zu werden. Mit einem Bruchteil dieser mehr als 100 Mio. Franken könnten wir zum Beispiel einen Wettbewerb lancieren für das Erfinden von neuen Sportarten, die weniger Infrastrukturkosten verursachen und dem neuen Klima Rechnung tragen würden. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Francesca. Als nächstes kommt Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli (SVP), Einzelvotum: Ich finde das ein tolles Projekt, vor allem auch für uns Bümplizer und für die künftige Gesamtentwicklung, die wir dort in dieser Region haben werden. Daher ist es sicher begrüssenswert, dass man das Ganze, diese Sportanlage einfach auf den neusten Stand bringt.

Was mir nicht ganz klar ist, ich habe mehr eine technische Frage dazu und die betrifft die Wasseraufbereitung im Bad. Diese besteht ja aus 2 Kreisläufen, wie es beschrieben ist. Der erste Kreislauf wird vor allem das 25-Meter-Schwimmbecken betreffen. Mit einem Drucksandfilter sowie einem Druckmehrschichtfilter wird das Wasser dort gereinigt. Was mir da nicht ganz einleuchtet, ist, dass man für das Kinderbecken und das Nichtschwimmerbecken plötzlich mit einer Ozonanlage kommt, und zwar mit der Begründung "stärker belasteter Kreislauf". Klar, das ist so. Aber eben: Mir ist das nicht klar. Ozon, wie wir ja alle wissen, es fördert Augenreizungen, es beschleunigt Atembeschwerden bei gefährdeten Leuten. Und jetzt die Anlage gerade beim Kinderbecken einzusetzen, finde ich ein bisschen fragwürdig. Vielleicht bekomme ich da noch eine Antwort.

Präsidentin: Danke, Ueli. Wir kommen zum Votum des Gemeinderates. Alec von Grafenried. – Kannst du dich bitte noch anmelden?

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Danke für die Debatte. Ich hatte schon ein bisschen Angst, dass es einfach so durchkommt. Dabei ist es tatsächlich das grösste Bauprojekt der Stadt Bern – gut, ich bin nicht bis zum Münster zurückgegangen –, das wir doch in der letzten Zeit realisiert haben. Und ich bin froh, dass ihr euch intensiv damit auseinandergesetzt habt. Das war ein Bauvorhaben mit Ankündigung. Es ist integriert in die Eis- und Wasserstrategie, es ist integriert in die Planung, also mit der Ka-We-De-Planung, mit der Weyerli-Planung. Es ist in dem Sinn gut vorbereitet und auch ein sinnvolles Projekt, bei dem die Möglichkeiten, die bestellt sind, auch erfüllt werden können. Es ist, wie gesagt wurde – und danke für das Referat –, eine sinnvolle Anlage, weil es eben eine Eisanlage, die Wärme abgibt, und eine Hallenbadanlage, die Wärme braucht, miteinander kombiniert. Also es ist energetisch sicher sinnvoll, die 2 Anlagen miteinander zu kombinieren. Der Neubau ist in diesem Fall sinnvoll, weil er viel kompakter ist als die heute bestehende Anlage und damit eben auch die Liegefläche – das ist ein weiteres wichtiges Anliegen des Weyerlis – vergrössert werden kann. Die Anlage ist viel kompakter als heute. Aber es ist eine sehr teure Anlage und man hätte sich auch fragen können, ob eine Sanierung nicht gereicht hätte. Was mich ein bisschen wundert. Wir haben ja Wahlkampf, wie ihr alle auch wisst. Im Rahmen des Wahlkampfs wird immer kritisiert, dass die Verschuldung zunimmt. Und dann sage ich aber: Wenn ihr die Verschuldung weniger zunehmen lassen wollt, dann müsst ihr vielleicht auch auf das eine oder andere Projekt verzichten. Und tatsächlich sind die Projekte nachher immer sehr unumstritten. Also unsere grossen Investitionsprojekte kommen hier eigentlich immer sehr grossmehrheitlich, häufig fast einstimmig durch und erzielen auch an der Urne hervorragende Resultate. Also wenn euch das ernst ist damit, dass man die Verschuldung zurückfahren will, dann müsst ihr irgendwann auch auf eine Investition verzichten. Jetzt kann man beim Ausbau von Schulraum schlecht darauf verzichten, denn Schulraum brauchen wir. Die Schülerinnen und Schüler sind da, die müssen natürlich den Schulraum haben. Aber dann müsste man sich halt bei einer Freizeitanlage fragen: Brauchen wir die oder brauchen wir die nicht? Ich bin der Meinung, wir brauchen die. Wir wollen eine gute Freizeitinfrastruktur haben – der Gemeinderat ist dieser Meinung – für unsere Stadtbevölkerung. Und darum schlagen wir euch vor, das Projekt zu machen. Aber wenn ihr uns immer wieder kritisiert, dass die Verschuldung zu stark steigt, dann müsste man halt vielleicht auch einmal auf die eine oder andere Investition verzichten. Und verzichten auf Investitionen ist offensichtlich etwas, was uns gemeinsam hier in der Stadt Bern sehr schwerfällt.

Damit komme ich schon zum Schluss und ich komme zu den Anträgen. Es gibt einen Antrag, man solle synthetisches Eis machen. Da bin ich eindeutig der Falsche, um etwas dazu zu sagen. Ich kann nicht eislaufen. Vielleicht wäre es für mich günstig – synthetisches Eis. Vielleicht wäre eislaufen darauf ein bisschen einfacher. Aber Franziska Teuscher wird aus sportlicher Sicht zu dem Antrag etwas sagen. Dann der Antrag, man solle die Lehren ziehen aus der Schwimmhalle. Selbstverständlich. Den Antrag der PVS können wir so entgegennehmen. Das wollen wir natürlich. Wir wollen immer die nötigen Lehren ziehen. Und jetzt zum Antrag der Betriebsfolgekosten: Ehrlich gesagt ist mir nicht ganz klar geworden, ob das eine Rückweisung der Botschaft ist. Aber wir haben die Möglichkeit, redaktionell noch etwas einzufügen in die Botschaft, wenn man noch etwas über die Betriebsfolgekosten möchte. Es wird hingegen nicht möglich sein, diese Daten in so kurzer Zeit aufzubereiten. Die Schwimmhalle wird ja erst in 6 Jahren in Betrieb genommen. Man müsste dann bereits eine Rechnung anstellen über die Eintrittspreise, über das Gefüge der Eintrittspreise und die Jahresabos. So weit wären wir noch nicht. Das wird kurzfristiger bereitgestellt. Ich bitte euch deshalb, diesen Antrag abzulehnen. Ihr habt die Betriebsfolgekosten, ihr habt die Mietkosten drin, ihr habt das

nötige Personal, das es zusätzlich braucht. Ich finde, für einen groben Wert habt ihr viele Angaben in den Unterlagen. Was hier verlangt wird, ist ein bisschen eine unmögliche Aufgabe. Ich bitte euch deshalb, den Antrag der SP abzulehnen. Ich wüsste nicht, wie man diesen umsetzen könnte.

Die Präsidentin erinnert den Stadtpräsidenten daran, dass die halbe Redezeit um ist.

Dann sage ich noch ganz kurz etwas zur Einhausung. Der Antrag der Einhausung ist so zu verstehen, dass die Einhausung nicht mit dem jetzigen Projekt umgesetzt wird. Eine zukünftige Einhausung ist möglich. Das haben wir gesagt. Wenn man später prüfen soll, ob man das nachträglich noch einhausen will, dann kann man das machen. In diesem Sinn kann man den Antrag annehmen. Aber er wird nicht im Rahmen des Projekts umgesetzt, über das ihr heute befindet. Danke, damit gebe ich das Wort an Frau Gemeinderätin Franziska Teuscher.

Präsidentin: Danke, Alec. Das Wort hat Franziska Teuscher.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Ich bin, glaube ich, ein bisschen auf den Goodwill der Präsidentin angewiesen, dass ich noch etwas sagen darf, aber ich bemühe mich wirklich sehr eng und kurz zu sein. Einfach ein bisschen zum Rückblick. Am 1. November 2018, also heute vor knapp 6 Jahren, haben wir euch, dem Stadtrat, die Wasserstrategie vorgestellt. Und diese gibt vor, in welche Richtung wir unsere Wasseranlagen entwickeln wollen. Und in der Eisstrategie, die habt ihr auch schon positiv zur Kenntnis genommen, sind wir jetzt, 6 Jahre später, mitten in der Entwicklung. Ich zähle euch jetzt nicht auf, wo wir stehen mit unseren Eis- und Wasseranlagen. Das geht zu lange, aber hier, das ist jetzt die letzte Eisanlage, die wir bauen und nachher haben wir sie dann gebaut. Und darum an die Sprecherin der GFL: Die grundsätzliche Debatte beim nächsten Eisfeld ist wohl dann auch nicht mehr in deiner Zeit, sondern irgendwie 20, 30 Jahre später. Aber nichts destotrotz muss man sicher dann weiter diskutieren über Einhausung und synthetisches Eis, wenn man weiterhin Eisfelder betreiben will. Die Kosten, das ist gesagt worden, sind hoch. Aber darum bin ich auch froh, dass ihr darüber diskutiert habt, denn man sollte ja wissen, wofür man das Geld ausgibt. Wir können einfach sehr viele zusätzliche Sportstunden machen, wenn wir jetzt die Gesamtsanierung machen. Auch zu den Energiekosten oder Energiesachen könnte ich euch alles im Detail ausführen. Ich verzichte darauf, weil das sonst zu lange geht. Aber auch beim Energieverbrauch muss man schon sagen, dass eine Eisanlage viel Energie braucht. Aber so, wie das Projekt aufgelegt ist, gibt es ganz viele kleinere Massnahmen, die mithelfen, dass man eben auch in der Energie die Bilanz verbessern kann.

Zur Einhausung muss man sagen: Auf die Einhausung hat man primär verzichtet, weil sie einfach mehr gekostet hätte, und ich habe euch schon vorhin gesagt: Wir müssen viele Investitionen machen und daher hat man gesagt, man könne darauf verzichten. Aber wichtig ist, dass das Projekt so ist, dass man jederzeit, wenn man zum Schluss kommt, weil man eben beispielsweise weiss, was das an Energieeinsparungen bringt, mit einer Einhausung oder Überdachung nachbessern kann. Das kann man in 5 Jahren machen. Und darum finde ich persönlich es ist jetzt nicht nötig, dass man die Einhausung schon aufgleist.

Ich komme zur Rückweisung mit dem Auftrag zum synthetischen Eis. Da muss man einfach sagen, in den nächsten 5 Jahren kann man nicht davon ausgehen, dass es wirklich ein synthetisches Eis gibt, das man vergleichen kann mit Kunsteis, wie wir es heute haben. Wie die Entwicklung sein wird, steht ein bisschen in den Sternen. Man kann sich vorstellen, dass, wenn man weiterhin auch in Zukunft dem Eissport eine Bedeutung geben will, es plötzlich einen Boom gibt bei der Entwicklung von synthetischem

Eis, weil die Energie einfach nicht zu verantworten ist, die man in die Produktion von Kunsteis stecken muss. Aber ob das der Fall ist, kann im Moment niemand sagen. Man geht davon aus, dass man etwa in 10 bis 15 Jahren ein gutes synthetisches Eis haben könnte, falls man jetzt mit der Entwicklung anfangen würde. Aber man fängt eben jetzt nicht an zu entwickeln. Und darum bitte ich euch, diesen Antrag abzulehnen.

Ich möchte noch zu jenen kommen, die finden, wir müssten jetzt die Betriebskosten detaillierter in die Abstimmungsbotschaft aufnehmen, und gleichzeitig verlangen, man solle die Lehren aus der Schwimmhalle Neufeld besser berücksichtigen. Ich kann euch sagen: Das ist ein Widerspruch. Wir haben bei der Schwimmhalle das Personal berechnet. Wir haben berechnet, wie viel die Halle nachgefragt wird, wie viele Vereine drin sind und wir haben die Kosten ausgewiesen. Im Betrieb haben wir gemerkt, dass wir an gewissen Orten zu wenig Personal vorgesehen haben, weil der Betrieb eben anders ist, wenn er in Betrieb ist, als wenn er auf dem Papier ist. Und wir haben zum Beispiel auch gemerkt, dass wir die Leute am Abend länger beschäftigen müssen, was höhere Personalkosten zur Folge hat. Und wir haben einfach gemerkt, dass die Schwimmhalle rund um die Uhr ausgebucht ist. Also wir machen auch mehr Einnahmen, als wir prognostiziert haben. Und darum würde ich euch sagen, mehr Genauigkeit bekommt ihr nicht, wenn ihr jetzt sagt: Wir wollen das in die Vorlage aufnehmen. Wir haben die Personalkosten ausgewiesen, so wie wir es jetzt machen können. Und alles andere wird sich im Betrieb weisen, auch wie viel Geld wir da brauchen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Franziska. Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir beginnen mit der Antragsliste. Es sind 4 Anträge. Zuerst stimmen wir ab über den Antrag Nummer 1 von der GB/JA!-Fraktion, den Rückweisungsantrag.

Antrag

1 GB/JA!

Rückweisung: Synthetisches Eis prüfen.

Abstimmung Nr. 008

2013.GR.000373: Antrag 1

Ablehnung

Ja	12
Nein	57
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag 2 zu den Erfahrungen mit der Schwimmhalle Neufeld.

Antrag

2 PVS

Es ist mit geeigneten Massnahmen sicherzustellen, dass die Erfahrungen und Erkenntnisse aus dem Bau und Betrieb der Schwimmhalle Neufeld in das Projekt miteinfließen.

Abstimmung Nr. 009

2013.GR.000373: Antrag 2

Annahme

Ja	68
----	----

Nein	1
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag 3 zu der Ausweisung der Betriebskosten.

Antrag

3 SP/JUSO

Die voraussichtlichen Betriebskosten und -erträge für die Anlagen sind in der Abstimmungsbotschaft auszuweisen.

Abstimmung Nr. 010

2013.GR.000373: Antrag 3	
Annahme	
Ja	43
Nein	25
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag 4 zu der Prüfung der Energiebilanz.

Antrag

4 GB/JA

Es soll eine eingehende Prüfung der Energiebilanz einer Einhausung und Überdachung des Ausseneisfeldes erfolgen.

Abstimmung Nr. 011

2013.GR.000373: Antrag 4	
Ablehnung	
Ja	23
Nein	45
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Jetzt gibt es nochmal 2 Abstimmungen; einmal über die Abstimmungsvorlage und einmal über die Botschaft. Wir stimmen ab über die Abstimmungsvorlage.

Abstimmung Nr. 012

2013.GR.000373: Vorlage	
Annahme	
Ja	48
Nein	2
Enthalten	19

Präsidentin: Diese Vorlage ist angenommen. Wir stimmen ab über die Botschaft.

Abstimmung Nr. 013

2013.GR.000373: Botschaft

Annahme

Ja	55
Nein	2
Enthalten	12

Präsidentin: Die Botschaft ist angenommen.

2020.SR.000233

6 Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) und Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 2. Lesung

Präsidentin: Wir kommen zu den Traktanden 6 und 7. Sie werden gemeinsam behandelt. Die erste Lesung dieser Revision hat in diesem Jahr stattgefunden, das heisst, es wird nach dem neuen Erlassverfahren vorgegangen. Wir haben über die Anträge aus der ersten Lesung bereits abgestimmt und in der zweiten Lesung kann man noch weiterhin Anträge stellen, theoretisch. Ausserdem wird es zusammen mit der Abschreibung behandelt, weil diese in der Kommission bestritten war.

Zuerst hat die Kommission das Wort. Für die Kommission SBK, Bettina Jans-Troxler.

Bettina Jans-Troxler (EVP) für die SBK: Die SBK hat an ihrer Sitzung vom 9. September die Vorlage für die Einführung der Stellvertretungsregelung noch einmal diskutiert, insbesondere natürlich die Rückmeldungen, die wir vom Gemeinderat bekommen haben nach der ersten Lesung, und vor allem auch nach der Rückmeldung, die vom AGR gekommen ist, also vom Amt für Gemeinden und Raumordnung, das einen Vorbehalt gehabt hatte zum Artikel 102. Ich komme nachher dazu. Ich gehe jetzt den Anträgen nach vor. Es ist so, dass wir 3 Spalten haben in der Synopse. Die mittlere Spalte ist das, was wir diskutiert und in der ersten Lesung schon beschlossen haben. Wenn es keine weiteren Anträge dazu gibt, so wie sie heute schon beschlossen sind, stimmen wir auch nicht mehr darüber ab. Und darum schaue ich die an, die in der dritten Spalte sind, und sage etwas dazu, was die SBK beschlossen hat. Ich starte mit dem Antrag 3. Dabei geht es um den Begriff "Verursacherprinzip" oder "Verursachendenprinzip", von dem der Stadtrat in der ersten Lesung gefunden hat, man solle das ändern in "Verursachendenprinzip". Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das "Verursacherprinzip" ein fixer-Rechtsbegriff ist, und man das darum nicht genderneutral formulieren kann. Die SBK oder eine Mehrheit der SBK ist allerdings der Meinung gewesen, dass das keine rechtlichen Konsequenzen hätte, und hat sich mit 6 Ja zu 4 Nein bei einer Enthaltung für den Antrag 2, also den des Stadtrats aus der ersten Lesung, ausgesprochen. Ich gehe weiter zum Antrag 9. Oder ist es jetzt 10? Es ist noch eine Verschiebung. Nein, ich glaube noch nicht. Aus der ersten Lesung war es 8. Dort hat der Gemeinderat eine sprachliche Präzisierung vorgeschlagen, die die SBK einstimmig empfiehlt anzunehmen. Darum ist er jetzt "SBK aus der zweiten Lesung", der Antrag 9. Antrag 13 ist vom Gemeinderat, weil der Stadtrat in der ersten Lesung beschlossen hat, Absatz 4 zu

streichen, in dem es darum geht, dass der Gemeinderat im Budget für gewisse Dienststellen auf übergeordnete Ziele verzichten kann. Der Gemeinderat wollte das aber drin lassen, weil das bei der die Debatte in der Finanzkommission eigentlich extra so formuliert worden ist. Die SBK hat sich mit 7 Ja zu 3 Nein aber entschieden, beim Beschluss aus der ersten Lesung zu bleiben. Der Gemeinderat wollte eigentlich, dass er da, wo es wenig Sinn macht, solch übergeordnete Ziele zu formulieren, darauf verzichten kann, zum Beispiel für ein Generalsekretariat oder für die Stadtkanzlei.

Ich gehe weiter zum Antrag 16, zu Artikel 94. Auch die SBK hat dem Vorschlag des Gemeinderates zugestimmt. Es geht um eine Präzisierung mit dem Absatz 4, der vorher gefehlt hat. Also: Es ist eine sinnvolle Ergänzung, hat die SBK gefunden, und empfiehlt zuzustimmen.

Nachher geht es weiter mit diesem Artikel 102, mit den Anträgen 21 bis 23. Das hat eine etwas kompliziertere Geschichte. Ich versuche es schnell herzuleiten. Also wir haben in der ersten Lesung den Artikel wie er in der mittleren Spalte ist, einen Artikel 102, formuliert mit einem neuen 4. Absatz. Nachher ist vor der SBK-Sitzung und nach der Rückmeldung vom Gemeinderat die Rückmeldung des AGR gekommen. Sie haben gesagt, dazu gäbe es einen Vorbehalt, das sei nicht korrekt formuliert aus rechtlicher Sicht. Nachher hat das Ratssekretariat mit einem Juristen zusammen eine andere Formulierung des Absatzes 4 erarbeitet. Das ist das, was euch vorliegt im Antrag 22 der SBK aus der zweiten Lesung. Das ist die Verbesserung nach dieser Rückmeldung aus dem Gemeinderat und dem AGR-Vorbehalt und die SBK empfiehlt euch mit einer Gegenstimme, den anzunehmen. Jetzt ist aber die Geschichte weitergegangen. Nach der SBK-Sitzung ist dann die erneute Rückmeldung vom AGR gekommen. Der neue Absatz 4, der da drin ist, sei am falschen Ort, weil es im Artikel 102 um die Kompetenzen des Gemeinderats geht, es bei Absatz 4 aber eigentlich um die Kompetenzen des Stadtrats gehe. Wir müssen den verschieben und deshalb liegt euch jetzt noch der Antrag von Raffael Joggi vor. Er ist einfach von ihm, weil der Vorbehalt nach der SBK-Sitzung eingegangen ist. Er wird nachher noch etwas dazu sagen. Das ist quasi die Weiterentwicklung – oder vielleicht auch nicht die Weiterentwicklung – nach einer erneuten Rückmeldung des AGR, dass man den an einem anderen Ort ansiedeln müsse, und zwar im Artikel 51 oder 52. Ich bin nicht mehr sicher. Inhaltlich bleibt es derselbe mit dem Antrag von Raffael Joggi. Es ist einfach Absatz 4 nicht mehr im Artikel 102 angesiedelt, sondern – 51? *Rückmeldung aus dem Saal.* – Ist das gut? Irgendwo weiter vorne.

Nachher haben wir noch den Antrag 25. Darin geht es wieder um eine sprachliche Anpassung oder eine Anpassung an neue Begrifflichkeiten, die unterdessen eingeführt worden sind, also, dass es nicht mehr ein Produktgruppenbudget ist, sondern jetzt der Aufgaben- und Finanzplan. Die SBK empfiehlt euch, diesen anzunehmen, so, wie es der Gemeinderat vorgeschlagen hat. Bei Antrag 27 ist es wieder das gleiche wie beim Antrag 3: "Verursacherprinzip" oder "Verursachenden-" oder "verursachergerecht" oder "verursachendengerecht". Nachher kommt noch der Antrag 28. Der ist von der SBK aus der zweiten Lesung. Das ist ein sehr effizienter Antrag, weil er nämlich will, dass der Begriff "Ratssekretariat" in allen anderen Erlassen, in denen er vorkommt, auch noch geändert wird zu "Parlamentdiensten". Aus diesem Grund empfiehlt euch die SBK, unbedingt zuzustimmen. Damit bin ich mit der GO (Gemeindeordnung) einmal durch.

Nachher haben wir noch das Reglement über die politischen Rechte. Dazu hat es einen Antrag 3 in der dritten Spalte, und zwar lautet die Geschichte dahinter so, dass der Stadtrat in der ersten Lesung beim vorgeschlagenen Absatz 5 von Artikel 53a, also dem neuen Artikel, der die Stellvertretungen regelt, etwas herausgestrichen hat. "Der Verzicht auf die Wahrnehmung einer Stellvertretung ist definitiv", stand im Vorschlag. Das ist definitiv herausgestrichen. Damit hat der Gemeinderat zurecht rückgemeldet, es sei

nicht mehr klar, was jetzt gelte. Kann man noch einmal zu einem späteren Zeitpunkt eine Stellvertretung antreten oder nicht? Und jetzt mit dem Vorschlag von Gemeinderat und SBK aus der zweiten Lesung ist es geklärt. Es heisst jetzt: Ein Verzicht auf die Wahrnehmung einer Stellvertretung ist nicht definitiv. Das heisst, bei einer späteren Stellvertretung können Leute, die vorher verzichtet haben, auch wieder antreten. Das war der Wille des Antrags, der jetzt in der ersten Lesung angenommen wurde.

Die SBK empfiehlt euch mit 10 Ja und einem Nein diesen so bereinigten Revisionen der Gemeindeordnung und des Reglements über die politischen Rechte zuzustimmen und empfiehlt euch die Abstimmungsbotschaft auch zur Annahme, wie sie vorliegt.

Noch zum Traktandum 7: Das ist die breite interfraktionelle Motion von 2020, die eine Stellvertretungsregelung fordert. Der Auftrag der Motion ist jetzt mit der Ausarbeitung der Abstimmungsvorlagen umgesetzt und die SBK empfiehlt euch mit 8 zu 3 Stimmen, die Motion abzuschreiben. Die meisten Neinstimmen zur Abschreibung rühren allerdings daher, dass die SBK der Meinung war, dass die Motion nicht einfach still in der SBK-Sitzung abgeschrieben werden soll. Vielmehr sollen wir das heute im Stadtrat beschliessen. Deshalb haben ein paar gegen die Abschreibung gestimmt. Aber soviel ich weiss, waren die meisten nicht wirklich dagegen. Also, die SBK empfiehlt euch, die Motion abzuschreiben, und wir hoffen sehr, dass dann im Februar hoffentlich das Stimmvolk dieser GO-Änderung auch zustimmt, damit nachher die Stellvertretungsregelung endlich eingeführt werden kann. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Danke, Bettina. Wir sind bei der Einreichenden dieser Motion, bei der es um die Abschreibung geht. – Möchte jemand etwas dazusagen? – Das ist nicht der Fall, dann sind wir bei den Fraktionsvoten. Raffael Joggi für die AL-PdA.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Es ist Ausdruck davon, dass es eine lange Geschichte ist, dass ich überhaupt hier stehe, um eigentlich nur kurz etwas zu ergänzen. Bettina hat eigentlich schon das Wesentlichste gesagt.

Über die FIKO, in die SBK, zurück zu einem Einzelantrag ist jetzt eigentlich noch einmal eine Korrektur für den Artikel 51, Antrag 23, reingekommen. so wie er jetzt formuliert ist. Die wichtigste Nachricht ist, dass es für das AGR genehmigungsfähig ist. Es wäre aus meiner Sicht, also wenn es hart auf hart käme, vom AGR wohl auch vorher schon genehmigt worden. Wenn man das AGR fragt, dann haben sie natürlich wohl immer wieder eine neue Idee, wie man es von der Systematik und von der juristischen Formulierung her noch verbessern könnte. Wesentlich an all diesen Anträgen ist, dass getrennt wird zwischen den verwaltungsunabhängigen Dienststellen und den Dienststellen, die dem Gemeinderat unterstellt sind. Das ist schon mehrmals angesprochen worden. Diese Trennung muss halt überall richtig formuliert sein. Bei den Dienststellen, die uns unterstellt sind, geht es darum, dass dort der Gemeinderat nicht übergeordnet sein kann oder was auch immer. Vielmehr würden wir das dann machen, wenn überhaupt. Und das ist halt einfach wieder ein Ort, an dem man jetzt noch die Stellschraube richtig setzen müsste. Wenn ihr das annehmt, würde mich das sehr freuen. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Raffael. Das Wort hat Tom Berger für die FDP/JF-Fraktion.

Tom Berger (FDP) für die Fraktion: Wir danken dem Gemeinderat und auch der SBK für die gute Vorbereitung der zweiten Lesung. Wir werden daher die Anträge, die noch zur Bereinigung der Vorlage beitragen, annehmen.

Unsere Fraktion freut sich enorm, dass wir mit dieser Stellvertreterregelung endlich vorwärts machen können. Wir sind überzeugt, dass das der grösste Hebel ist zur Verbesserung der Vereinbarkeit von unserem Amt mit anderen Verpflichtungen im Leben. Und man sieht es ja eigentlich auch bei Traktandum 7, bei dieser die Motion. Diese ist erst 4 Jahre alt, nicht ganz vier Jahre alt. Die haben wir damals zu elft eingereicht. Mittlerweile sind wir noch zu viert hier im Rat. 7 sind in der Zwischenzeit ausgestiegen. Klar, 2 davon sind in den Grossen Rat gewählt worden, aber 5 sind aus unterschiedlichen Gründen aus dem Amt ausgeschieden. Vielleicht wären nicht alle 5 zurückgetreten, wenn wir die Stellvertretung gehabt hätten. Darum merci, wenn ihr dem Geschäft zustimmt und merci, wenn ihr nachher auch mithelft, dass das Geschäft im Februar des nächsten Jahres von den Stimmberechtigten angenommen wird.

Präsidentin: Merci, Tom. Wir sind fertig mit der ersten Sitzung. Wir machen ein bisschen Pause und sehen uns um 20.30 Uhr wieder.

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.03.2025

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

05.03.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPFER

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.35 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Bernhard Hess	Szabolcs Mihályi
Janina Aeberhard	Thomas Hofstetter	Tanja Miljanovic
Timur Akçasayar	Matthias Humbel	Niklaus Mürner
Debora Alder-Gasser	Stephan Ischi	Dominic Nellen
Lena Allenspach	Seraphine Iseli	Barbara Nyffeler
Ruth Altmann	Ueli Jaisli	Cemal Özçelik
Emanuel Amrein	Bettina Jans-Troxler	Florence Pärli Schmid
Ursina Anderegg	Anna Jegher	Halua Pinto de Magalhães
Mirjam Arn	Raffael Joggi	Ronja Rennenkampff
Oliver Berger	Nora Joos	Simone Richner
Tom Berger	Barbara Keller	Mirjam Roder
Natalie Bertsch	Ingrid Kissling-Näf	Sarah Rubin
Lea Bill	Fuat Köçer	Michael Ruefer
Gabriela Blatter	Nora Krummen	Judith Schenk
David Böhner	Anna Leissing	Chandru Somasundaram
Michael Burkard	Christoph Leuppi	Ursula Stöckli
Francesca Chukwunyere	Corina Liebi	Irina Straubhaar
Sibyl Eigenmann	Maurice Lindgren	Johannes Wartenweiler
Jelena Filipovic	Simone Machado	Lukas Wegmüller
Sofia Fisch	Denise Mäder	Béatrice Wertli
Dominik Fitze	Salome Mathys	Janosch Weyermann
Thomas Glauser	Esther Meier	Markus Zürcher
Muriel Graf	Matteo Micieli	Paula Zysset
Bernadette Häfliger		

Stadtrat entschuldigt

Laura Binz	Franziska Geiser	Mehmet Özdemir
Nik Eugster	Lukas Gutwiller	Michelle Steinemann
Katharina Gallizzi	Daniel Michel	Bettina Stüssi

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat

Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel

Cornelia Stücker, Sekretariat

2020.SR.000233

6 Stellvertretungsregelung im Stadtrat: Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) und Reglement vom 16. Mai 2004 über die politischen Rechte (RPR; SSSB 141.1); Teilrevision (Abstimmungsbotschaft); 2. Lesung

Präsidentin: Herzlich willkommen zurück nach der Pause. Wir sind bei den Traktanden 6 und 7, bei den Fraktionserklärungen. Bis jetzt hat die FDP/JF geredet und die AL-PdA und wenn es noch weitere Fraktionserklärungen gibt, bitte anmelden. Es gibt keine weiteren Fraktionserklärungen. Gibt es Einzelvoten? Also für die SP-JUSO, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP), Einzelvotum: Die Mitglieder des Stadtrats sollen sich künftig bei längerfristigen Verhinderungen, das heisst mindestens 3 und höchstens 6 Monate vertreten lassen können. Ziel dieser Neuregelung ist es, dass die Vereinbarkeit des Parlamentsmandat mit Familie und Beruf verbessert werden kann. Viele von unseren Stadträt*innen sind gefordert, Berufsleben, Familie und Politik irgendwie unter einen Hut zu bringen. Unser Stadtratsmandat bindet viel Zeit und Ressourcen, was eine enorme Herausforderung ist. Es kann jederzeit sein, dass man aus gesundheitlichen, beruflichen oder privaten Gründen ausfällt. Heute ist es so, dass eine Person, die zum Beispiel ein Kind bekommt, nicht ersetzt wird und eine Vakanz entsteht. Andernfalls würde eine Person ihre Mutterschaftsentschädigung automatisch verlieren. Man wird also quasi vor die Wahl gestellt, will man seine Fraktion durch die Abwesenheit schwächen, wenn man mehrere Monate ausfällt oder will man die Politik aufgeben und zurücktreten? Die SP-JUSO-Fraktion spricht sich klar für eine Stellvertretungsregelung aus. Wenn ein gewählter Stadtrat oder eine gewählte Stadträtin längere Zeit verhindert ist, sei es infolge von Mutterschaft, Krankheit oder sonst aus privaten oder beruflichen Gründen, muss es die Möglichkeit geben, sich vertreten zu lassen. Damit können wir die Politik in der Stadt Bern ein bisschen zugänglicher und inklusiver gestalten. Wir wollen, dass das Anliegen so rasch wie möglich umgesetzt wird. Bei den redaktionellen Anpassungen folgen wir überall dem Stadtrat respektive die Anträge 9, 15, 21, 23 und 26 der SBK. Auch bei Antrag 3 vom Reglement über die politischen Rechte folgen wir der Kommission.

Jetzt möchte ich aber noch etwas zum Stadtpräsidenten sagen und vor allem auf die erste Lesung reagieren. Es ist ein bisschen schade, ist er nicht hier, aber ich werde ihn natürlich nachher darauf hinweisen, dass er wenigstens das Protokoll nachliest. Darum wollte ich nicht als erste sprechen übrigens. Alec hat damals gesagt, und ich zitiere aus dem Protokoll: "Das ist unsere Gemeindeverfassung. Das ist das oberste Gesetz, das wir haben und bei diesem Gesetz lohnt es sich besonders sorgfältig in der Gesetzgebung zu sein, um zu gewährleisten, dass es nicht widersprüchlich ist." So weit, so gut und da bin ich auch noch mit Alec einverstanden, dann ist es weitergegangen: "Es ist einfach auch ein bisschen peinlich, wenn ihr ausgerechnet in der Gemeindeordnung beginnt zu "pfudere" und in den redaktionellen Übungen mit Anträgen, die irgendwann am Nachmittag eingereicht worden sind, versucht, unser Grundgesetz, unsere Gemeindeverfassung anzupassen. Wir haben dafür ein sauberes Verfahren." Lieber Alec, ich glaube, ich darf hier für alle sprechen, wenn ich sage, wir nehmen unsere Arbeit als Parlamentarier*innen sehr ernst und ich finde es unangebracht, Stadträt*innen, die ihr Recht wahrnehmen und Anträge einreichen, vorzuwerfen sie würden "pfudere" oder sie seien unseriös.

Wir sind hier, um die Gemeinderatsvorlage kritisch zu prüfen und Anträge einzureichen. Auch wenn es knapp kommt, gibt es dafür meistens einen Grund, oder man ist vorher nicht dazugekommen. Es gibt unterschiedliche juristische Einschätzungen und es können alle entsprechend entscheiden, welche Einschätzung, dass sie wie werten. Die Anträge zu der Richtlinienmotion sowie zu "7 statt 5 Gemeinderät*innen" werden separat behandelt. Wir finden es auch gut, dass man so wichtige Anliegen separat betrachtet. Wir sind aber weiterhin der Meinung, dass es möglich sein muss, in einer Totalrevision redaktionelle Anträge zu machen, wenn nicht in einer Totalrevision. Wir wären froh, wenn du als Stadtpräsident würdest akzeptieren, dass wir unsere Arbeit machen und dass es weder peinlich noch unseriös ist, wenn wir Anträge einreichen. Danke. Diese Stellvertretungsregelung nehmen wir an, um die Vereinbarkeit des Parlamentsmandats mit Familie und Beruf zu verbessern. Diese Motion werden wir abschreiben, sobald die Revision in Kraft tritt, respektive sobald wir sie heute angenommen haben.

Präsidentin: Danke, Barbara. Für die Mitte, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte), Einzelvotum: Von lauter Vereinbarkeit bin ich ein bisschen spät gekommen, aber dafür haben wir jetzt noch die Hausaufgaben gemacht zu Hause. Ich schliesse mich dem Votum von Tom Berger an. Ich bin im Stadtrat gewesen, im 2009 und 2010, als unsere beiden Töchter auf die Welt gekommen sind, nicht gerade in dem Saal, zum Glück, aber doch während dieser Zeit. Wir sind 4 Frauen gewesen, die gleichzeitig etwa schwanger gewesen sind, und hatten das Gefühl, der Platz sei schon eher knapp bemessen zwischen dem Stuhl und dem Pult. Es gab damals keine Stellvertreterregelung und wir haben ein Geschäft behandelt, das noch heute brandaktuell ist, nämlich Betreuungsgutscheine in der Stadt Bern und es ist auf jede Stimme darauf angekommen. Und darum sind wir alle in jedem Zustand wie auch immer gekommen, inklusive der Vater von meinen Kindern, der dann das Baby hierhergebracht hat, damit ich es stillen konnte. So hat es damals ausgesehen, als es nicht möglich war, jemand anderes an meiner Stelle abstimmen zu lassen. Wir sind heute einen Schritt weiter und akzeptieren und respektieren und vor allem feiern wir es auch, dass wir die Politik mit dem Leben vereinbaren können sollen.

Und das ist gut und deshalb braucht es auch eine Stellvertreterregelung und die Mitte-Fraktion wird auf jeden Fall auch dem zustimmen. Vereinbarkeit Familie, Beruf oder grundsätzlich einfach die Vereinbarkeit des Lebens, das ist das Ziel und wir wissen alle, wie es ist, wenn es darum geht, Leute anzufragen, ob sie sich in der Politik engagieren wollen. Und es hilft auch nicht, wenn in den Medien geschrieben wird, wie hoch der Turnover ist, den wir im Berner Stadtrat haben. Damit können wir etwas ändern. Es ist auch sinnvoll, dass eine Stellvertreterregelung zeitlich beschränkt ist, dass es eben eine Stellvertreterregelung ist. Wir haben vielleicht gleich 2 Punkte, die wir mindestens kritisch hinterfragen darf, dass es nämlich ein bisschen problematisch ist, dass irgendjemand kann als Stellvertretung in das Parlament kommen, ohne je vorher gewählt zu sein. Also das ist dann die demokratische Legitimation, wenn es auch nur für eine kurze Zeit ist, ist dann gleich nicht wirklich gegeben. Die Ursprungsidee dieser Stellvertreterregelung ist sehr gut. Und wir haben jetzt eine Vorlage, die unseres Erachtens und von der Mitte-Fraktion mitgetragen wird. Auch diese Anträge werden wir im Sinn des Gemeinderats grossmehrheitlich so unterstützen. Wir brauchen eine moderne, politisch flexible Kultur auch hier im Stadtrat. Insofern sind wir jetzt doch einen Schritt weiter. Und unsere Kinder sind jetzt 14 und 15 Jahre alt, eben wie gesagt, unterdessen gehe ich in der Stadtratspause nach Hause und gehen Chemieaufgaben abfragen, aber es lässt sich noch vereinbaren. Danke vielmal.

Präsidentin: Merci, Béatrice. Gibt es Einzelvoten? Das ist nicht der Fall. Der Gemeinderat ist auch nicht vertreten. Deshalb gibt es auch kein Votum des Gemeinderates. Wir kommen direkt zu den Abstimmungen. Es gibt diverse Anträge, über die wir abstimmen. Das hat Beatrice vorhin schon sehr gut erklärt. Es gibt 3 Spalten und wir stimmen nur ab über die Anträge in der rechten Spalte, denn in der mittleren Spalte sind die Beschlüsse, die wir schon in der ersten Lesung getroffen haben. Gut, wir kommen zu Artikel 8, Antrag Nummer 3 vom Gemeinderat.

Antrag

3 Gemeinderat

Art. 8 Umweltschutz

¹⁻³ [unverändert]

⁴ Kosten aus der Belastung der Umwelt sind in der Regel nach dem Verursacherprinzip zu tragen.

Abstimmung Nr. 014

2020.SR.000233: Antrag 3

Ablehnung

Ja	20
Nein	37
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 9 vom Gemeinderat und der SBK aus zweiter Lesung.

Antrag

9 Gemeinderat und SBK aus 2. Lesung

Art. 49 Geschäftsreglement

¹ Der Stadtrat gibt sich in endgültiger Zuständigkeit ein Geschäftsreglement.

² Dieses regelt namentlich die Bildung von Fraktionen, das **Büro des Stadtrats** ~~Ratsbüro~~, die Kommissionen, **die Parlamentsdienste** ~~des Ratssekretariat~~, die Fristen für die Behandlung parlamentarischer Vorstösse durch den Gemeinderat, die ~~Finanz-~~**die Ausgaben- und Nachkreditskompetenzen sowie die Zuständigkeit für die Erstellung des Entwurfs des Jahresberichts, des Aufgaben- und Finanzplans mit Budget der Dienststelle des Stadtrats**, die Sitzungsgelder sowie die Entschädigungen.

Abstimmung Nr. 015

2020.SR.000233: Antrag 9

Annahme

Ja	63
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ja, das ist jetzt gerade der Artikel Nummer 49 gewesen. Ich sage ab jetzt den Artikel. Dann sind wir bei Artikel 54, Antrag Nummer 13, vom Gemeinderat.

Antrag
 13 Gemeinderat
 Art. 54 Budget
 1-3 [unverändert]

4 Der Gemeinderat kann für einzelne Dienststellen auf übergeordnete Ziele verzichten, wenn er dafür über keinen oder wenig Entscheidungsspielraum verfügt.

Abstimmung Nr. 016

2020.SR.000233: Antrag 13

Ablehnung

Ja	24
Nein	40
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Dann sind wir bei Artikel Nummer 94a, Antrag Nummer 16 vom Gemeinderat und der SBK aus zweiter Lesung.

Antrag
 16 Gemeinderat und SBK aus der 2. Lesung
 Art. 94a Budget

¹ Der Gemeinderat erarbeitet den Budgetentwurf **für seine Dienststellen. Er nimmt darin die Budgetentwürfe der verwaltungsunabhängigen Dienststellen und der Dienststelle Stadtrat des Stadtrats auf.**

^{1bis} Er bezeichnet die Dienststellen und weist diesen eine oder mehrere Produktgruppen zu.

² Er stellt sicher, dass die Leistungen **seiner Dienststellen** in Bezug auf Menge, Qualität und Wirkung den beschlossenen Vorgaben entsprechen.

³ Er setzt die dafür erforderlichen Führungsinstrumente ein und sorgt dafür, dass die Verwaltung die wesentlichen Daten über Leistung, Qualität und Kosten erfasst.

4 (neu) Der Stadtrat stellt sicher, dass die Vorgaben gemäss den Absätzen 2 und 3 bei den verwaltungsunabhängigen Dienststellen ebenfalls eingehalten werden.

Abstimmung Nr. 017

2020.SR.000233: Antrag 16

Annahme

Ja	64
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist einstimmig angenommen. Wir sind bei Artikel Nummer 102. Hier gibt es eine Gegenüberstellung. Ihr seht die Gegenüberstellung, über die wir abstimmen auf Seite 20. Immer das, was ich zuerst sage, ist Grün und das, was ich als Zweites sage, ist Rot. Wer dem Antrag der SBK aus zweiter Lesung favorisiert drückt Grün und wer den Antrag Raphael Joggi favorisiert drückt Rot.

Antrag

21 Gemeinderat

Art. 102 Ausgaben

¹ Der Gemeinderat beschliesst neue Ausgaben bis zur Höhe von 300 000 Franken.
Vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten.

² Unabhängig von der Höhe der Ausgaben beschliesst der Gemeinderat alle gebundenen und alle ihnen gleichgestellten Ausgaben (Artikel 141). Solche Ausgabenbeschlüsse bringt er dem Stadtrat zur Kenntnis, sofern sie als neue Ausgaben ihrer Höhe nach in dessen Zuständigkeit gefallen wären.

³ Der Gemeinderat beschliesst **unter Vorbehalt von Artikel 52 Absatz 3:**

a. Nachkredite zu den von ihm beschlossenen Hauptkrediten, soweit die Summe aller Kredite seine Zuständigkeit nicht übersteigt (Art. 52 Abs. 1 Bst. b);

b. Nachkredite zu Globalkrediten der Dienststellen bis zum Betrag von 200 000 Franken.

~~^{4 (neu)} **Den Absätzen 1 bis 3 vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten, dem Geschäftsreglement des Stadtrats und den Reglementen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.**~~

vs.

22 SBK aus der 2. Lesung

Art. 102 Ausgaben

¹ Der Gemeinderat beschliesst neue Ausgaben bis zur Höhe von 300 000 Franken.
Vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten.

² Unabhängig von der Höhe der Ausgaben beschliesst der Gemeinderat alle gebundenen und alle ihnen gleichgestellten Ausgaben (Artikel 141). Solche Ausgabenbeschlüsse bringt er dem Stadtrat zur Kenntnis, sofern sie als neue Ausgaben ihrer Höhe nach in dessen Zuständigkeit gefallen wären.

³ Der Gemeinderat beschliesst:

a. Nachkredite zu den von ihm beschlossenen Hauptkrediten, soweit die Summe aller Kredite seine Zuständigkeit nicht übersteigt (Art. 52 Abs. 1 Bst. b);

b. Nachkredite zu Globalkrediten der Dienststellen bis zum Betrag von 200 000 Franken.

~~^{4 (neu)} **Den Absätzen 1 bis 3 vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten, dem Geschäftsreglement des Stadtrats und den Reglementen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.**~~

^{4 (neu)} **Im Geschäftsreglement des Stadtrats und in den Reglementen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen können die Zuständigkeiten für Ausgaben bis zur Höhe von 300 000 Franken, für gebundene Ausgaben und für Nachkredite, für die dort geregelten Dienststellen, abweichend festgelegt werden. Vorbehalten bleibt Artikel 52 Absatz 3.**

vs.

23 Raffael Joggi

Art. 51 Ausgaben

¹ Der Stadtrat beschliesst neue Ausgaben von mehr als 300 000 Franken bis sieben Millionen Franken.

² Er beschliesst Projektierungskredite von mehr als 150 000 Franken für neue Vorhaben.

2bis Über gebundene Ausgaben und neue Ausgaben der verwaltungsunabhängigen Dienststellen beschliesst bis 300 000 Franken der Stadtrat oder das gemäss jeweiligem Reglement zuständige Organ. Die gleiche Zuständigkeit gilt für gebundene oder neue Ausgaben, die der Organisation oder dem Betrieb des Stadtrats dienen.

3 Stadtratsbeschlüsse über neue Ausgaben von mehr als zwei Millionen Franken unterliegen der fakultativen Volksabstimmung.

4 Die fakultative Volksabstimmung über Sonderausgaben von höchstens sieben Millionen Franken, die der Stadtrat in ausserordentlichen Lagen zur Abwendung einer Not-situation beschliesst, ist ausgeschlossen.

Art. 102 Ausgaben

¹ Der Gemeinderat beschliesst neue Ausgaben bis zur Höhe von 300 000 Franken. **Vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten.**

² Unabhängig von der Höhe der Ausgaben beschliesst der Gemeinderat alle gebundenen und alle ihnen gleichgestellten Ausgaben (Artikel 141). Solche Ausgabenbeschlüsse bringt er dem Stadtrat zur Kenntnis, sofern sie als neue Ausgaben ihrer Höhe nach in dessen Zuständigkeit gefallen wären.

³ Der Gemeinderat beschliesst:

- a. Nachkredite zu den von ihm beschlossenen Hauptkrediten, soweit die Summe aller Kredite seine Zuständigkeit nicht übersteigt (Art. 52 Abs. 1 Bst. b);
- b. Nachkredite zu Globalkrediten der Dienststellen bis zum Betrag von 200 000 Franken.

~~^{4 (neu)} Den Absätzen 1 bis 3 vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten, dem Geschäftsreglement des Stadtrats und den Reglementen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.~~

^{4 (neu)} **Vorbehalten bleiben die Artikel 51 Absatz 2^{bis} und Artikel 52 Absatz 3.**

Abstimmung Nr. 018

2020.SR.000233: Antrag 22 vs. Antrag 23

Antrag 22 obsiegt

Ja	36
Nein	28
Enthalten	1

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag der SBK aus zweiter Lesung. Wer den Antrag der SBK aus zweiter Lesung bevorzugt, drückt Grün, wer den Antrag des Gemeinderates bevorzugt, drückt Rot.

Abstimmung Nr. 019

2020.SR.000233: Antrag 22 vs. Antrag 21

Antrag 22 obsiegt

Ja	50
Nein	14
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag der SBK als zweiter Lesung. Wir stimmen über den Antrag der SBK aus zweiter Lesung ab.

Abstimmung Nr. 020

2020.SR.000233: Antrag 22

Annahme

Ja	63
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen ab, bei Artikel 123, über den Antrag des Gemeinderats und Antrag der SBK aus zweiter Lesung, Nummer 25.

Antrag

25 Gemeinderat und SBK

Art. 123 Verwaltungshandeln

¹ [unverändert]

² Die Obliegenheiten bestehen darin:

- a. die Geschäfte zu behandeln, die in den Aufgabenkreis der Direktionen und der Stadtkanzlei fallen;
- b. die Aufgabenerfüllung zu planen;
- c. an der Aufstellung ~~des Produktgruppen-Budgets, des Finanzplans und der Investitionsplanung~~ **des Aufgaben- und Finanzplans mit Budget und der Investitionsplanung** mitzuwirken;
- d. den Vollzug zu besorgen.

Abstimmung Nr. 021

2020.SR.000233: Antrag 25

Annahme

Ja	63
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 25 ist einstimmig angenommen. Es gibt ein Rückkommen. Wir stimmen darüber ab, und zwar über den Artikel 102. Hier scheint es Verwirrung geben zu haben, also über diese Gegenüberstellung. Wir stimmen zuerst darüber ab, ob wir das Rückkommen gewähren.

Abstimmung Nr. 022

2020.SR.000233: Rückkommen auf Artikel 102

Annahme

Ja	61
Nein	1
Enthalten	0

Präsidentin: Das Rückkommen ist gewährt. Ich sage es noch einmal: Wir machen eine Gegenüberstellung, Grün drückt, wer den Antrag der SBK aus zweiter Lesung bevorzugt und wer den Antrag Raffael Joggi bevorzugt, drücken Rot.

Antrag

21 Gemeinderat

Art. 102 Ausgaben

¹ Der Gemeinderat beschliesst neue Ausgaben bis zur Höhe von 300 000 Franken.

Vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten.

² Unabhängig von der Höhe der Ausgaben beschliesst der Gemeinderat alle gebundenen und alle ihnen gleichgestellten Ausgaben (Artikel 141). Solche Ausgabenbeschlüsse bringt er dem Stadtrat zur Kenntnis, sofern sie als neue Ausgaben ihrer Höhe nach in dessen Zuständigkeit gefallen wären.

³ Der Gemeinderat beschliesst **unter Vorbehalt von Artikel 52 Absatz 3:**

a. Nachkredite zu den von ihm beschlossenen Hauptkrediten, soweit die Summe aller Kredite seine Zuständigkeit nicht übersteigt (Art. 52 Abs. 1 Bst. b);

b. Nachkredite zu Globalkrediten der Dienststellen bis zum Betrag von 200 000 Franken.

~~^{4 (neu)} Den Absätzen 1 bis 3 vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten, dem Geschäftsreglement des Stadtrats und den Reglementen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.~~

vs.

22 SBK aus der 2. Lesung

Art. 102 Ausgaben

¹ Der Gemeinderat beschliesst neue Ausgaben bis zur Höhe von 300 000 Franken.

Vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten.

² Unabhängig von der Höhe der Ausgaben beschliesst der Gemeinderat alle gebundenen und alle ihnen gleichgestellten Ausgaben (Artikel 141). Solche Ausgabenbeschlüsse bringt er dem Stadtrat zur Kenntnis, sofern sie als neue Ausgaben ihrer Höhe nach in dessen Zuständigkeit gefallen wären.

³ Der Gemeinderat beschliesst:

a. Nachkredite zu den von ihm beschlossenen Hauptkrediten, soweit die Summe aller Kredite seine Zuständigkeit nicht übersteigt (Art. 52 Abs. 1 Bst. b);

b. Nachkredite zu Globalkrediten der Dienststellen bis zum Betrag von 200 000 Franken.

~~^{4 (neu)} Den Absätzen 1 bis 3 vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten, dem Geschäftsreglement des Stadtrats und den Reglementen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.~~

^{4 (neu)} **Im Geschäftsreglement des Stadtrats und in den Reglementen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen können die Zuständigkeiten für Ausgaben bis zur Höhe von 300 000 Franken, für gebundene Ausgaben und für Nachkredite, für die dort geregelten Dienststellen, abweichend festgelegt werden. Vorbehalten bleibt Artikel 52 Absatz 3.**

vs.

23 Raffael Joggi

Art. 51 Ausgaben

¹ Der Stadtrat beschliesst neue Ausgaben von mehr als 300 000 Franken bis sieben Millionen Franken.

² Er beschliesst Projektierungskredite von mehr als 150 000 Franken für neue Vorhaben.

2 bis Über gebundene Ausgaben und neue Ausgaben der verwaltungsunabhängigen Dienststellen beschliesst bis 300 000 Franken der Stadtrat oder das gemäss jeweiligem Reglement zuständige Organ. Die gleiche Zuständigkeit gilt für gebundene oder neue Ausgaben, die der Organisation oder dem Betrieb des Stadtrats dienen.

³ Stadtratsbeschlüsse über neue Ausgaben von mehr als zwei Millionen Franken unterliegen der fakultativen Volksabstimmung.

⁴ Die fakultative Volksabstimmung über Sonderausgaben von höchstens sieben Millionen Franken, die der Stadtrat in ausserordentlichen Lagen zur Abwendung einer Not-situation beschliesst, ist ausgeschlossen.

Art. 102 Ausgaben

¹ Der Gemeinderat beschliesst neue Ausgaben bis zur Höhe von 300 000 Franken. **Vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten.**

² Unabhängig von der Höhe der Ausgaben beschliesst der Gemeinderat alle gebundenen und alle ihnen gleichgestellten Ausgaben (Artikel 141). Solche Ausgabenbeschlüsse bringt er dem Stadtrat zur Kenntnis, sofern sie als neue Ausgaben ihrer Höhe nach in dessen Zuständigkeit gefallen wären.

³ Der Gemeinderat beschliesst:

a. Nachkredite zu den von ihm beschlossenen Hauptkrediten, soweit die Summe aller Kredite seine Zuständigkeit nicht übersteigt (Art. 52 Abs. 1 Bst. b);

b. Nachkredite zu Globalkrediten der Dienststellen bis zum Betrag von 200 000 Franken.

~~^{4 (neu)} Den Absätzen 1 bis 3 vorbehalten bleiben abweichende Vorschriften in anderen Reglementen der Stimmberechtigten, dem Geschäftsreglement des Stadtrats und den Reglementen der verwaltungsunabhängigen Dienststellen.~~

^{4 (neu)} Vorbehalten bleiben die Artikel 51 Absatz 2^{bis} und Artikel 52 Absatz 3.

Abstimmung Nr. 023

2020.SR.000233: Antrag 22 vs. Antrag 23

Antrag 23 obsiegt

Ja	24
Nein	40
Enthalten	1

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist im Gegensatz zu vorher der Antrag von Raffael Joggi. Jetzt stellen wir den Antrag von Raffael Joggi gegenüber dem Antrag des Gemeinderates. Wer den Antrag von Raffael Joggi bevorzugt drückt, drückt Grün. Wer den Antrag des Gemeinderates bevorzugt drückt, drückt Rot.

Abstimmung Nr. 024

2020.SR.000233: Antrag 23 vs. Antrag 21

Antrag 23 obsiegt

Ja	51
Nein	12
Enthalten	1

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag von Raffael Joggi. Wir stimmen über den Antrag von Raffael Joggi ab.

Abstimmung Nr. 025

2020.SR.000233: Antrag 23

Annahme

Ja	50
Nein	11
Enthalten	3

Präsidentin: Der Antrag von Raffael Joggi ist angenommen. Über den Antrag Nummer 25 haben wir schon abgestimmt. Wir stimmen ab bei Artikel 135, über den Antrag Nummer 27 des Gemeinderats.

Antrag

27 Gemeinderat

Art. 135 Führung des Finanzhaushalts

¹ Der Finanzhaushalt ist wirtschaftlich, konjunktur- und verursachungsgerecht zu führen.

² [unverändert]

Abstimmung Nr. 026

2020.SR.000233: Antrag 27

Ablehnung

Ja	24
Nein	41
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind beim Antrag der SBK aus zweiter Lesung, Antrag Nummer 28.

Antrag

28 SBK aus der 2. Lesung

III.

Änderung anderer Erlasse:

In folgenden Erlassen wird der Begriff «Ratssekretariat» durch den Begriff «Parlamentdienste» ersetzt:

1. Verordnung vom 18. August über die Führung bei Katastrophen und in Notlagen (Katastrophen- und Notlagenverordnung; FKN; SSSB 521.1): Änderung von Artikel 12, Absatz 2, Buchstabe a.

2. Reglement vom 15. Februar 2024 über die Finanzkontrolle der Stadt Bern (Finanzkontrollreglement; FR; SSSB 621.1): Änderung von Artikel 20, Absatz 1, Buchstabe b.

3. Verordnung vom 15. November 2017 über die Verwaltung und Archivierung von Unterlagen der Stadt Bern (Archivverordnung; ARCV; SSSB 421.21): Änderung von Artikel 3, Absatz 1, Buchstabe c.

4. Anhang vom 19. September 2002 zur Personalverordnung der Stadt Bern (PVO; SSSB 153.001): Änderung von Anhang 15.

5. **Verordnung vom 12. März 2003 über die Geschäftsführung des Gemeinderates der Stadt Bern (Geschäftsverordnung; GVGR; SSSB 152.11): Änderung von Artikel 22, Absatz 3**

6. **Reglement vom 28. August 2014 über die politische Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern (Partizipationsreglement; PaR; SSSB 144.2): Änderung von Artikel 4, Absätze 1 und 6 und Artikel 5, Absatz 1.**

7. **Verordnung vom 20. August 2003 über die Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen (Mitwirkungsverordnung; MWV; SSSB 144.11): Änderung von Artikel 11g, Absätze 3 und 4.**

8. **Geschäftsreglement des Stadtrats von Bern vom 12. März 2009 (Stadtratsreglement; GRSR; SSSB 151.21): Änderung folgender Artikel:**

Artikel 3, Absätze 1 und 2; Artikel 4, Absatz 3; Artikel 5, Absatz 1, Buchstabe c; Artikel 11 Absätze 2 und 3; Artikel 13, Absatz 1, Buchstabe e; Artikel 14, Absatz 3; Artikel 15 Absätze 3 und 6; Artikel 16, Absätze 5 und 6; Artikel 17, Absatz 2; Artikel 27, Absatz 4; Artikel 34, Absatz 2; Artikel 36, Absätze 1 und 3; Artikel 37, Titel sowie Absätze 1, 3 und 4; Artikel 39, Absatz 1; Artikel 40; Artikel 42, Absatz 1, Buchstabe c und Absätze 2 und 4; Artikel 43, Absatz 1; Artikel 46, Absatz 1; Artikel 49, Absatz 1; Artikel 58, Absatz 5; Artikel 61, Absatz 6; Artikel 64, Absatz 2bis; Artikel 67, Absatz 2.

Abstimmung Nr. 027

2020.SR.000233: Antrag 28

Annahme

Ja	65
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist einstimmig angenommen. Wir sind jetzt beim Reglement über die politischen Rechte. Und zwar bei Absatz 5, bei Artikel 53a. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 3 des Gemeinderats und der SBK aus zweiter Lesung.

Antrag

3 Gemeinderat und SBK aus 2. Lesung

⁵ Der Verzicht auf die Wahrnehmung einer Stellvertretung ist nicht definitiv und bedeutet insbesondere auch nicht zugleich den Verzicht auf ein späteres das Nachrücken bei Ausscheiden eines Stadtratsmitglieds.

Abstimmung Nr. 028

2020.SR.000233: Antrag 3

Annahme

Ja	65
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist einstimmig angenommen. Dann sind wir durch mit den Anträgen. Wir stimmen jetzt zuerst über die Abstimmungsvorlage ab.

Abstimmung Nr. 029

2020.SR.000233: Vorlage

Annahme

Ja	65
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Sie haben die Vorlage einstimmig angenommen. Wir stimmen ab über die Abstimmungsbotschaft.

Abstimmung Nr. 030

2020.SR.000233: Botschaft

Annahme

Ja	66
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Auch die Botschaft ist einstimmig angenommen.

2020.SR.000233

- 7 Interfraktionelle Motion FDP/JF, BDP/CVP, SP/JUSO, GLP/JGLP, SVP, GFL/EVP, GB/JA!, AL/GaP/PdA (Vivianne Esseiva, FDP/Tom Berger, JF/Milena Daphinoff, CVP/Elisabeth Arnold, SP/Marianne Schild/Gabriela Blatter, GLP/Alexander Feuz, SVP/Brigitte Hilty Haller, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Sophie Achermann, GB/Eva Gammenthaler, AL): Stellvertretungsregelung im Stadtrat; Abschreibung**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 6 und 7: siehe Traktandum 6.

Präsidentin: Und jetzt stimmen wir noch ab über die Abschreibung der Motion, Traktandum Nummer 7. Wenn ihr die Motion abschreiben wollt, drückt ihr Ja und wenn nicht, drückt ihr Nein.

Abstimmung Nr. 031

2020.SR.000233: Abschreibung

Annahme

Ja	65
Nein	0
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt der Abschreibung zugestimmt.

2020.PRD.000070

8 Legislaturrichtlinien 2021 - 2024: Schlussbericht

Präsidentin: Dann kommen wir zu Traktandum 8, die Legislaturrichtlinien. Es ist ein Schlussbericht und ich erteile der Kommission das Wort, der GPK, Lea Bill.

Lea Bill (GB) für die GPK: Anfangs der Legislatur, im 2021 hat die GPK, damals war es noch die Aufsichtskommission, die Legislaturrichtlinien bereits vorberaten. Wir haben dann festgehalten, dass wir es positiv finden, also dass es sehr übersichtliche Richtlinien sind und dass die meisten Ziele auch sehr konkret und auch messbar sind. Wir haben aber auch negativ zur Kenntnis genommen, dass einige Themenbereiche sehr unterschiedlich..., also das Themenbereich sehr unterschiedlich konkret und messbar eben formuliert sind und wir haben sogar gesagt, dass wir zum Teil das Gefühl gehabt haben, dass es ziemlich schwammig formuliert ist. Und wir haben uns gefragt, wie man das dann könnte wirklich dann am Schluss messen. 2022 hat die Geschäftsprüfungskommission auch in den Delegationsgesprächen nachgefragt, wie das aussieht mit der Zielerreichung, wie weit das schon fortgeschritten ist. Einzelne Etappen waren dann schon erreicht beziehungsweise verschiedene Massnahmen wurden schon umgesetzt, aber es waren ganz viele Themenbereiche, und logischerweise war es noch verfrüht ein Resümee zu machen. Jetzt liegt der Schlussbericht über die gesamte Legislatur vor.

Die Geschäftsprüfungskommission nimmt zufrieden zur Kenntnis, dass die städtische Politik in allen Themenbereichen vorwärtsgekommen ist. Die Legislaturrichtlinien sind also für den Gemeinderat offenbar wirklich eine Leitplanke für sein Handeln. Also die Legislaturrichtlinien sind nicht einfach nur ein bisschen Papier, das man nachher nie mehr anschaut. Weiterhin sieht es die GPK kritisch, dass die Flughöhe der Ziele und der Massnahmen sehr unterschiedlich ist. Das macht, wie wir das ja schon vor 3 Jahren befürchtet haben, eine Prüfung des Erreichens von den Zielen zum Teil sehr schwierig bis unmöglich. Der GPK ist auch bekannt, dass der Gemeinderat dies sehr bewusst so gewählt hat, also unterschiedliche Flughöhen, aber auch zum Teil harte und weiche Ziele, dass er dies sehr bewusst gemacht hat. Hier klaffen aber dann die Einschätzungen des Gemeinderats und die von der Geschäftsprüfungskommission auseinander bezüglich dieser Sinnhaftigkeit von so einem Vorgehen. Die GPK wünscht sich darum auch vom neuen Gemeinderat, der ab 2025 hier regiert, hier mehr Messbarkeit von den nächsten Legislaturrichtlinien, dass man dort darauf achtet. Sodass wir eben dann wirklich am Ende der Legislatur sagen können, ob denn jetzt eigentlich die Ziele erreicht worden sind oder nicht.

Nachher ist es so, dass bei vielen Sachen dann die GPK auch mit den Einschätzungen des Gemeinderats einverstanden ist, aber bei einigen Themenbereichen, haben wir zum Teil ein bisschen das Gefühl gehabt, dass der Gemeinderat das sehr positiv zur Kenntnis genommen hat, also sehr positiv eingeschätzt hat, was jetzt die Zielerreichung anbelangt. Wir haben aber auch im Gespräch mit dem Gemeinderat in der Kommission festgestellt, dass wir zum Teil halt auch nicht so informiert sind, über all die Unterziele, die dort mit diesen Massnahmen verbunden sind oder mit diesen Zielen verbunden sind und dementsprechend es auch nicht ganz einfach ist als Kommission die Einteilung in Grün, Gelb und Rot wirklich einschätzen zu können. Die GPK erachtet es darum als zentral, dass wir als Aufsichtskommission regelmässig über den Stand der Zielerreichung informiert werden und wir haben auch beschlossen, dass wir das weiterhin im Rahmen von unseren Tätigkeiten so werden einfordern. Dementsprechend auch auf

der Höhe von den Unterzielen und den Massnahmen, weil wir gemerkt haben, dass das vor allem auch sinnvoll ist, um dann am Schluss einschätzen zu können, ob jetzt eben das Ampelsystem richtig eingestellt ist oder nicht vom Gemeinderat. Die GPK empfiehlt euch einstimmig, den Schlussbericht ohne Wertung zur Kenntnis zu nehmen.

Dann schliesse ich noch das Fraktionsvotum des grünen Bündnisses und der jungen Alternative an: Die GB/JA!-Fraktion schliesst sich der GPK an. Es ist erfreulich, dass die Stadt Bern in allen von dem Gemeinderat vor 3 Jahren bestimmten Themenbereichen vorwärtsgekommen ist. Besonders positiv möchten wir hervorheben, dass der Bau und die Sanierung von zahlreichen Schulhäusern und auch von Sportanlagen, also von Schwimmbädern und Turnhallen, wirklich sehr viel aufgeholt wurde in dieser Legislaturperiode. Man könnte sagen, es ist eigentlich Manko von fast schon Jahrzehnten aufgeholt worden in einer Legislatur. Das begrüssen wir sehr und auch bezüglich Stadtentwicklung ist es in grossen Schritten vorwärts gegangen mit verschiedenen Grossprojekten, wie das Gaswerkareal, ESP Ausserholligen, Weyermannshaus Ost und West etc. Und auch wenn eine Zielsetzung in diesem Zusammenhang ein bisschen schwammig sein kann, auch im Zusammenhang mit der Armutsbekämpfung und der Chancengleichheit hat die Stadt Bern vieles getan in dieser Legislatur. Stichworte sind hier der runde Tisch Armut oder auch das Frühförderungsprojekt Primano oder die Einführung von City-Cards, die bevorsteht. Die Stadt Bern hat zusammen mit anderen Akteuren wichtige Impulse getätigt und wir nehmen das sehr positiv zur Kenntnis. Den Verbesserungsbedarf sieht die GB/JA!-Fraktion hingegen bei der Klimapolitik und auch bei der Wohnpolitik. Im Klimabereich sind aus unserer Sicht sehr viele Konzepte geschrieben und verabschiedet worden, aber es hapert dann insbesondere an den finanziellen Ressourcen für die Umsetzung. So ist es auch, das wissen wir alle hier, dass die Stadt Bern bei weitem jegliche eigens gesteckte Ziele verfehlt bis jetzt, auch wenn all die grünen Punkte in Kapitel 3 bei diesen Legislaturrichtlinien eigentlich ein anderes Bild zeigen will. Wir wissen, dass alle diese Ziele verfehlt werden. Hier muss in der nächsten Legislatur bedeutend mehr passieren, wenn wir nicht noch mehr in die Klimakatastrophe hinein schlittern wollen. Wir müssen die Handbremse lösen. Es muss das nötige Geld in die Hand genommen werden und wir haben ja da auch einen Vorschlag als grünes Bündnis und junge Alternative. Wir werden in den nächsten Wochen zusammen mit Verbündeten einen weiteren Anstoss einreichen, nämlich die Klima-Gerechtigkeitsinitiative, wo dann doch hoffentlich genug Geld in die Hand genommen wird, um die Klimamassnahmen wirklich umzusetzen, die man eigentlich beschlossen hat.

Auch bei der Wohnpolitik ist es sehr erfreulich, dass wir durch die Rahmenkredite, die wir gesprochen haben, die Stadt Bern die Möglichkeit hat, Liegenschaften in grösserem Stil zu kaufen und so auch in die öffentliche Hand zu bringen und weg von Spekulationen. Man muss aber leider bezüglich bezahlbaren Wohnraums weiterhin sagen, dass die Stadt Bern ihren Zielen hinterherhinkt und die Diskrepanz zwischen Bedarf und Angeboten weiterhin auseinanderklaffen. Auch hier braucht es in der nächsten Legislatur entschiedenes oder zumindest entschiedeneres Vorgehen. Wir fordern hier 50% preisgünstigen Wohnraum bei allen neuen Überbauungen, nicht 30%, wie es bisher der Fall ist. Wir fordern weiterhin eine Förderung der Kostenmiete und auch die Einführung einer Mietzinskontrolle. Wir werden es hier im Rat auch kurzum besprechen. Nur so werden wir es hinbekommen, dass Bern auch tatsächlich eine Stadt bleibt, die für alle bewohnbar ist. Die GB/JA!-Fraktion folgt der GPK und nimmt den Schlussbericht zu diesen Legislaturrichtlinien ohne Wertung zur Kenntnis. Herzlichen Dank.

Präsidentin: Danke, Lea. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Florence Pärli für die FDP/JF.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Fraktion: Ich halte mich kurz, obwohl ich ganz viel zu diesem Bericht sagen könnte. Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, liebe Gemeinderat, der Gemeinderat gibt sich in seiner Legislaturbilanz ein ausgezeichnetes Zeugnis: "Die Zielerreichung zeigt grundsätzlich ein sehr positives Bild." Die Fraktion FDP-JF ist mit dieser Benotung nicht einverstanden. Wenn man sich keine wirklich herausfordernden Ziele setzt, also solche, die die Stadt Bern und ihre Bevölkerung wirklich weiterbringen, dann kann man sie halt auch einfach erreichen. Die Fraktion FDP-JF fehlt in den Legislaturzielen vor allem eine kritische Sicht auf das wirtschaftliche Fortkommen der Stadt Bern. Zur sehr stark gestiegenen Verschuldung und zu den tiefroten Aussichten in dem Jahr 2025 äussert sich der Gemeinderat in seinem Schlussbericht nur sehr zurückhaltend, obschon er eine nachhaltige Finanzpolitik mit weitgehend selbstfinanzierten Investitionen an einem lediglich massvollen Anstieg der Verschuldung und eine dauerhafte Stabilisierung von den städtischen Finanzen versprochen hat, als er seine Legislatur angefangen hat. Hier gibt es also ein klares Ungenügend aus der Sicht der Fraktion FDP-JF.

Dann äussert sich der Gemeinderat auch nicht wirklich zur Wirtschaft und zum Gewerbe. Die Stadt Bern beherbergt ein dichtes Netz von KMU, aber auch von weltweit tätigen Konzernen. Die Wirtschaft und unsere Fachhochschulen arbeiten eng zusammen. Das Geflecht gilt es zu schätzen und es zu schützen. Es hängen Arbeitsplätze davon ab, Steuereinnahmen und auch die Vielfalt von unserer Stadt. Im Vergleich zur wichtigen Rolle der Wirtschaft in unserer Stadt, wo sie dort spielt, hat der Gemeinderat zur Wirtschaft aber gerade nur 2 mickrige Ziele gehabt: Perspektive Innenstadt und Neugestaltung Bären- und Waisenhausplatz. Lieber Gemeinderat auch hier gibt es ein klares Ungenügend. Dann sieht die Fraktion FDP-JF auch starke Versäumnisse beim Wohnbau. Schlechte und überdimensionierte Planungen haben dazu geführt, dass die stadteigenen Projekte stocken und ineffiziente Prozesse und übersteigerte Anforderungen an das Bauen behindern Private beim Bauen, und schrecken sie ab. Der fehlende Wohnraum vertreibt vor allem den Mittelstand aus der Stadt. Gerade viele Familien finden Wohnraum, der ihren Bedürfnissen entspricht, nur noch in der Agglomeration. Lieber Gemeinderat, auch hier stellt euch die Fraktion FDP-JF ein Ungenügend aus. Es ist also Zeit für eine breitere und selbstkritischere Sicht auf die Herausforderungen der Stadt Bern. Es braucht Kenntnis und Interesse für die ganze Bevölkerung und nicht nur für einen Teil. Wir wissen alle, dass bald Wahlen sind, dann kann die Bevölkerung sich selbst in der Regierung besser vertreten lassen.

Präsidentin: Merci, Florence. Für die SVP-Fraktion, Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP) für die Fraktion: Der Schlussbericht der Legislaturrichtlinien ist einer von den wichtigsten Berichten. Man sieht da ein bisschen das Zeugnis des Gemeinderates. Es hat Sachen, die erfüllt sind. Es hat Sachen, die nicht erfüllt sind. Etwas Gutes kann man sagen, das sind die SwissSkills, die man unterstützt hat. Die SwissSkills für junge Leute in der Berufswelt. Aber grundsätzlich, wenn man schaut, ist die Stadt im Wachstum. Wir haben jetzt 145'259 Bewohner. Das sind 0,6% mehr. Der Stadt geht es eigentlich gut. Die Lebensqualität ist top und die Leute lieben eigentlich so den Ort an der Aare und in dieser Stadt Bern zu wohnen. Es kommen aber auch viele von der Agglomeration in die Stadt hinein zum Wohnen, immer deutlich wie mehr. Das zeigt auch die Umfrage und die Statistik und der Tourismus floriert in der schönen Altstadt. Da kann man sagen, das ist sicher auch der Verdienst der rot-grünen Mehrheit der Politik. Aber dennoch muss ich sagen, wenn man dann wirklich ein bisschen genauer

hinschaut, ist es eigentlich eine Legislatur, die alles andere hat als eine Zielerreichung. Wenn man bedenkt, die Finanzen sind so schlecht wie nie. Jedes Jahr machen wir ungefähr 30 Mio. Franken mehr Schulden. Die Schulden kommen nicht einfach so. Es gibt 2-3 Beispiele, wie ein Kühlewil (Alters- und Pflegeheim), das man für rund 15 Mio. verkauft hat und für 30 Mio. renoviert. Weiter muss man sehen, dass die Reserven bis im Jahr 2028 aufgebraucht sind. Das sind einfach so ein bisschen Sachen, die halt einfach nicht zielführend sind.

Aber es sind vor allem die grossen Projekte, die hier eigentlich ein Flop sind. Denken wir jetzt an das Abfalltrennsystem, das überhaupt nie funktioniert hat, dass nur viel Geld gekostet hat. Denken sie auch an das Chaos der IT-Flops, das wir in der Stadt Bern haben. Die Sozialdirektorin Franziska Teuscher hinterlässt dort ein bisschen gestresste Mitarbeitende, Arbeitende mit Burnout. Weiter haben wir eine geplatzte Fusion, die so ein bisschen das Lieblingsgeschäft des Stadtpräsidenten war. Aber man hat ja Ostermundigen keinen Gemeinderat geben wollen und somit hat man eigentlich 4 Mio. Franken an Fusionsgelder aus dem Fenster geschossen und vor allem zeigt das auch ein bisschen das Image der Agglomerationen zur Stadt Bern, was sie so von uns denken. Aber noch ein höheres Ziel, das vor allem von den Rot-Grünen verfolgt wird, das sind die Klimaziele, die man so sehr gerne erreichen wollte. Die Klimaziele hat man überhaupt nicht erreicht. Nein, man hat auch das Viererfeld verbetoniert. Das sind 19 Hektare der grünen Lunge. Ich sage es hier noch einmal, wenn wir dort 1 Hektar Zuckerrüben angebaut hätten, hätten wir einheimischen Zucker. 1 Hektar Zuckerrüben würde rund 21 Tonnen CO₂ in 14 Tonnen Sauerstoff umwandeln. Das ist die Assimilation im landwirtschaftlichen Lehrjahr, im ersten Jahr. Also so einfache grosse Sachen sind sehr schiefgelaufen in dieser Stadt. Aber auch wenn man das Viererfeld überbauen wollte, ist es so, dass man die Planung falsch gemacht hat, man hätte noch mehr in die Höhe bauen können. Ich möchte nicht weiter ins Detail gehen. Schlussendlich gab es auch Investoren, die aus dieser ganzen Sache heraus sind, weil die Rentabilität nicht stimmt, also die Pensionskasse der Berner Kantonalbank etc. Aus diesem Grund, Sicht SVP-Fraktion, ein Ungenügend. Ziele sind nicht erreicht, und wir hoffen, dass die nächsten Legislaturrichtlinien sicher erreicht werden. Wir würden das begrüßen, und wie bereits schon erwähnt worden ist, ist es ein schöner Bericht, in dem gut gesprochen wird, aber nicht skeptisch beurteilt wird vom Gemeinderat. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Fraktion: Für die Beurteilung vom Bericht muss man sich vor Augen führen, in welcher Ausgangslage die Legislaturrichtlinien damals formuliert worden sind. Es ist eine Zeit gewesen, in der es so ausgesehen hat, dass sich vieles gerade auflösen würde. Die Ungewissheit war sehr gross. Zudem hat sich die Stadt Bern in dieser Zeit mit Fitmassnahmen ein strenges Sparprogramm auferlegt. Der Gemeinderat hat sich aufgrund dieser Ausgangslage bei der Formulierung der Legislaturziele dazu entschieden, sehr auf der operativen Ebene zu bleiben und keine Ziele zu definieren, die nicht schon im Finanzhaushalt vorgesehen waren. Das wurde schon bei der Vorstellung der Ziele im Stadtrat teilweise kritisiert, und die Kritik bestätigt sich jetzt beim Schlussbericht.

Die Legislaturrichtlinien hätten die wichtige Aufgabe, eine rote Linie für die Arbeit der Exekutive zu zeichnen. Sie dienen dazu, die Arbeit insbesondere auch zwischen den verschiedenen Direktionen zu strukturieren. Die Legislaturrichtlinien wären also ein wichtiges Führungsinstrument und könnten eine Regierung auszeichnen. Sie wären also eigentlich ein starkes Mittel, um die Politik der Exekutive positiv kommunizieren zu

können. Ich glaube, das ist dieses Mal weniger gelungen, was schade ist. Bei den Projekten, wo im Gemeinderat in den letzten Jahren nicht so gut gelungen sind, ist es genau die fehlende Führung, die fehlende direktionsübergreifende Steuerung gewesen, die immer wieder zu grossen Problemen geführt haben. Die SP-JUSO wird den Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien wegen diesem Neutral zur Kenntnis nehmen, aber nicht nur deswegen. Bei uns hat insbesondere die Beurteilung des Kapitels zur Chancengerechtigkeit und Diskriminierungsfreiheit Irritationen ausgelöst, weil dieses als erfüllt eingestuft wird. Wir sind der Meinung, dass die Stadt Bern auch ziemlich weit weg ist vom Ziel, eine chancengerechte und diskriminierungsfreie Gesellschaft zu haben, auch wenn einzelne Massnahmen umgesetzt wurden. Uns genügt es anders als dem Gemeinderat nicht, wenn die Richtung stimmt. Da haben wir ganz offensichtlich ein anderes Verständnis von Wirksamkeit. Auch in anderen Punkten sind wir der Meinung, dass der Gemeinderat bei der Beurteilung der Legislaturrichtlinien ziemlich nett zu sich selber ist.

So erscheint beispielsweise die Auseinandersetzung mit der gescheiterten Fusion als recht oberflächlich. Es ist für uns doch ein bisschen zu einfach, das Problem allein bei Ostermundigen zu orten. Auf Grün gestellt ist auch das Ziel, dass die Stadt Bern sicherstellt, für den digitalen Wandel für gleichberechtigte Zugangs-, Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten von allen Bevölkerungsgruppen zu sorgen. Die vom Gemeinderat vorgenommene Beurteilung ist nicht nur angesichts des Debakels um Citysoftnet eine irritierende positive Bewertung. Die SP-JUSO ist aber nicht wie die bürgerlichen Parteien der Meinung, der Gemeinderat habe auf der ganzen Linie versagt, gerade auch, weil sich die Arbeit der Exekutive nicht über den Schlussbericht zu den Legislaturrichtlinien abschliessend beurteilen lässt. Beim Bericht bleibend, sind wir der Meinung, dass der Gemeinderat die Coronakrise sowohl für die armen Menschen in der Stadt wie auch für das lokale Gewerbe gut bewältigt hat. Zudem können auch sehr langjährige Geschäfte wie das Projekt zur Neugestaltung Bären- und Waisenhausplatz endlich so vorangetrieben werden, dass sie hoffentlich in absehbarer Zeit zu einem erfolgreichen Abschluss kommen. Diese Geschäfte stehen für uns sinnbildlich dafür, dass der Gemeinderat auch in der letzten Legislatur viel dazu beigetragen hat, die Lebensqualität in unserer Stadt weiter zu verbessern. Auch die Fortschritte hin zu einer Hindernisfreie Stadt konnten in der letzten Legislatur massgeblich vorangetrieben werden, was wir ebenfalls sehr positiv bewerten. Der Umstand, dass die Stadt vermehrt und erfolgreich in Klimaanpassungsmassnahmen investiert, wird von unserer Fraktion als Investition in die Zukunft sehr begrüsst. Mit anderen Worten, die Bewertung der Legislaturrichtlinien ist durchzogen. Bei dem, was für die Stadt in den letzten 4 Jahren insgesamt geleistet worden ist, zieht die SP-JUSO aber eine positive Bilanz und möchte an dieser Stelle auch der Verwaltung für ihre Arbeit herzlich danken.

Präsidentin: Danke, Bernadette. Wir sind bei den Einzelvoten. Es gibt keine Einzelvoten. Dann hat der Gemeinderat das Wort, Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Manchmal habe ich fast den Eindruck, dass wir kurz vor den Wahlen stehen im Moment. Also könnte es sein, dass vielleicht das eine oder andere Votum leicht eingefärbt ist. Ihr verzeiht mir das sicher, ich stehe auch kurz vor den Wahlen und dann bringe ich jetzt unsere Sicht und die Sicht des Gemeinderates hier auch noch ein. Was ich zugeben muss, ist, dass es stimmt, wir haben das Parteiprogramm des grünen Bündnisses nicht erfüllt. Das stimmt. Wir haben auch die Finanzpolitik von Florence Pärli nicht umgesetzt. Das kann sie ja dann selber machen ab der

nächsten Legislatur, vielleicht. Wo ich aber eindeutig widersprechen muss, ist irgendwie, dass nichts erreicht worden ist. Es wird sehr viel erreicht. Es wird sehr viel investiert. Das bekommt ihr mit, es wird auch in die Fernwärme investiert. Es sind aber auch ganz viele Sachen in den letzten 4 Jahren erreicht worden. Ganz viele Desiderata, jahrzehntealte Desiderata, die einfach erledigt wurden. Der Gemeinderat steht auch unter dem Motto "getting Things done", hier werden einfach Sachen geliefert. Es wird geliefert und es wird gemacht und das ist unser Versprechen gewesen und das haben wir auch gemacht.

Wir haben eine Schwimmhalle gebaut, das ist eine Pendenz seit 50 Jahren. Sie ist innerhalb von der Frist und vom Preis und von der geforderten Qualität abgeliefert worden. Wir haben die Parkgebühren erhöht, es sind noch Beschwerden hängig. Das ist 2006 noch abgelehnt worden. Wir haben aufgeräumt bei den Velos rund um den Bahnhof mit der neuen Velostation, in der Welle 7, da stehen wir wesentlich besser da. Die Festhalle ist im Bau, der Messeplatz entwickelt sich sehr positiv. Die SwissSkills werden nächstes Jahr wieder in Bern durchgeführt werden. Kühlewil ist eine lange Pendenz gewesen, ist eine schwierige Pendenz gewesen, hat verkauft und gelöst werden können. Das Weingut, das jahrelang defizitär war, ist nicht mehr defizitär. Wir haben eine LGBTIQ-Politik, und ich glaube, eine gute. Die Zusammenarbeit vom schulzahnmedizinischen Dienst mit der Zahnmedizin der Universität ist aufgegleist. Auch das ist etwas, was man schon lange will. Der Hochwasserschutz, eine Pendenz seit 30 Jahren – ich bin noch nicht fertig, es geht noch lange –, konnte abgestimmt werden und wird realisiert. Noch älter ist nur die Planung Bären- und Waisenhausplatz, das ist eher seit über 40 Jahren eine Pendenz, hat aufgegriffen werden können und wird zur Abstimmung gebracht. Der Knopf, der beim Kunstmuseum bei der Erweiterung bestand hat, konnte gelöst werden. Die Sanierung des historischen Museums konnte aufgegleist werden, das Museumsquartier ist zum Leben erwacht. Es gibt eine regionale Zusammenarbeit, zwar nicht mit Ostermundigen, aber Feuerwehr und Zivilschutz sind sich am zusammenschliessen.

Es gibt einen UNESCO-Managementplan für die Berner Altstadt und die Energie- und Klimastrategie. Wir haben ja gestern extra eine Medienkonferenz gemacht. Ich weiss nicht, ob ihr das mitbekommen habt oder nicht, aber wir sind auf Zielpfad und wir sind auch dort erfolgreich unterwegs und wir sind dankbar dafür, was wir dort alles erreicht haben. Es ist aber noch vielmehr gegangen. Es hat da eine Flüchtlingskrise gegeben, dass habt ihr vielleicht mitbekommen. Wir haben die Unterbringung von vielen Flüchtlingen in der Stadt in einer guten Art und Weise sicherstellen können und damit viele Probleme, die der Kanton hat lösen können mit dem Viererfeld, jetzt neu mit der Unterkunft im Tiefenau. Wir haben rekordhohe Investitionen in guter Qualität und ohne wesentliche Fehlleistungen durchgeführt. Wir haben das Tagesschulen- und Kitaangebot ausgebaut. Wir haben eine Pandemiepolitik – das ist glücklicherweise gesagt worden – mit erfolgreicher Unterstützung von Wirtschaft und Kultur, glaube ich, in einer guten Art und Weise machen können. Die Arbeitsplatzentwicklung: Es wird ja immer gesagt, wir reden nicht über die Wirtschaft. Ihr habt es mitbekommen, die Arbeitsplätze sind stark im Steigen, sie nehmen zu, wir sind bei 200'000 Arbeitsplätzen. Wir haben in den letzten 3 Jahren seit der Pandemie 7'000 Arbeitsplätze in der Stadt Bern neu geschaffen. Die Kulturbetriebe werden gut geführt und sind beim Publikum so erfolgreich wie noch kaum zuvor.

Es gibt Misserfolge, diese Misserfolge muss man benennen und aufarbeiten. Ostermundigen hat nicht funktioniert, da habt ihr Recht. Farbsack-Trennsystem, daran sind wir noch am Verbessern. Bei Informatikprojekte haben wir Schwierigkeiten gehabt. Es

gibt andere auch, die Schwierigkeiten haben. Wir versuchen auch dort besser zu werden und die Informatikprojekte in Zukunft besser zu bewältigen. Es hat keine einzige Abstimmungsniederlage gegeben vom Gemeinderat und auch keine Abstimmungsniederlagenserien wie es früher gegeben hat, wie andere Gemeinderäte, die gehabt haben in der Vergangenheit, die haben wir nicht gehabt. Es gibt auch keine Konflikte im Gemeinderat, im Gremium des Gemeinderates. Ich finde, der Gemeinderat hat ziemlich gut zusammengearbeitet oder sehr gut zusammengearbeitet und er ist ziemlich skandalfrei unterwegs. Das könnte man ja auch benennen. Gut, ich stehe auch vor den Wahlen. Ich bin bei all diesen Fragen natürlich die Partei, aber ich finde, das ist jetzt allzu krampfhaft ausgeblendet worden und darum habe ich mir das jetzt hier noch erlaubt, das alles ein bisschen aufzuführen. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Alec. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar werden wir den Bericht mit Wertung zur Kenntnis nehmen. Wer den zustimmend zur Kenntnis nehmen will, kann Grün drücken, wer ablehnend Rot und wer ohne Wertung Weiss.

Abstimmung Nr. 032

2020.PRD.000070: Kenntnisnahme

ohne Wertung

Ja	5
Nein	13
Enthalten	46

Präsidentin: Der Bericht ist ohne Wertung zur Kenntnis genommen.

2024.SR.0168

- 9 Dringliche Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA, GFL, SVP (Barbara Keller, SP/Bernadette Häfliger, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP/Raffael Joggi, AL/Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!/Michael Ruefer, GFL/Francesca Chukwunyere, GFL/Alexander Feuz, SVP): Vergrößerung des Gemeinderates von fünf auf sieben Mitglieder**

Gemeinsame Beratung der Traktanden 9 und 10.

Präsidentin: Wir sind bei den Traktanden Nummer 9 und 10. Da habe ich schon eine Wortmeldung. Gut, und zwar erteile ich den Einreichenden das Wort, zuerst für das Traktandum Nummer 9, Vergrößerung des Gemeinderats. – Bernadette Häfliger.

Bernadette Häfliger (SP) für die Einreichenden: Die Vergrößerung des Gemeinderates ist eine langjährige SP-Forderung und ich bin wegen dem froh, dass wir mit dem jetzt sehr breit abgestützten Vorstoss den Grundstein für eine grundlegende Verwaltungsreform legen können. Diese halte ich mit den anderen Einreichenden für notwendig, weil sich die Situation seit der Volksabstimmung zur Verkleinerung des Gemeinderates massiv verändert hat. Die Verkleinerung ist damals mit der Auslagerung der öffentlich-rechtlichen Anstalten und der Kantonalisierung einiger Aufgaben begründet worden. Die Argumentation des Gemeinderates bei der Abstimmung 2003, dieser Argumentation folgend, kann man heute eigentlich gar nicht anders als die Zahl der Gemeinderatsmitglieder wieder auf 7 zu erhöhen. Die Einwohnerzahl ist in den letzten 20

Jahren um 18'000 Einwohnenden gestiegen. Die Verwaltung ist in der Zwischenzeit wieder fast so gross wie 2003. Die Belastung der verschiedenen Direktionen ist sehr unterschiedlich. Allerdings scheinen alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte aufgrund der Fülle der Aufgaben massiv überlastet. Das wiederum wirkt sich insbesondere bei der Projektverwirklichung oft negativ aus. Die wachsende Stadt stellt die ganze Infrastruktur und damit auch die gesamte Planungstätigkeit vor enorme Herausforderung. Es fehlt unter anderem an Schulräumen und es besteht aufgrund des massiven Rückstaus bei der Erneuerung und Erweiterung von grossen Teilen der Infrastruktur ein noch nie dagewesener Investitionsbedarf.

Führt man sich zusätzlich die riesigen künftigen Herausforderungen vor Augen, braucht es eine Verstärkung des Gemeinderates und eine effiziente Verwaltungsorganisation. Ich denke dabei insbesondere an Klimawandel, die digitale Transformation und die damit möglichen sozialen Verwerfungen, wo auch mit dem Verlust von staatlicher Autorität gegenüber von der Macht von internationalen Tech-Riesen zu erklären sind. Die Erwähnung der demografischen Alterung unserer Gesellschaft findet aktuell noch eher selten Eingang in die städtische Politik. Sie wird aber eine der grössten Herausforderungen der nächsten Generation von Politikerinnen und Politikern sein. Weitere Themen, die in der Stadt dringend angegangen werden müssen, wären zum Beispiel ein neues Führungsverständnis, das sicherstellt, dass die städtischen Angestellten nicht krank werden und diese Herausforderung dann auch bewältigen könnten, eine Fehlerkultur, die Probleme als Anlass für Entwicklungen nimmt, sowie die Entwicklung eines fortschrittlichen Verständnisses von Service Public, das erkennt, dass sich mit der digitalen Transformation die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ganz grundsätzlich verändern.

Heute besteht zudem der Wunsch, diese Menschen an der Spitze einer Exekutive zu haben, die ein politisches Amt unter Umständen auch mit einer Kehrverpflichtung verbinden kann. Mit der Vergrösserung vom Gemeinderat wäre es beispielsweise auch denkbar, die Pensen von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten auf 80% zu beschränken und die Verantwortung so auf mehr Köpfe zu verteilen. Die Neuordnung der Direktionen bietet nicht nur die Chance, die Aufgaben der verschiedenen Direktionen besser zu verteilen, sondern wieder zu einer neuen Kultur von Check und Balance zwischen den Direktionen zu kommen. Es wäre dringend zu wünschen, dass sich Gemeinderatsmitglieder wieder mehr als Teil eines Ganzen und nicht nur als Vorsteherinnen und Vorsteher einer Direktion verstehen. Das bedingt allerdings, dass die Exekutivmitglieder auch die Ressourcen haben, sich mit den Geschäften der anderen Direktionen echt auseinanderzusetzen und um gemeinsame Lösungen über die Direktionsgrenzen hinaus zu ringen. Das und wahrscheinlich andere Erkenntnisse haben dazu geführt, dass eine Motion eine sehr parteiübergreifende Unterstützung geniesst. Es gilt zudem zu berücksichtigen, dass ähnlich grosse Städte alle über eine siebenköpfige Exekutive verfügen. Im Namen der Einreichenden bitte ich euch um Zustimmung zu dieser Motion.

Präsidentin: Merci, Bernadette. Jetzt haben die Einreichenden von Traktandum 10 das Wort, Florence Pärli.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Einreichenden: Da Traktandum 10 und Traktandum 9 so eng verflochten sind, erlaube ich mir gerade das Fraktionsvotum zu kombinieren zum Traktandum 9. Die Stadtverwaltung ist in den letzten Jahren massiv gewachsen. Man sieht das vor allem am Personalaufwand. Haben wir Ende 2015 noch 291 Mio. Franken für das Personal ausgegeben, sollen es im 2025 358 Mio. werden. Das ist ein Wachstum von 23%. In der gleichen Zeit wächst die Bevölkerung aber nur um 5%. Die

Stadtverwaltung wächst also überproportional und es ist sehr schwierig auszumachen, wo die Kosten genau hingehen. Aber man hört von den Verwaltungsangestellten selber, dass die Zusammenarbeit zwischen den Direktionen teilweise ungenügend ist. Dann gäbe es viele Doppelspurigkeit. So werden in mehreren Direktionen Spezialisten angestellt, obschon die Spezialkenntnis einer Person für mehrere Direktionen reichen würde. Und es gibt ein starkes Silodenken. Zum Beispiel hat immer noch jede einzelne Direktion einen eigenen Personaldienst. Sogar die SP hat sich ja schon dafür ausgesprochen, dass der Personaldienst für die ganze Verwaltung an einem Ort zusammengefasst werden sollte.

Dann sind die Aufgaben in den einzelnen Direktionen offensichtlich nicht gut verteilt. Das hat sich in der letzten Legislatur schmerzhaft in der zu grossen BSS von Franziska Teuscher gezeigt. Dort sind gravierende, sehr teure Probleme und teilweise sogar Missstände herausgekommen. Ich erinnere an die Informatik-Debakel Citysoftnet im Sozialamt und Base4Kids für die Schulen. Aber auch an heimliche und einseitige Absprache, wenn es um die Zukunft der Kitas geht. Es ist naheliegend, dass die Probleme aus einer Überforderung herauskommen, daraus, dass man die Dossiers entweder nicht will oder nicht abschliessend verstehen kann, daraus, dass man den direkten Kontakt zum operativ und also im alltäglichen Geschäft tätige Personal nicht will oder nicht kann haben. Dass die BSS sehr gross und im Vergleich zu den anderen Direktionen auch sehr vielfältig aufgestellt ist, geht aus dem Organigramm der Direktion heraus. 9 teilweise riesige Einheiten, wie eben zum Beispiel das Sozialamt sind bei der BSS angegliedert. Bei der kleinsten Direktion der SUE sind es nur 7 Einheiten. Auch wenn man das Personal pro Direktion vergleicht, ist es eindrücklich. Die BSS hat 2000 direkt angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, SUE hat etwa 650 direkt angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Jetzt könnte man meinen, dass es mehr Gemeinderäte braucht, um die Arbeitslast besser zu verteilen. Nein, in unserem Postulat schlagen wir vor, dass es in der Stadt Bern eine Verwaltungsreform gibt.

Ziel ist es, dass die Verwaltungsstrukturen in der Stadt Bern besser ineinander hineingreifen und möglichst effizient ausgestaltet sind. Dass die Effizienz nicht gegeben ist, sieht man zum Beispiel inhaltlich. Aus unserer Sicht müsste beispielsweise das Sportamt eher bei SUE angegliedert sein anstatt bei der BSS. Wir verlangen, dass zuerst – auf Neudeutsch low hanging Fruits – eine sinnvollere Verteilung von Aufgaben auf Direktionen oder auch eine sinnvollere Verteilung der Aufgaben von einzelnen Ämtern geprüft werden kann, bevor wir über eine Vergrösserung des Gemeinderates nachdenken.

Eine Vergrösserung des Gemeinderates hätte nämlich riesige Konsequenzen. Einerseits teure Konsequenzen und ich denke nicht in erster Linie nur an die Gemeinderatslöhne, denn es bräuchte ja dann auch neue Generalsekretariate und jede neue Direktion würde wiederum zu einem neuen Silo führen. Andererseits führten diese Doppelspurigkeit auch dazu, dass direktionsübergreifende Projekte weniger effizient und somit viel langsamer vorwärtskommen würden. Gerade die Klimaprojekte oder auch der Bau einer Schule betreffen häufig alle Direktionen gleichzeitig. Langsamere Prozesse für Projekte sind wiederum teuer. Sie sind aber vor allem für das Personal und für die Bevölkerung frustrierend und eine Vergrösserung des Gemeinderates würde auch den Volkswillen brechen. Dass sie nur 5 Gemeinderäte möchten, hat sie 2004 mit 60% zugestimmt. Schon damals war Rot-Grün in der Mehrheit. Zusammengefasst lehnt die Fraktion FDP/JF die Einführung von 7 Gemeinderäten zum jetzigen Zeitpunkt entschieden ab. Zuerst muss es eine umfassende Verwaltungsreform mit dem Fokus auf mehr

Effizienz und Nutzung von Synergien geben. Erst wenn die Verwaltungsreform umgesetzt ist, kann man prüfen, was für einen Mehrwert 7 Gemeinderäte könnten bieten. Danke.

Präsidentin: Merci, Florence. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Raffael Joggi für die AL/PdA-Fraktion.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Wir freuen uns, dass unser Vorschlag, den Gemeinderat zu vergrössern auf so eine breite Resonanz getroffen ist, und dass die SP so fleissig gewesen ist, diesen Vorstoss auch zu machen. Wir haben den gerne miteingereicht.

Um euch auf die Sprünge zu helfen, es war bei uns ein alter Wunsch, diesen zu vergrössern und wir helfen auch mit, die AL-PdA-Fraktion findet das eine gute Sache. Wir sind quasi im "Füdl" der Institutionen angekommen, uns interessiert, was die Regierung tut, obwohl wir selber gar nie in die Regierung wollen. Wir dürfen gar nicht, von den Statuten her. Also der Gemeinderat ist uns wichtig, aber in dem Sinn ist es nicht so wichtig, dass wir irgendwelche Ideen hätten, dort irgendwie beizutreten und den deshalb grösser zu machen. Es ist sicher wichtig, dass dies klar steht. Wir glauben daran, die Argumente sind schon gekommen, die sind auch wohl bekannt, dass die Stadt gross genug ist für 7 Gemeinderätinnen und Gemeinderäte. Wir brauchen nicht 5, bei dieser Grösse haben vergleichbare Städte sicher auch 7, wenn nicht mehr.

Wir glauben, dass die Verwaltung reformierbar ist. Wir glauben aber auch, dass es eben mit 7 Leuten bessere Möglichkeiten, mehr Spielraum gibt für Reformen der Verwaltung und diesen Direktionen. Sie sind zu gross zum Teil sie sind zu wenig abgesprochen, vielleicht auch zu gut abgesprochen. Wir glauben eigentlich auch, dass eine Dynamik von 7, kontroverser, vielleicht auch nicht, skandal-freier oder nicht, da kann man jetzt darüber streiten. Der Stadtpräsident hat jetzt einen Skandal vorher verpasst, da ist er ja noch gar nicht da gewesen, er kann dann das Votum nochmal hören von Barbara Keller, also ganz Skandal frei ist er ja nicht, wenn man nur richtig hinschaut. Jedenfalls ist es eine gute Idee, eine spannende Idee und wir würden sagen nach 20 Jahren es sei an der Zeit, dass man das Experiment wieder rückgängig macht. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Raffael. Für die GB/JA!-Fraktion, Anna Leissing.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Die vorliegende Motion ist breit abgestützt und wird auch vom Gemeinderat zur Annahme empfohlen. Das, weil es sehr gute Gründe gibt für eine Erweiterung des Gemeinderats auf 7 Mitglieder. Bevölkerungswachstum, Komplexität der Herausforderungen, Chancen für eine Reorganisation, Zeit für die politische Arbeit und die Frage von Diversität und Repräsentation. Aber von vorne, wir haben es schon gehört die Bevölkerung von Bern wächst stark, die Zahlen im Vortrag vermitteln nicht ganz wie stark. Es sind Ende 2023 fast 146'000 Personen in Bern wohnhaft gewesen. Laut Prognosen werden es bereits ab 2035 160'000 und wenn man den Vergleich mit anderen Städten zieht, wird klar, dass Bern eben eher in die Kategorie Basel oder Lausanne mit 7 Mitgliedern im Gemeinderat, als in die Kategorie Luzern oder St. Gallen mit 5 Mitgliedern ist. In der Tendenz korreliert nämlich die Grösse der Exekutive schon auch mit der Anzahl Einwohner*innen. Unter anderem darum hat man ja auch das Projekt 5 auf 7, ja auch im Fusionsvertrag mit Ostermündigen festgeschrieben, denn bei einer Fusion die Wohnbevölkerung mit einem Schlag um 18'000 Personen gestiegen wäre. Und dass eine Vergrösserung Sinn macht, wenn 18'000 Menschen aufs Mal dazukommen, macht sie wohl auch Sinn, wenn das erst im Verlauf der Zeit

der Fall ist. Wie gesagt, die Prognose für 2035 ist bei 160'000 in Bern wohnhaften Personen.

Der zweite Grund ist das Wachstum der Verwaltung, auch das haben wir schon gehört, die Verwaltung ist wieder gewachsen seit 2003. Und das hat auch mit den aktuellen Herausforderungen wie der Klimakrise oder der Pandemie zu tun und es ist klar geworden, dass die Aufgaben dieser Stadt und der Verwaltung mehr und komplexer werden. Die Arbeitslast und die Zuständigkeiten auf mehr Schultern zu verteilen ist deshalb ziemlich intuitiv. Es ist klar, dass die Stadt mehr Personalressourcen braucht, um die aktuellen Herausforderungen bewältigen zu können. Das hat sich zum Beispiel im Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz gezeigt, wo die Fallbelastung so extrem angestiegen ist und wo man zum Glück auch mehrere Stellen aufstocken konnte. Das wird sich auch in der Bekämpfung der Klimakrise zeigen, die eine massive Aufstockung der Personalressourcen verlangt in verschiedenen Direktionen, damit die Massnahmen der publizierten Energie- und Klimastrategie wirklich ernsthaft umsetzen werden können. Das heisst, die Verwaltung wird grösser und wenn die Reduktion der Verwaltung 2003 ein Argument gewesen ist, den Gemeinderat von 7 auf 5 Mitglieder zu verkleinern, dann muss das bedarfsbedingte Wachstum der Verwaltung in den letzten Jahren und auch in den kommenden Jahren ein Argument für eine Erweiterung sein.

Das nächste ist die Chance auf eine Reorganisation der Verwaltung. Wir haben es schon ein paarmal gehört, die ist gewünscht und nötig, weil es bietet die Chancen wirklich zu analysieren, ob die heutige Organisation wirklich für die Bedürfnisse und die Arbeitslastverteilung adäquat ist. Man kann sich fragen, ob das Stadtplanungsamt bei der Präsidialdirektion sinnvoll ist. Macht die Kombination von Sicherheit, Umwelt und Energie inhaltlich wirklich Sinn, braucht es eine Klimaenergie- und Umweltdirektion? Es ist wirklich eine Chance, sich diese Fragen vertieft zu stellen und die Organisation der Verwaltung auf die aktuellen Realitäten, Aufgaben und Herausforderungen anzupassen. Und dann gibt es noch – ich habe gerade ein bisschen Herausforderungen mit dem Husten – politische Gründe. Einerseits hat man dann 2003, als man reduziert hat, argumentiert, dass die Reduktion auch dazu führt, dass die Gemeinderät*innen eigentlich weniger Zeit haben für die eigentliche politische Arbeit, weil sie vielmehr verwalten müssen, und das ist eine hochrelevante politische Frage. Die politische Führung, die immer wieder verlangt wird von der Stadt Bern, die wird mit einer Erweiterung definitiv gestärkt und das ist im Interesse von allen, die eine Stadt eben nicht in erster Linie als einen Betrieb verstehen und der Gemeinderat nicht als CEO, sondern eben als Gremium, die die politischen Verhältnisse der Stadt repräsentiert und gestaltet.

Und schliesslich die Diversität und Repräsentation: Eine bessere Repräsentation der Bevölkerung mit 7 Gemeinderäte, bedeutet nicht nur mehr politische Parteien, sondern hoffentlich eben auch eine grössere gesellschaftliche Diversität. Wir wissen, dass das aktuelle System einen grossen Teil der Bevölkerung ausschliesst. Rund einen Viertel darf nicht wählen und abstimmen. Der Anteil der Nicht-Akademiker*innen in Regierung und Parlament ist ernüchternd tief. Viele haben neben Vollzeitjobs und Betreuungsaufgaben schlicht nicht Zeit für ein solches Amt. Eine Erweiterung des Gemeinderates bietet die Chance, dieses Amt so auszugestalten, dass es eben für mehr und für eine diversere breitere Bevölkerungsschicht infrage kommt. Die Diversität der politischen Repräsentation zu erhöhen ist eines von den erklärten Zielen der GB/JA!-Fraktion und darum werden wir natürlich dieser Erweiterung auf 7 Mitgliedern zustimmen.

Vielleicht noch ein Wort zu den Kosten, denn es ist gefallen. Die Einsparungen, die man gehabt hat mit der Reduktion, sind entgegen den Versprechen sehr bescheiden gewesen, geschätzte 1,5 Mio. Franken, die man eingespart hat. Darum werden wahrscheinlich auch die Kosten sich in einem vertretbaren Rahmen halten. Darum bitten wir

darum, die Motion zu überweisen und noch ein Wort oder 2 zum Postulat. Wir lehnen das Postulat ab, weil wir wie auch der Gemeinderat der Ansicht sind, dass sich das Reformprojekt auf Gemeinderat und Verwaltung konzentrieren soll, und das Anliegen mit der vorliegenden Motion gut abgedeckt ist. Und die Begründung des vorliegenden Postulats beinhaltet auch eine Anhäufung von Begrifflichkeiten wie schlanker, effizienter und schneller, die aus Sicht der GB/JA!-Fraktion für eine erfolgreiche Regierungs- und Verwaltungsreform eher nicht an erster Stelle stehen. Für uns ist es wichtiger, dass Gemeinderat und Verwaltung im Ergebnis bedarfsgerecht organisiert und mit genügend Ressourcen ausgestattet sind. Deshalb, Ja zur Motion und Nein zum Postulat.

Präsidentin: Danke, Anna. Dann für die GLP-JGLP-EVP-Fraktion, Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP) für die Fraktion: Wir haben es gehört, vor 20 Jahren hat man die Anzahl Gemeinderätinnen und Gemeinderäte von 7 auf 5 reduziert und das hat der Gemeinderat damals selber gewollt, um mehrere Millionen sparen zu können und auch um die Führungsspitze dem Ausgaben- und Verantwortungsvolumen anzupassen. Interessant ist ja, dass damals durch die Auslagerung und die Übertragung von Aufgaben an den Kanton die Stadtverwaltung von 4'500 auf 2'900 Vollzeitstellen geschrumpft ist. Heute machen wir, so zumindest ein Teil des Rates, genau das Gegenteil. Sie geben der Stadt immer mehr Aufgaben, eine Sensibilisierungskampagne hier, eine weitere Fachstelle dort und letztlich braucht es dann immer mehr Personal. Und in der Begründung der Motion, wir haben es vorhin gerade gehört, ist die Überlastung des Gemeinderates genannt worden. Vielleicht kommt die auch ein bisschen davon, dass man der Stadt eben immer, wie mehr Aufgaben auferlegen will und nachher sagt man natürlich: "Jetzt braucht es halt mehr Gemeinderäte." Nein, das brauchen wir nicht. Der Gemeinderat sagt selber, dass es keine zwingenden Gründe dafür gibt, und dass das heutige System grundsätzlich gut funktioniert. Wir glauben nicht, dass es zu mehr Effizienz führt, wenn die Anzahl Gemeinderäte erhöht wird. Die Entscheidungsfindung wird eher nur noch komplexer, je grösser das Gremium ist und vielleicht hören wir einfach damit auf, die Verwaltung immer mehr auszubauen, immer mehr neue Aufgaben zu definieren und dann brauchen wir vielleicht auch gar nicht mehr Gemeinderäte.

Und was mir besonders wichtig ist, die Initiantinnen und Initianten dieser Motion argumentieren vor allem mit besserer politischer Repräsentanz und angemessener Stadtteilvertretung. Okay, aber für eine bessere politische Repräsentanz könnten wir zum Beispiel auch einfach das Wahlverfahren fairer machen, indem wir Sainte-Laguë als Verteilverfahren anstelle von Hagenbach-Bischoff anwenden. Die Fraktion GLP-JGLP-EVP wird diese Motion ablehnen. Das Postulat des Traktandums 10, das die Prüfung einer Verwaltungsreform fordert, werden wir annehmen, wenn die Motion hier für 7 Gemeinderäte Gemeinderätinnen durchkommt. Wir waren uns nicht alle ganz einig, ob es grundsätzlich nötig ist, eine Verwaltungsreform. Aber wenn die Motion hier für die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte zu erhöhen angenommen wird, ist es auf jeden Fall nötig, dass eine Verwaltungsreform von einer unabhängigen und externen Stelle geprüft wird. Besten Dank.

Präsidentin: Danke, Janina. Für die GFL, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Unsere Fraktion hat sich schwer getan mit der Erheblichkeitserklärung dieser Motion, obwohl wir diese damals miteingereicht hatten. Zum heutigen Zeitpunkt sprechen genau die gleichen Gründe immer noch für eine Vergrösserung des Gemeinderats, die bereits 2003 dazu haben geführt, dass

der Stadtrat den Vorschlag der Verkleinerung abgelehnt hat. Die sind dazumal gewesen: 7 statt 5 gewährt eine grössere Vielfalt in der Regierung. Kleinere Parteien haben mehr Chancen, auch einen Sitz zu erringen in der Exekutive. Es kommt zu einer Machtkonzentration bei den grossen Parteien bei nur 5 Exekutivmitgliedern. 5 statt 7 bedeutet darum auch Demokratieverlust, weil die Verwaltung mehr Einfluss auf die Geschäfte nimmt. Das ist eine Entwicklung, die ich persönlich tatsächlich in den letzten Jahren auch im Parlament wahrgenommen habe. Gerade komplexere Geschäfte werden von der Verwaltung am Milizparlament vorbeigeschleust mit vermeintlich fachlichen Argumenten, einfach weil wir gar nicht mehr nachkommen, was sie da eigentlich treiben. Die Einsichtnahme in den Bericht muss manchmal hart erkämpft werden. Hinzu kommt, dass die Grösse der Direktionen, wie bereits erwähnt, sehr unterschiedlich ist. Die BSS und die TVS sind im Verhältnis zu den anderen Direktionen sehr gross und deshalb komplexer zu managen.

Falls die Fusion mit Ostermundigen zu Stande gekommen wäre, hätte es dann noch andere Argumente gegeben, die so für eine Vergrösserung gestimmt hätten. Da die nicht zustande gekommen ist macht es auch keinen Sinn, wenn ich die Argumente jetzt da noch einfüge. Aber eine Wiedervergrösserung würde für uns nicht zwingend eine Verwaltungsreform grösseren Ausmasses nach sich ziehen und auch nicht zwingend vielmehr kosten als das, was im Moment geschieht. Man hätte einfach allenfalls überschaubarer Silos, wie Florence das nennt, und könnte unter dem Aspekt gerade die mit immer sehr teuren und grossen Geschäften belasteten TVS respektive BSS allenfalls besser managen. Schon im 2005 ist der Spareffekt durch die Verkleinerung angezweifelt worden und ist offenbar auch nicht so gross gewesen, wie man gemeint hat und etwas wieder halbieren, wo man mal zusammengeführt hat, macht auch nicht so ein viel grössere Sache oder so viel Arbeit. Das braucht keine riesige Verwaltungsreform in unseren Augen. Wenn eine Verwaltungsreform angestrebt werden sollte, müsste sie für uns zusammen gedacht werden mit ihrer Aufgabenüberprüfung. Zuerst müssen wir einmal schauen, wie viele zusätzliche Aufgaben sich die Stadt in den letzten Jahren und Jahrzehnten zusätzlich aufgeladen hat.

Dabei ist die Qualität nicht immer gleich die Quantität. Also es ist nicht zwingend so, dass 5 Personen fünfmal mehr arbeiten als 2. Das städtische Angebot ist heute in vielen Bereichen extrem fragmentiert. Wir haben für fast jedes Problem eine eigene spezifische Lösung in Gesundheit und Bildung, im Bereich Migration und Integration, Kultur, aber auch beispielsweise in der Wirtschaft. Das Angebot ist teilweise dermassen fragmentiert, sodass die angesprochenen Bevölkerungsgruppen gar nicht mehr zu ihren Angeboten gelangen. Die vielfältigen Probleme sind in den vergangenen Jahren zwar systematisch angegangen und das städtische Angebot entsprechend schrittweise ausgebaut worden. Das ist historisch gewachsen und dazumal ein logischer und nachvollziehbarer Schritt gewesen. Heute stehen wir eigentlich an einem anderen Ort und denken, man müsste jetzt eine Art Frühlingssputz machen, wir müssten das historisch gewachsene und inzwischen fragmentierte städtische Angebot an Leistungen aus dem Schrank holen, auslegen und die Themen teilweise neu bündeln. Das wäre für uns der Anfang einer Verwaltungsreform und nicht das Schachern um wer hat jetzt wie viele Generalsekretäre oder wie viele Fachstellen unter sich.

Ja das ist eine Aufgabe, die sehr mühselig und auch arbeitsintensiv ist, aber nach 30 Jahren Ausbau in Kleinstschritten, glaube ich, das ist notwendig. Dadurch soll die Qualität des städtischen Angebots nicht gemindert werden. Wir denken aber, dass durch eine neue Priorisierung und thematische Bündelung nicht nur die Kosten von sich überschneidenden oder gar widersprechenden Angeboten gesenkt werden könnten, son-

dern gleichzeitig auch eine Qualitätssteigerung erzielt werden könnte. Allfällige Mehrkosten durch einen Ausbau der Exekutive könnten so zumindest mittelfristig kompensiert werden. Wir wollen insgesamt keine Aufblähung des Verwaltungsapparats, aber eine Effizienzsteigerung. Uh, das war jetzt wieder ein böses Wort. Deshalb deckt es sich inhaltlich mindestens ansatzweise mit dem Postulat von Berger und Pärli. Das ist uns aber viel zu salopp und vage formuliert. Es definiert weder Ziele noch Pfeiler der gewünschten Reform. Der langen Rede kurzer Sinn. Wir werden die Motion mehrheitlich erklären und das Postulat ablehnen. Danke vielmals für das Zuhören.

Präsidentin: Merci, Francesca. Dann kommt Barbara Keller für die SP-JUSO-Fraktion.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Wir stehen heute vor einer wichtigen Entscheidung, die die Zukunft der Stadt Bern und ihre Führung weiter stärken kann. Die vorgeschlagene Vergrößerung vom Gemeinderat von 5 auf 7 Mitgliedern, die wir gemeinsam mit den Fraktionen GB/JAI, GFL, SVP und AL-PdA eingereicht haben, ist nicht nur eine notwendige Anpassung an die wachsenden Herausforderungen von unserer Stadt, sondern auch einen Schritt richtig effizientere Verwaltung. Bern wächst mit den zunehmenden Einwohner*innenzahlen, und so steigen die Anforderungen an die Stadtverwaltung, sei es im Bereich Verkehrsplanung, Digitalisierung, Bildung, Soziales oder Klima. Die Zukunft stellt Bern vor immer grösseren Herausforderungen. Um diesen stetigen wachsenden Bedürfnissen gerecht zu werden, muss auch der Gemeinderat angemessen aufgestellt sein. Ein 7-köpfiges Gremium ermöglicht es die Verwaltung auf mehr Schultern zu verteilen und die städtischen Direktionen besser zu organisieren. Das bedeutet mehr Effizienz und eine zielgerichtete Steuerung der städtischen Aufgaben. Natürlich schliessen wir nicht aus, dass einige Aufgaben zentral gesteuert werden. Stichwort IT-Projektmanagement oder die Gesundheitsförderung der Mitarbeitenden.

Die Arbeitslast der Gemeinderät*innen hat sich in den letzten Jahren massiv erhöht. Die Vergrößerung des Gemeinderates ermöglicht es, diese Last gerecht zu verteilen. Damit eröffnen sich auch Möglichkeiten für flexiblere und modernere Arbeitszeitmodelle. Ein grösserer Gemeinderat erlaubt es zudem, die verschiedenen Direktionen und Zuständigkeitsbereiche fairer aufzuteilen. Aktuell müssen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte oft mehrere anspruchsvolle Bereiche gleichzeitig abdecken. Denken wir an den Bereich Bildung und Soziales. Das sind schon an sich riesige und enorm wichtige Aufgaben. Heute werden sie in der BSS aber von der gleichen Gemeinderätin betreut. Mit mehr Mitgliedern könnte die Verwaltung spezialisierter geführt werden, was zu einer tieferen gehenden Bearbeitung und besserer fachlicher Betreuung von Themen führen könnte. Ein grösseres Gremium reduziert zudem die Gefahr, dass sich viel Macht auf wenige Personen konzentriert. Mit 7 statt 5 Gemeinderät*innen können Entscheidungen besser auf breiterer Grundlage gefällt werden. Es geht uns hier nicht um mehr Bürokratie, sondern um mehr Effizienz und eine gerechtere Arbeitsverteilung. Für eine zukunftsfähige Stadt Bern bitten wir euch, dieser Vergrößerung zuzustimmen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Barbara. Für die Mitte-Fraktion, Sibyl Eigenmann.

Sibyl Eigenmann (Mitte) für die Fraktion: Ich gehe zuerst auf die Argumente der Motionärinnen und den Motionären ein. Sie reden in der Motion von einer Vielfalt von zukünftigen Herausforderungen und da frage ich mich schon, wie viel dann noch. Wir finden ja schon heute, dass es zu viele Aufgaben, zu viele Projekte gibt in dieser Verwaltung, dass man sich auf die Kernaufgaben reduzieren soll. Es ist ehrlich gesagt ein

Graus, wenn man davon redet, noch mehr zukünftige Herausforderungen und Projekte anzugehen. Das Geld hat man ja heute schon nicht. Das Bevölkerungswachstum, auch das ein Argument der Motionärinnen und Motionären kann eine Begründung sein, den Personalbestand zu erhöhen. Wenn es zum Beispiel 20% mehr Schüler gibt, mehr Schulpflichtige gibt, braucht es auch 20% mehr Lehrer. Damit wird die Arbeitslast des Gemeinderates nicht höher. Selbst wenn das Bevölkerungswachstum das Argument wäre, muss man festhalten, dass von 2000 bis 2020, die Stadtbevölkerung um 10% gewachsen ist. Es ist keine Rechtfertigung dafür, den Gemeinderat um 40% zu erhöhen.

Wenn man sagt, der Personalbestand sei ein Grund, den Gemeinderat zu erhöhen, ist das eigentlich eine Wachstumsspirale, ein nicht endend wollende Wachstumsspirale. Man hat mehr Personal, braucht also mehr Gemeinderäte. Die Gemeinderäte brauchen wieder mehr Personal, weil Generalsekretariat, Stab etc. Dann braucht man also mehr Personal und braucht deshalb mehr Gemeinderäte. Und da hat man ja wieder mehr Gemeinderäte und braucht wieder mehr Personal. Das widerspricht keiner Logik. Es wurde gesagt, es brauche eine bessere Repräsentanz der Stadtteile. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind hier drin, wir sind hier im Parlament, wir sind die Repräsentanz der Stadtteile. Es braucht keine Repräsentanz der Stadtteile im Gemeinderat. Im Stadtrat vor allem für alle Quartiere haben wir Stadträtinnen und Stadträte. Wir haben Quartierorganisationen, hoch offizielle und wir haben Schulkommissionen, es braucht nicht mehr Repräsentanz und jetzt noch eine Info an alle kleinen Parteien, die das Gefühl haben, sie könnten nachher einen Gemeinderatssitz erringen und da reden wir aus Erfahrung.

Wenn die Mitgliederzahl des Gemeinderates erhöht wird, sinkt der Wähleranteil, den es braucht für eine Liste, um einen Gemeinderatssitz zu erringen. Man könnte jetzt den Schluss ziehen, dass es für kleinere Parteien dann einfacher wird. Das ist aber wirklich ein Trugschluss. Bei 7 Gemeinderäten ist es möglich, mit einem Wähleranteil von 10% einen Sitz zu machen mit der Liste, eine Sicherheit für einen Gemeinderatssitz hat man erst bei 12,5%. Jetzt müsst ihr einmal überlegen, was ihr für einen Wähleranteil habt. Die meisten von uns erreichen diesen nicht und beziehungsweise nur knapp. Im Alleingang ist es also nach wie vor chancenlos, einen Gemeinderatssitz zu machen. Man muss weiterhin Listen bilden und weiterhin das Glück haben, dass man den besten Kandidaten oder die beste Kandidatin aufstellt. Ich komme noch zur Antwort des Gemeinderates. Es ist sehr spannend zu lesen, dass der Gemeinderat sich in so kurzer Zeit so viel Zeit genommen hat, um so ausführlich zu antworten. Ich würde mir wünschen, dass die städtischen Bauprojekte so gründlich und so schnell umgesetzt werden, wie die Motionsantwort des Gemeinderates beantwortet wurde. In der Antwort des Gemeinderates sagt er eigentlich, Nein. Schlussendlich gibt es aber ein Ja, also lest es mal genau, er sagt die ganze Zeit eigentlich Nein, ist nicht nötig. Am Schluss kommt doch ein Ja heraus. Und lest wirklich die Antwort noch einmal genau. Der Gemeinderat sagt in keiner einzigen Stelle, dass er sich selber überfordert fühlt oder dass das selber überlastet ist.

Die Mitte stellt sich nicht gegen die Verwaltungsreform. Wir sehen schon auch gewisse Punkte, die man verbessern müsste. Wir sehen durchaus Direktionen, die sich nicht mehr im Griff haben, weil sie einfach zu gross sind. Da könnte man sicher eine bessere Verteilung machen. Für uns ist es aber ausser Frage, dass wir hier einen Blankoscheck für einfach eine Vergrösserung von 5 auf 7 Gemeinderäten machen, nur weil wir gerade Lust dazu haben. Zum Schluss muss ich doch noch dem Ratsbüro ans Bein "stüpfen". Ich verstehe absolut nicht, weshalb diese Motion dringlich ist. Die Motion hat für mich keine einzige Dringlichkeitserforderung erfüllt. Ich habe selber in den letzten Monaten

eine Motion eingereicht, in der es um die Weyermannshaussanierung ging, die wir heute behandelt haben. Die Motion ist nicht für dringlich erklärt worden, obwohl wir sie heute Abend eigentlich auch hätten, zusammen behandeln können. Und hier eine Motion für dringlich erklären, nur weil man sagt, man will sie bis 2028 erfüllt haben, das ist einfach... Also das entbehrt jeglicher Grundlage. Von jetzt an, reiche ich einfach auch jede Motion ein und sage: "Ich will es bis dann und dann erfüllt haben." Und darum muss es dringlich sein. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Sibyl. Wir sind bei den Einzelvoten. Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP), Einzelvotum: Die Lösung auf unsere Herausforderungen ist nicht ein grösserer Gemeinderat und eine aufgeblasene Verwaltung, sondern eine effizientere und eine besser organisierte. Fünfergremien bewähren sich, denn sie sind effizient und sparen Ressourcen. Wenn ein Fünfergremium nicht ausreicht, ist das eher ein Anzeichen dafür, dass sich die Exekutive vielleicht nicht die richtigen Prioritäten setzt oder die richtigen Tätigkeiten ausübt. Danke vielmals.

Präsidentin: Vielen Dank, Oliver. Wir sind beim Votum des Gemeinderates Alec von Graffenried.

Alec von Graffenried, Stadtpräsident: Der Gemeinderat mag ja überfordert sein oder ich weiss auch nicht, was alles gesagt wurde. Aber der Gemeinderat leidet nicht unter Realitätsverlust. Wenn 47 Stadträtinnen und Stadträte einen Vorstoss einreichen, den - wenn ich richtig gezählt habe - 60 Stadträtinnen und Stadträte vertreten, dann gehe ich nicht hier erzählen, dass wir diese Motion ablehnen. Und wir lehnen sie auch nicht ab. Es ist eine Frage, die im Raum steht. Wir haben das bei der Fusion von Ostermündigen diskutiert. Nachher habt ihr gesagt, jetzt kommt die Fusion nicht, aber wir möchten die Frage trotzdem diskutieren und der Gemeinderat ist bereit, die Frage zu diskutieren und die Frage auch zur Abstimmung zu bringen. Es ist ein offensichtliches Bedürfnis von euch, dass man nach 20 Jahren die Frage wieder aufwirft, wieder diskutiert und auch einer Lösung zuführt. Ich muss euch einfach sagen, das haben wir vor 20 Jahren auch schon erlebt, im Jahr 2003.

Es hat die Initiative gegeben, der Gemeinderat hat die Initiative unterstützt, der Stadtrat hat sie abgelehnt und das Volk hat sie nachher angenommen in der Volksabstimmung und hat sie sehr deutlich angenommen. Ich weiss ehrlich gesagt nicht, wie die Bevölkerung heute reagiert, wenn ihr diese Frage unterbreitet wird, aber ich finde es legitim, wenn man eurem Wunsch nachkommt und wenn wir das unterbreiten würden. Wir haben uns Gedanken gemacht, wie wir das umsetzen. Wir würden - wenn die Motion überwiesen wird - sehr rasch mit einer Vorlage kommen, die wir nachher auch sehr rasch, das heisst Ende 2025 oder Anfang 2026 zur Abstimmung bringen würden. Und wenn es dann nachher zu 7 statt 5 kämen, dann hätten wir noch 2 Jahre Zeit für das umzusetzen. Also wenn das in der Abstimmung überwiesen wird, dann müsste man es eigentlich so machen, dass man es nachher bei der nächsten Legislatur umgesetzt hätte, dass also bei den Wahlen 2028 dann nachher ein 7er Gremium gewählt würde, wenn das in der Abstimmung so durchkäme. Darum haben wir euch eigentlich recht einlässlich gezeigt, wie wir das umsetzen würden, wie wir vorgehen würden und genau so würden wir es machen. Wie sich der neue Gemeinderat in seiner neuen Zusammensetzung positionieren wird, das kann ich euch jetzt hier noch nicht sagen. Der Gemeinderat sagt jetzt einfach: "Doch wir sind bereit, eine solche Vorlage auszuarbeiten. Euch

eine solche Vorlage vorzulegen zuhanden der Stimmbevölkerung." Und nachher schauen wir, was dabei herauskommt.

Präsidentin: Danke, Alec. Dann kommen wir jetzt zu den Abstimmungen. Wir stimmen zuerst ab über die Traktandum Nummer 9, über die dringliche Motion.

Abstimmung Nr. 033

2024.SR.0168	
Annahme	
Ja	40
Nein	21
Enthalten	5

Präsidentin: Ihr habt die Motion erheblich erklärt.

2024.SR.0043

10 Postulat Florence Pärli Schmid (JF) und Tom Berger (FDP): Von Ostermundigen lernen – Verwaltungsreform für die Stadt Bern

Gemeinsame Beratung der Traktanden 9 und 10: siehe Traktandum 9.

Präsidentin: Wir stimmen ab über Traktandum Nummer 10, über die Erheblicherklärung des Postulats.

Abstimmung Nr. 034

2024.SR.0168	
Ablehnung	
Ja	22
Nein	40
Enthalten	2

Präsidentin: Das ist abgelehnt.

2018.BSS.000039

12 Zweijähriger Leistungsvertrag 2025 – 2026 mit dem Dachverband für offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern (DOK); Verpflichtungskredit in Stadtratskompetenz

Präsidentin: Wir sind bei Traktandum Nummer 11, beim zweijährigen Leistungsvertrag mit dem toj. Ich erteile der Kommission Wort. Für die SBK, David Böhner.
Traktandum 12 wurde vorgezogen.

David Böhner (AL) für die SBK: Es geht um den Leistungsvertrag für die nächsten 2 Jahre, also 2025 und 2026, für den Dachverband offene Arbeit mit Kindern. Es geht um einen Verpflichtungskredit von jährlich pauschal 2'428'665 Franken Plus. Maximal 130'000 Franken für die Lohnsumme von Praktikant*innen. Das Angebot des DOK ist

im Lastenausgleich des Kantons zugelassen, das heisst, viel von diesem Geld wird vom Kanton übernommen. In der Kommission ist dieser Antrag einstimmig angenommen worden. Eben wie gesagt, es geht um einen zweijährigen Leistungsvertrag. Früher ist es manchmal einjährig gewesen, aber in 2 Jahren gibt es mehr Planungssicherheit für das DOK. Die offene Jugendarbeit ist eine Verwaltungsaufgabe, die die Stadt ad hoc via Leistungsvertrag überträgt. Vielleicht kann ich da noch erwähnen, dass der Schwerpunkt 2025 und 2026 zusätzlich im Raum Bethlehem Ost und Wankdorf vorgesehen ist, denn es hat sich gezeigt, dass dort Bedarf besteht. Und es wird mehr ausgegeben als im letzten Leistungsvertrag. Die Kostensteigerung ist 264'850 Franken mehr. Gründe dafür sind Teuerungsausgleich, der ausbezahlt wird, plus zusätzliche Angebote im Kleefeld. Dazu ist das Angebot vom Kindertreff Aaregg/Tiefenau hinzugekommen und es gibt eine Mieterhöhung des Spielreviers im Kindertreff Tscharni. Wie gesagt, in der Kommission ist alles einstimmig angenommen worden. Es hat einen Antrag gegeben, dass man auf den Teuerungsausgleich verzichtet, der ist abgelehnt worden und die Kommission beantragt, dass der Verpflichtungskredit angenommen wird. Merci.

Präsidentin: Danke vielmals, David. Die Aufmerksamen haben es vielleicht gemerkt, wir sind jetzt bei Traktandum 12 statt 11. David hat jetzt zum DOK geredet statt zum toj und wir machen jetzt gerade weiter mit Traktandum 12, damit wir thematisch bei dem bleiben. Also wir ändern jetzt die Reihenfolge und wir machen jetzt zuerst das 12, also den Leistungsvertrag zum DOK. Ihr könnt euch also anmelden für die Fraktionsvoten zu Traktandum 12. Für die SP-JUSO, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Kinder brauchen Räume zum Spielen und zum Begegnen, um gesund aufzuwachsen. Spielplätze, Kindertreffs und die mobilen Spielangebote des DOK schaffen genau solche Orte, sichere Inseln, wo Kinder freispielen, sich entfalten und soziale Erfahrungen sammeln können. Es sind Orte, an denen sie Kreativität entdecken, das Selbstvertrauen entwickeln und die Freundschaften aufbauen können. Die Arbeit des DOK ist in Krisenzeiten von unschätzbarem Wert. Gerade jetzt, wo die Lebensrealität vieler Kinder von Unsicherheiten geprägt ist, bieten die Angebote des DOK Stabilität und Orientierung an. Hier erfahren Kinder, dass sie als gleichwertige Individuen geschätzt werden, unabhängig von ihrer Herkunft. Und es ist nicht nur ein Beitrag zur Sozialintegration. Das Spielen fördert auch die Entwicklung des kindlichen Gehirns und damit die Fähigkeit zu lernen und sich auszudrücken. Beim Spielen werden nonverbale Verbindungen geknüpft, soziale Kompetenzen entwickelt und Selbstbewusstsein gestärkt. Das DOK bietet nicht nur Betreuung und Spielplätze, sondern auch die zukunftsgerichtete Stadtentwicklung, bei der die Bedürfnisse der jüngsten Stadtbewohner*innen ernstgenommen und auch umgesetzt werden können. Bern soll eine Stadt sein, in der jedes Kind die Möglichkeit hat, sich frei und gesund zu entfalten. Wir werden darum den Verpflichtungskredit mit Überzeugung annehmen, damit der Leistungsvertrag 2025 bis 2026 mit dem DOK umgesetzt werden kann. Ich möchte im Namen der SP-JUSO-Fraktion allen Mitarbeitenden des DOK ganz herzlich danken. Ihr setzt euch ein für die Kinder in dieser Stadt und das täglich mit vollem Herzblut. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Barbara. Dann für die GB-JA!-Fraktion, Seraphine Iseli.

Seraphine Iseli (GB) für die Fraktion: Ich kann mich meiner Vorrednerin in allem anschliessen, was sie gesagt hat: Der DOK ist ein sehr wichtiger Akteur für die Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern und hat in den letzten 30 Jahren wesentlich dazu beigetragen,

dass ganz viele kleine Bernerinnen und Berner ein tolles Freizeitangebot gehabt haben. Im letzten Jahr hat der DOK gemeinsam mit Familien und Quartier Stadt Bern eine sozialräumliche Analyse gemacht, wo die verschiedenen Quartiere angeschaut worden sind und geschaut worden ist, wo Kinder welche Freiräume haben und nützen können. Und in dieser Analyse sind aufgrund von mehreren Indikatoren 12 Fokusgebiete definiert worden, die in den nächsten Jahren sollen weiter beobachtet und analysiert werden. Die Ergebnisse sind letzten Frühling veröffentlicht worden, basierend auf 2023 und haben dem DOK geholfen, jetzt für die Vertragsperiode 2025-2026 eine Priorisierung vorzunehmen. Natürlich wäre es super, wenn man in allen diesen Fokus-Gebieten gleichzeitig neue Angebote schaffen könnte, aber wir alle kennen die politische Realität und wissen, dass das nicht möglich ist. Deshalb ist auch eine Priorisierung so wichtig, dass eben der DOK am effektivsten zu einer flächendeckenden Versorgung von Freiräumen und Spielangeboten beitragen kann.

Für die nächste Leistungsperiode sind die 2 Schwerpunktgebiete, Bethlehem Ost und Wankdorf ausgewählt worden und wir sind sehr gespannt, was dort wird passieren in den nächsten 2 Jahren. Weiter freut es uns sehr, dass das Angebot des DOK auf der Engehalbinsel ausgebaut werden konnte mit dem neuen Kindertreff Aaregg/Tiefenau. Der DOK bietet aber nicht nur tolle Angebote für Kinder an, sondern bringt auch eine wichtige Perspektive in die Berner Politik und in die Stadtplanung ein, nämlich die Perspektive von kleinen Kindern. Die Stadt von Kindern ist viel kleinräumiger als diejenige von Erwachsenen. Der DOK geht darum auch nicht von 6 Quartieren aus. Also wenn wir jeweils von Quartieren reden, sind ja oft einfach die 6 Stadtteile gemeint, sondern in dem Bericht werden auch die Zahlen von UNICEF übernommen und laut diesen hat ein Kind unter 6 ein Bewegungsradius von seiner Wohnung von 200 Metern und ein Kind von unter 12 einer von 400 Metern. Und das heisst, dass es einem Kind im Stöckacker bringt es nichts, wenn es im Brunnengut, der zweieinhalb Kilometer entfernt ist, einen schönen Spielplatz hat, sondern es braucht eben näher zu seinem Zuhause Freiräume, wo es selber hingehen kann. Die Stimme des DOK braucht es in der Stadt Bern also unbedingt, um eine Stadt auch für die zu bauen, die sie nicht selbst einfordern können, nämlich für Kinder. Wir werden dem Leistungsvertrag selbstverständlich zustimmen und Danken dem DOK für die wertvolle Arbeit.

Präsidentin: Merci, Seraphine. Wir sind bei den Einzelvoten. Es gibt keine Einzelvoten. Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort. Kannst du dich noch anmelden bitte?

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Hier kann man fast sagen, alle Jahre oder alle 2 Jahre wieder, diskutieren wir den Leistungsvertrag des DOK und des toj hier im Parlament. Mehrheitlich haben wir den gleichen Umfang der Leistungen, die wir mit dem DOK und dem toj vereinbaren können. Von daher ist vorhin im Zusammenhang mit der Anzahl Gemeinderätinnen und Gemeinderäten und der Verwaltungsreform gesagt worden, dass man eigentlich nicht immer mehr Angebote braucht. Ich würde jetzt sagen, der DOK und der toj würden eigentlich mehr Angebote brauchen, wenn wir in dem Sinne anschauen, wie viele Kinder, dass wir in den letzten 12 Jahre hier in der Stadt Bern mehr gehabt haben. Aber die Angebote und die Leistungsabgeltung weder vom DOK noch vom toj hat in dem Sinn schritthalten können und von dem her danke ich sowohl dem toj sowie dem DOK und den vielen Freiwilligen, die dort mitarbeiten, dass sie wirklich die Angebote so aufrechterhalten, dass die eben für die Kinder in der Stadt Bern immer noch so toll sind. Ich gehe nicht auf das ein, was meine Vorrednerinnen gesagt haben, und schliesse mich voll und ganz an.

Ich finde es sehr wichtig, dass wir jetzt dieses Angebot in der Aaregg aufbauen konnten, denn ich glaube, vielen Leuten war die Aaregg einfach ein bisschen ein blinder Fleck. Wenn wir von sozial benachteiligten Quartieren gesprochen haben, haben wir immer gefunden, das ist der Berner Westen, das ist der Wyler, das ist Wittigkofen und in der Aaregg wohnen eigentlich so viele Kinder aus Familien, die wenig Geld haben wie im Berner Westen. Und von dem her bin ich froh, dass wir wenigstens in dieser Beziehung mit dem DOK ein neues Angebot haben aufbauen können. Und wer gesehen hat wie viele Kinder, die bei dem Eröffnungsanlass da gewesen sind, weiss, dass das Angebot dringend notwendig dort gewesen ist. Vielleicht an die, die vorher gefunden haben, die Stadt mache zu viel. Wir machen in gewissen Bereichen zu viel, aber ich finde, wir machen es dort, wo es eben auch nötig ist.

Von daher begrüsse ich auch sehr die sozial-räumliche Analyse, die der DOK gemacht hat. Ich denke, da haben wir wirklich eine gute Grundlage, dass man jetzt schrittweise vorgehen kann, denn die Stadt entwickelt sich, sie entwickelt sich schnell und da müssen natürlich die Angebote vom DOK auch mithalten können. Und von daher wurde auch ausgeführt, wie es steht um die Finanzen, eben es ist kein richtiger Ausbau, sondern nur von diesen Angeboten, die wir jetzt eigentlich schon gehabt haben, die konnten wir bündeln und noch der Teuerungsausgleich. Und was nicht zu vergessen ist, das muss man sagen, wie schon gesagt wurde, wir nehmen Sachen auf uns, die eigentlich der Kanton macht. Ja, hier nehmen wir auch Sachen auf uns, die der Kanton eben nicht mehr macht. Der Kanton erlaubt nicht mehr, dass wir Lernende in den Lastenausgleich zahlen können und ich glaube, es ist auch unsere Aufgabe als Stadt, dass wir Lernende ausbilden, auch wenn die der Kanton nicht zahlt. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Franziska. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderates.

Abstimmung Nr. 035

2018.BSS.000039

Annahme

Ja	59
Nein	0
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen.

2018.BSS.000038

11 Zweijähriger Leistungsvertrag 2025 – 2026 mit dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit in der Stadt Bern (toj); Verpflichtungskredit in Stadtratskompetenz

Präsidentin: Wir gehen zurück zu Traktandum 11, und zwar jetzt zum zweijährigen Leistungsvertrag mit dem toj. Für die Kommission SBK, Janina Aeberhard.

Janina Aeberhard (GLP) für die SBK: Da Nik Eugster heute nicht im Rat kann anwesend sein, übernehme ich sein Votum und trage es hier vor. Die Stadt Bern schliesst mit dem toj, dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern seit 1998

Leistungsverträge ab. Heute reden wir über den nächsten Vertrag für die Jahre 2025 und 2026 respektive über die Mittel, die wir für den Zeitraum sprechen müssen. Ich gehe in meinem Votum nicht auf die detaillierten Tätigkeiten des toj ein. Das kennt ihr aus unserer Ratsarbeit, aus der jährlichen Berichterstattung des toj und aus den Unterlagen dieser Sitzung. Ich möchte einfach Eingangs danken für die wertvolle Arbeit, die hier geleistet wird. Jetzt geht es eben darum, dass wir die finanziellen Rahmenbedingungen für die Arbeit stecken. Die Stadt Bern schliesst mit dem toj zum Teil einjährige und zum Teil mehrjährige Leistungsverträge ab. Also normal sind zweijährige Verträge. Wenn es dynamischere Jahre gibt, wo sich Sachen neu entwickeln oder schneller angepasst werden müssen, dann hat es in der Vergangenheit auch schon nur einjährige Leistungsverträge gegeben. Momentan sind wir in einer ruhigeren Phase. Zwar gibt es in der nächsten Vertragsperiode die Testnutzung am Hopfenrain-Verein und das Jugendhaus Bern West ist auch beschlossene Sache. Aber auch mit dem neuen Konzept Jugendarbeit 2026 Plus und der Bildungslandschaft Wankdorf ist der Entwicklungsbedarf für die nächsten Jahre sehr absehbar und darum gibt es einen zweijährigen Leistungsvertrag.

Die Leistungsverträge sind standardisiert. Sie richten sich nach der Mustervorlage gemäss der entsprechenden Verordnung und grosse Änderungen zum letzten Leistungsvertrag gibt es nicht respektive gibt es vor allem einfach im finanziellen Bereich. Der vorliegende neue Vertrag sieht vor, dass die Stadt Bern die Leistungen vom toj folgendermassen abgeltet: Im Jahr 2025 mit einer Summe von pauschal 2'303'811.20 Franken und im Jahr 2026 mit einer Summe von pauschal 2'323'811.20 Franken dazukommen noch einen Besoldungsaufwand von jährlich maximal 120'000 Franken für Vorpraktikantinnen und -praktikanten und Studierende in Ausbildung, allenfalls zuzüglich einer allfälligen Lohnsteigerung. Die Abgeltungssumme für das Jahr 2025 ist im AFP enthalten, im Budget wahrscheinlich. Im Vergleich zum Leistungsvertrag 2023-2024 erhöht sich der Betrag für das Jahr 2025 um 135'573 Franken. Das ist vor allem wegen des Teuerungsausgleichs für das Personal, das gleichbehandelt wird wie die städtischen Angestellten. Nachher enthält die Summe die zusätzlichen Mietkosten für die Testnutzung des Hopfenrain-Vereins in der Höhe von 35'000 Franken. Diese waren bis jetzt im Budget der "Familie & Quartier Stadt Bern" eingestellt. Die Entschädigung für die Projektleitung Bildungslandschaft Wankdorf in der Höhe von 35'000 Franken, war bis jetzt im Budget des Schulamtes gewesen und im Jahr 2026 kommen weitere 20'000 Franken dazu für das Jugendhaus Bern West im Brännengut.

Die Angebote des toj sind für den Lastenausgleich zugelassen, genauso wie die DOK, dem Dachverband für die offene Arbeit mit Kindern in der Stadt Bern. Die Ermächtigung zur Abrechnung für die Jahre 2023 bis 2026 liegt vor. Aber der Besoldungsaufwand für Vorpraktikantinnen und -praktikanten sowie Studierende kann seit 2020 nicht mehr abgerechnet werden. Die wichtigsten Änderungen oder Anpassungen vom Auftrag können sie im Artikel 5 nachlesen. Der sagt eben, dass der Entwicklungsbedarf für die kommenden Jahre absehbar ist. Einerseits sollen die strategischen Grundlagen, die in den letzten Jahren erarbeitet worden sind, in ein neues Konzept "offene Jugendarbeit, 2026 Plus" überführt werden und andererseits steht im Fokus die Bildungslandschaft Wankdorf, wo bis jetzt als separates Projektmandat geführt worden ist. Sie wird jetzt in den Leistungsvertrag integriert. Es handelt sich dabei um eine verbesserte Kooperation zwischen Schulen und ausserschulischen Quartierangeboten. Das ist also die Auslegeordnung. Ich fasse zusammen: Die Stadt Bern schliesst mit dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit der Stadt Bern toj einen neuen Leistungsvertrag für 2025-2026 ab. Der für den Leistungsvertrag notwendige Verpflichtungskredit liegt im Kompetenzbereich des Stadtrates. Laut Vortrag ist für das Jahr 2025 eine Summe von pauschal von diesen

202'303'811 Franken und im 2026 mit einer Summe von pauschal 2'323'811 Franken vorgesehen. Es liegt ein Antrag auf Erhöhung vor, aufgrund des Beschlusses der Budget- und AFP-Debatte. Der Antrag wird dann von den Einreichenden erläutert. Gemäss Vortrag hat die beratende Kommission SBK dem vorliegenden Verpflichtungskredit grossmehrheitlich zugestimmt. Danke vielmals für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Janina. Wir sind bei den Fraktionsvoten. Anna Jegher für die GB/JA!-Fraktion.

Anna Jegher (JA!) für die Fraktion: Wenn wir eine Stadt wollen, in der alle Menschen unabhängig von ihren sozio-ökonomischen Voraussetzungen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, ist eine starke und gut ausgebaute offene Jugendarbeit zentral. Die offene Jugendarbeit kann einen gemeinschaftlichen Rahmen schaffen und so den jungen Menschen ein Gefühl von Zugehörigkeit vermitteln. Sie unterstützt Jugendliche und junge Erwachsene bei der Mitsprache und Mitgestaltung und kann auch junge Menschen erreichen, die aus unterschiedlichen Gründen Mühe haben, einen Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Die GB/JA!-Fraktion schätzt deshalb das Angebot des toj sehr und wir werden den zweijährigen Leistungsvertrag selbstverständlich annehmen. Das Versorgungsnetz ist aber leider immer noch lückenhaft und auch ein Ausbau wäre darum aus unserer Sicht wünschenswert. So sind zum Beispiel nach wie vor Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum eine grosse Herausforderung, weil es schlichtweg zu wenig Raum hat für junge Menschen in dieser Stadt. Anstatt die Jugendlichen einfach überall wegzuschicken, sind Ansätze aus der aufsuchenden Jugendarbeit viel wertvoller. Deshalb wäre ein Ausbau der aufsuchenden Jugendarbeit für eine gute Versorgung in allen Stadtteilen wichtig. Weil es aber, Stand jetzt, leider nicht in allen Stadtteilen ein Angebot von der aufsuchenden Jugendarbeit gibt, werden wir von der JA! zusammen mit der JUSO darum noch einen entsprechenden Vorstoss einreichen, zum ebenso eine Ausweitung auf alle Stadtteile auch zu ermöglichen. Wichtig ist auch, dass es genug Ressourcen hat für die Jugendhäuser und ihre Bewirtschaftung. In der Budgetdebatte wurde ein entsprechender Antrag ja schon überwiesen. Damit das auch im aktuellen Leistungsvertrag umgesetzt werden kann, haben wir zusammen mit der SP-JUSO-Fraktion hier auch noch einen Budget-Erhöhrungsantrag eingereicht und ich bitte euch, diesem Antrag hier auch zuzustimmen.

Präsidentin: Danke, Anna. Für die SP-JUSO-Fraktion, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Ich rede heute ein bisschen viel, jetzt ist das letzte Mal versprochen. Ich habe hier schon einmal vor einer UNICEF-Studie zitiert, die alarmierende Ergebnisse zutage bringt. Ich finde es aber wichtig, noch einmal ein paar Zahlen in Erinnerung zu rufen: 1/3 der Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren ist von psychischen Problemen betroffen. Jeder 11. Jugendliche und jede 11. Jugendliche hat schon versucht, sich das Leben zu nehmen. Um die psychische Gesundheit von Jugendlichen nachhaltig zu stärken, braucht es vor allem Investitionen in die Sensibilisierung und Prävention. Offene Jugendarbeit begleitet Jugendliche auf dem Weg ins Erwachsenenalter. Sie agiert vermittelnd zwischen Jugendlichen, ihren Bezugsgruppen und weiteren Anspruchsgruppen. Sie setzt sich dafür ein, dass Jugendliche in ihrem Wohn- und Lebensumfeld integriert sind, sich wohlfühlen und sich an den Prozessen der Gesellschaft beteiligen können. Der Leistungsvertrag mit dem Trägerverein für offene Jugendarbeit toj ist ein zentraler Bestandteil unserer städtischen Jugendarbeit. Die offene Jugendarbeit, wie sie vom toj umgesetzt wird, leistet auch einen wertvollen

Beitrag zum Zusammenleben, indem sie eben Jugendliche auf ihrem Weg ins Erwachsenenalter begleitet und fördert.

Der Bereich der Sozialarbeit spielt eine entscheidende Rolle, weil dort die Integration und das Wohlbefinden der Jugendlichen in ihrem Lebensumfeld aufgenommen wird und ihre gesellschaftliche Teilhabe gestärkt wird. Der Trägerverein für offene Jugendarbeit ist essenziell, weil er Erstens die Integration und die Chancengleichheit stärkt und Zweitens, Verantwortung und Eigenständigkeit, so wie die Eigeninitiative von Jugendlichen fördert. Drittens, aktive Teilhabe und Mitbestimmung fördert, in dem Jugendlichen ermöglicht wird, sich ihre Meinung selber zu bilden und an Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Viertens, das Wohlbefinden und die Gesundheit der Jugendlichen fördert, indem Jugendliche gefördert werden, ihre eigenen Bedürfnisse wahrzunehmen. Fünftens, Kreativität fördert und sechstens und nicht zuletzt auch eine jugendgerechte Stadtentwicklung vorantreibt. Ich danke auch hier im Namen der SP-JUSO-Fraktion allen Mitarbeitenden des toj für ihre wertvolle und wichtige Arbeit. Ihr leistet enorm viel für die Jugendlichen in dieser Stadt. Natürlich nehmen wir den Verpflichtungskredit 2025-2026 an, damit ihr eure Arbeit weiterführen könnt.

Jetzt noch zu unserem Antrag: Wir haben in der Budgetdebatte vom 12. September eine Erhöhung der Leistungssumme für den toj beschlossen. Wir haben damals die Erhöhung um 300'000 Franken beschlossen. Damit kann sichergestellt werden, dass bestehende Angebote aufrechterhalten werden können. Insbesondere ist hier das Angebot der aufsuchenden Jugendarbeit gemeint. Zudem gewährleistet diese Erhöhung ähnlich gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden des toj entsprechend den Vorgaben des Musterleistungsvertrags im neuen Stadt-Reglement. Dieser Antrag wurde deutlich angenommen. Der Beitrag ist jetzt aber nicht in den Leistungsverträgen. Wir haben darum den Antrag eingereicht, dass die jährliche Summe um die beschlossenen 300'000 Franken erhöht wird, und wir bitten euch, den Antrag anzunehmen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Barbara. Für die FDP/JF-Fraktion, Oliver Berger.

Oliver Berger (FDP) für die Fraktion: Die Jugendarbeit vom toj stärkt auf niederschwellige Art junge Erwachsene, sodass sie sich zu starken Persönlichkeiten entwickeln können und ihren Platz in der Gesellschaft finden. Das finden wir gut. Wir von der Fraktion FDP-Jungfreisinn finden dieses Angebot deshalb gut und wichtig. Der Leistungsvertrag ist standardisiert und entspricht den gültigen Vorgaben. Deshalb nehmen wir diesen Verpflichtungskredit auch an. Der Antrag hingegen von der SP-JUSO zur Erhöhung des Betrags um pauschal 300'000 Franken lehnen wir aufgrund mangelnder materieller Begründung und Notwendigkeit, insbesondere auch mit dem Blick auf die generell klammen Finanzen der Stadt Bern ab. Das Geld würde man dann, wenn schon überhaupt gescheiter in die verbandliche Arbeit der Jugendverbände investieren, in eine Kooperation. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Oliver. Wir sind bei den Einzelvoten. Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort. Bitte anmelden. Danke.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Wir sind hier beim toj und für toj und DOK gilt eigentlich das Gleiche. Das Angebot von ihnen ist in der Stadt Bern nicht mehr wegzu-denken. Wenn wir das nicht hätten, hätten wir einfach viel zu wenige Angebote für Kinder und Jugendliche, die sich in den Quartieren aufhalten, die in dem Sinn eben auch viel lernen können. Wir wissen es alle. Man lernt nicht nur in der Schule, sondern

auch in der Freizeit. Man lernt mit der Familie und von dem her sind die DOK und toj super Angebote, die wir in dem Sinne auch weiter unterstützen wollen. Die Wichtigkeit ist von den Vordereidner*innen betont worden, das wiederhole ich nicht. Ich möchte einfach sagen, dass auch DOK- und toj-Angebote wichtige Elemente im Aktionsplan für kinderfreundliche Gemeinden der UNICEF sind, den wir ja haben. Und im Moment, also in den nächsten Wochen, findet wieder das Standortgespräch statt, das wir mit der UNICEF führen, um zu schauen, wo wir noch was verbessern und weiterentwickeln wollen. Und das ist immer sehr interessant und sie loben uns auch für unsere offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Ich sage noch etwas zum Antrag der SP-JUSO, ich glaube, den muss man hier nicht materiell begründen, weil er in der Budgetdebatte ja materiell begründet wurde. Der Stadtrat hat diesen Antrag zugestimmt, und es ist auch die Aufgabe des Gemeinderates, diesen umzusetzen. Wir konnten es nicht selbst umsetzen, weil wir den Leistungsvertrag schon fertig verhandelt haben. Deshalb bitte ich sie im Namen des Gemeinderates diesen Antrag zu unterstützen, denn das ist die Umsetzung des Budgets. Und es geht nicht, dass man jetzt hier drin sagt: "Nein, wir wollen das Budget nicht umsetzen."

Präsidentin: Merci, Franziska. Wir kommen zur Abstimmung und stimmen zuerst über den Antrag der SP-JUSO- und GB/JA!-Fraktion ab.

Antrag

1 SP/JUSO, GB/JA!

Die jährliche Abgeltung des Leistungsvertrags mit dem toj wird um 300'000 Franken pro Jahr erhöht.

Abstimmung Nr. 036

2018.BSS.000038: Antrag 1

Annahme

Ja	39
Nein	23
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen jetzt ab über den Antrag des Gemeinderats.

Abstimmung Nr. 037

2018.BSS.000038

Annahme

Ja	56
Nein	1
Enthalten	5

Präsidentin: Der Verpflichtungskredit ist angenommen.

2023.SUE.0076**13 Feuerwehrreglement der Stadt Bern vom 28. November 1996 (Feuerwehrreglement; SSSB 871.1); Totalrevision; 1. Lesung**

Präsidentin: Wir kommen zu Traktandum Nummer 13, das Feuerwehrreglement, Totalrevision erste Lesung. Mit dem neuen Erlassverfahren ist es so, dass wir über die Anträge direkt nach der ersten Lesung abstimmen, und wenn Zweidrittel zustimmen, können wir auf die zweite Lesung verzichten. Ich erteile der Kommissionssprecherin das Wort, für die RWSU, Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die RWSU: Nach der doch ein bisschen brutalen einstimmigen Annahme des Rückweisungsantrages des Feuerwehrreglements am 30. März 2023 freue ich mich, dass das Geschäft noch während der Amtszeit von Reto Nause uns nochmal vorliegt. Das Geschäft ist eine Totalrevision des Feuerwehrreglements der Stadt Bern vom 28. November 1996. Der Revisionsbedarf zeigt sich in verschiedenen Facetten. Zum einen sind im Jahr 2020 die Abteilungen Feuerwehr, Zivilschutz und Quartieramt mit der Sanitätspolizei zu Schutz- und Rettung Bern fusioniert worden. In diesem Zusammenhang ist auch die Feuerwehr Bern neu organisiert worden. Weiter ist ein Teil der Terminologie im Reglement veraltet. Ebenfalls gab es bisher keine Verordnung zum Reglement. Aus diesem Grund ist das bisherige Reglement teilweise sehr detailliert ausformuliert, was einen unpraktischen Missstand darstellt. Künftig werden die Details für den Gemeinderat mittels Verordnung geregelt. Die Verordnung wird selbstverständlich in Zusammenarbeit mit den zuständigen Abteilungen erarbeitet. Bei meinem Treffen vor der Kommissionssitzung mit Schutz und Rettung haben sie mir bestätigt, dass die Zusammenarbeit sehr gut funktioniert. An dieser Stelle, danke an die zuständige Departementsleitung.

Das Reglement von 1996 soll also heute aufgehoben und durch ein klarer formuliertes Feuerwehrreglement ersetzt werden, das als Arbeitsinstrument dienen kann und mit einer Verordnung ergänzt wird. Die Stadtratsdiskussion im März letzten Jahres war auf das Rückkommen auf den Nichteintretens-Antrag fokussiert gewesen. Die damals entsprechend nicht behandelten Anträge haben sich alle um Bestimmungen rund um die Feuerwehersatzabgabe gedreht. Dementsprechend behandeln wir keine Anträge, die aus den vergangenen Diskussionen noch hängig gewesen wären, weil es keine gibt. Darum behandeln wir es nicht. Ich komme zu den Anpassungen und Anträgen. Abschnitt 1, Artikel 1 und 2: Die neue Formulierung macht klar, dass und wo die Aufgaben im übergeordnetem kantonalen Recht geregelt sind. In Absatz C beantragt die RWSU, dass auch hier klar auf das übergeordnete Recht verwiesen wird.

Im Absatz 2 von Artikel 2 geht es um die gemeindegrenzen übergreifenden Aufgaben. Die RWSU verlangt auch da eine eindeutige Formulierung ohne Interpretationsspielraum. Der Absatz 3 gibt dem Gemeinderat die Kompetenz, der Feuerwehr zusätzliche Aufgaben zuzuweisen, was die RWSU befürwortet. Die ehemaligen Artikel 3 und 4 zu Hauptaufgaben und Zusatzaufgaben sind gestrichen. Sie sind bereits in den zwei neuen Artikel 1 und 2 integriert, wie bereits erwähnt. Wir kommen zum Abschnitt 2: Der neue Artikel 3 nimmt die aktuell verwendete Terminologie auf, sprich die "Milizfeuerwehr" ersetzt "freiwillige Feuerwehr" und "nicht öffentliche Betriebswehren" werden mit "Betriebsfeuerwehren" ersetzt. Die RWSU schlägt vor, aus den neuen Artikeln 3 und 4, einen Artikel zu machen. Wie es bereits die Überschrift aufzeigt, soll Artikel 4 "Organisation" als Absatz 4 in Artikel 3 integriert werden. Gerade bei Organisation und Betrieb sollen laufende Anpassungen ohne Schwerfälligkeiten möglich sein. Deshalb will die

RWSU mit der beantragten Paraphrasierung festhalten, dass diese durch Verordnung geregelt sind. Für diese wiederum, ist, wie eingangs bereits erwähnt, der Gemeinderat zuständig, zusammen mit Schutz und Rettung.

Der alte Artikel 7 ist teilweise aufgehoben. Die Ausrüstung der Feuerwehrfrauen und -männer wird künftig in der neu zu erstellenden Verordnung geregelt sein. Die Einleitung wird... Die Einteilung – Entschuldigung – wird im neuen Artikel 10 behandelt und die Alarmierung gehört unter "Organisation und Aufgebot". Der neue Artikel 5 zu Ausbildung ist stimmig und sinnvoll, ebenso der Artikel 6 zur Versicherung. Einzig schlägt die RWSU zu Artikel 2 vor, eine eindeutige verantwortungszuweisende Formulierung zu wählen, dass die Stadt Bern für alle Angehörigen der Feuerwehr eine Haftpflichtversicherung abschliesst. Der neue Artikel 7 zu der Zusammenarbeit möchte die RWSU leicht umformuliert haben, und zwar wie folgt: "Die Feuerwehr arbeitet in geeigneter Weise mit weiteren städtischen Einsatzkräften zusammen" statt "mit den anderen städtischen Einsatzkräften", weil das leicht unverständlich ist. Obwohl beispielsweise die Rettung von 160 Unterschriften ausserordentlich erfreulich gewesen ist, ist in diesem Reglement beispielsweise die Stadtkanzlei nicht mitgemeint. Die Neuformulierung bezüglich des Kommandos im neuen Artikel 8 entspricht der aktuell genutzten Terminologie. Die neue Formulierung im neuen Artikel 9 zu der Inanspruchnahme von privatem Eigentum führt zu mehr Klarheit und die RWSU begrüsst es, dass unmissverständlich auf das übergeordnete Recht hingewiesen wird. Bei Absatz 2 verlangt die RWSU, dass nicht nur Eigentümer, sondern auch die Mieterschaft vorgängig informiert wird. Die Eigentums- und Nutzungsverhältnisse sind von Objekten zu Objekten unterschiedlich. Es darf nicht sein, dass Nutzende nicht über den allfälligen eingeschränkten Zugang zu ihrem Mietobjekt informiert sind.

Im dritten Abschnitt geht es um die Milizfeuerwehr. Die neuen Artikel 11 zur Entlassung aus dem Feuerwehrdienst und Artikel 12 zur persönlichen Dienstpflicht sind für die RWSU stimmig. Der Artikel 13, Sold und Entschädigung, soll gemäss der RWSU auch mittels Verordnung geregelt sein. Auch mit den restlichen neuen Formulierungen ist der RWSU einverstanden. Die Empfehlungen der Kommission sind wie folgt: Anträge 1 und 2 von der RWSU werden von der RWSU grossmehrheitlich zur Annahme empfohlen. Eine kurze Erinnerung: Der Antrag 1 ist, weil im Artikel 2, Absatz C der Zusatz "gemäss übergeordnetem Recht" als Ergänzung ist. Der Antrag 2 ist wegen der Formulierung mit Verweis auf das übergeordnete Recht ohne Interpretationsspielraum bezüglich der nachbarlichen Hilfeleistung. Bei den anderen RWSU-Anträgen hat die Kommission einstimmig dafür abgestimmt und die Kommission empfiehlt das so überarbeitete Feuerwehrreglement dem Stadtrat ebenfalls einstimmig zur Annahme.

Präsidentin: Merci, Judith. Wir sind fast am Schluss, aber noch nicht ganz. Gemeinderat Reto Nause hat gesagt, dass der Gemeinderat alle Anträge der RWSU annehmen wird und deshalb auf sein Votum verzichtet. Gibt es zu diesem Traktandum Diskussionsbedarf? Man müsste sich jetzt klar melden. Gibt es nicht. Ist das Reglement bestritten? Denn sonst können wir jeden Artikel einzeln durchgehen. Auch nicht. Wir werden über das Reglement abstimmen, und zwar zuerst, ob ihr auf eine zweite Lesung verzichten wollt. Stimmen 2/3 zu, wird auf die zweite Lesung verzichtet.

Abstimmung Nr. 038

2023.SUE.0076: Verzicht auf 2. Lesung

2/3 Quorum erreicht

Ja 56

Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Auf die zweite Lesung wird verzichtet, und jetzt stimmen wir über die Vorlage des Gemeinderates in der so bereinigten Form ab.

Abstimmung Nr. 039

2023.SUE.0076: Bereinigtes Reglement	
Annahme	
Ja	58
Nein	0
Enthalten	4

Präsidentin: Die Totalrevision vom Feuerwehrreglement ist angenommen. Dann wünsche ich allen ganz einen schönen Abend und bis in zwei Wochen.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat verschiebt die Beratung der folgenden Traktanden auf eine spätere Sitzung:

- 14 Energie Wasser Bern; Leistungsauftragsbericht 2023 2021.SUE. 000039
- 15 Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, GFL/EVP, GB/JA!, SVP (Michael Hoekstra, GLP/Tanja Miljanovic, GFL/Bettina Jans-Troxler, EVP/Alexander Feuz, SVP/Eva Krattiger, JA!/Jelena Filipovic, GB): Kleine und mittlere Solaranlagen in der Stadt Bern fördern: Vorreiterrolle von ewb bei der Vergütung von Solarstrom; Abschreibung Punkt 1 2022.SR. 000079
- 16 Leistungsauftragsbericht BERNMOBIL 2023 2022.TVS. 000064
- 17 Rosengarten: Gesamtanierung Parkanlage; Projektierungskredite 2024.TVS. 0149
- 18 Geoinformation Stadt Bern: GIS-bern Enterprise Agreement; Verpflichtungskredit 2025 – 2027 2024.TVS. 0120
- 19 Erneuerung Lichtsignalanlage Grabenpromenade/Schütttestrasse/Brunngasshalde; Projektierungs- und Ausführungskredit 2024.TVS. 0182
- 20 Erneuerung Lichtsignalanlage Länggass-/Neufeld-/Muesmattstrasse; Ausführungskredit 2024.TVS. 0184
- 21 Motion Jemima Fischer (AL) - übernommen durch David Böhner (AL): Geschlechtergerechte Strassennamen 2021.SR. 000037
- 22 Motion Fraktion GB/JA! (Anna Leissing, GB/Nora Joos, JA!): Jetzt ein Zeichen gegen Krieg und Militarisierung setzen und die Friedensarbeit von Frauen sichtbar machen! 2022.SR. 000066
- 23 Postulat Fraktion AL/PdA (Eva Chen, AL / Matteo Micieli, PdA): Grüne Welle für zu Fuss Gehende 2023.SR. 0104
- 24 Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz/Niklaus Mürner/Thomas Glauser): Die Mitbestimmung beim Entscheid über Begegnungszonen muss verbessert werden! Im Sinne der Stadt der Beteiligungen sei der Kreis der Mitwirkenden zu erweitern! 2023.SR. 0190

25 Interfraktionelle Interpellation GB/JA!, GFL (Katharina Gallizzi, GB/Lea Bill, GB/Nora Joos, AL/Michael Ruefer, GFL): Wo steht die Umsetzung der Massnahme "8m Reduktion des Angebots öffentlicher Parkplätze" der Energie- und Klimastrategie? 2024.SR.0040

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

2024.SR.0305 Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Thomas Glauser/Janosch Weyermann/Ueli Jaisli): Berner Stadt-Mitarbeiter kündigen wegen «toxischem» Arbeitsklima

2024.SR.0301 Interpellation Fraktion SP/JUSO (Barbara Keller, SP): Sozialhilfe in Bern: Wie niederschwellig ist der Zugang wirklich?

2024.SR.0298 Kleine Anfrage Fraktion SVP (Niklaus Mürner/Bernhard Hess/Ueli Jaisli/Stephan Ischi/Thomas Glauser): Gleichlange Spiesse für alle, Sicherung der Demokratie

2024.SR.0306 Kleine Anfrage Thomas Glauser (SVP): Boden des Landwirtschaftsbetriebs Kühlewil wird verkauft

2024.SR.0300 Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Johannes Wartenweiler, SP//Halua Pinto de Magalhães, SP/Ingrid Kissling-Näf, SP): Ausbau der Solarenergie in der Stadt Bern jetzt

2024.SR.0299 Motion Michael Ruefer (GFL): Quartiereinfahrt Lorraine: Tschüss Asphaltwüste, hallo Lebensqualität

2024.SR.0307 Parlamentarische Initiative Maurice Lindgren (GLP): Zeitgemässe Finanzkompetenzen für Gemeinderat, Stadtrat und Volk

2024.SR.0302 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Emanuel Amrein, SP/Cemal Özçelik, SP): Ergänzungsleistungen für Working-Poor Familien

2024.SR.0303 Postulat Fraktion SP/JUSO (Bernadette Häfliger, SP/Lena Allenspach, SP): GüWR-Kriterien für armutsgefährdete Personen erweitern

2024.SR.0304 Postulat Fraktion SP/JUSO (Ingrid Kissling-Näf, SP/Timur Akçasayar, SP/Bernadette Häfliger, SP): Mit der schlaunen Ampel die «Grüne Welle» für Fussgänger:innen

Schluss der Sitzung: 22.34 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.03.2025

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

05.03.2025

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi